

4. Zweiter Bürgermeister im ersten demokratisch gewählten Senat der Nachkriegszeit 30. Oktober 1946 bis Ende 1947

Mittwoch, 30. Oktober 1946

[...]

Nachm[ittags] *erste Sitzung der gewählten Bürgerschaft*.¹ Eindrucksvolle Ansprache Kaisens. Hagedorn zum Prä[sidenten] d[er] Bürgerschaft gewählt; seine verlesene Ansprache fiel nach Kaisens freier Rede sehr ab. Beim Gesetz über die Ortsämter mußte ich zweimal das Wort ergreifen.² Übrigens ging alles überraschend glatt. Ausschuß für Senatswahl [gebildet].

[...]

Donnerstag, 31. Oktober 1946

Auf Befehl der Briten gesetzl[icher] Feiertag, der der Reformationstag früher in Bremen nicht war. Im Rathaus in wohlthätiger Stille gearbeitet. Durch den herbstlichen Bürgerpark.

Schlange-Schöningens „Am Tage danach“ zu Ende gelesen.³ Beveridge „Vollbeschäftigung“ (Beseitigung der Arbeitslosigkeit bei grundsätzlich „freier“ Wirtschaft durch Planung und Lenkung der Investitionen).⁴

Freitag, 1. November 1946

Karl Carstens will Sozios meiner alten Anwaltsfirma werden und muß dann bald aus der Tätigkeit bei mir ausscheiden. Ein großer Verlust für mich, sachlich und menschlich.

¹ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 1–4. Die Rede Kaisens ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 60–62.

² Nachdem die elf Gemeinden des Landkreises durch Gesetz vom 19.9.1945 in die Stadt Bremen eingegliedert worden waren, sollten nach diesem neuen Gesetz Ortsämter in ihnen für eine „volksnahe“ Verwaltung sorgen. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 7–9, Spitta: S. 8f.

³ Hans Schlange-Schöningen, *Am Tage danach*, Hamburg 1946.

⁴ William Henry Lord Beveridge, 1879–1963. Britischer Wirtschaftswissenschaftler und Sozialpolitiker, 1919–1937 Direktor der London School of Economics, 1944/45 Md. des Unterhauses (Liberal Party), veröffentlichte 1942 einen Plan für ein Sozialversicherungssystem, der Grundlage der britischen Sozialreform nach 1945 wurde. In Deutschland erschienen 1946 zwei Kurzfassungen von B.s Buch „Full Employment in a Free Society“ (1944): *Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft*, Hamburg (Verlag für Wirtschaft und Politik) 1946 und: *Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung*, Hamburg (Hoffmann & Campe) 1946.

Senat. – Brotmangel; viele Bäcker haben wenig oder kein Brot. Familien (Adolf Spitta u. a.) haben mehrere Tage nichts gehabt. Grund: Amerikanischer Seeleutestreik und schlechte Ablieferung der Bauern.

Seit vielen Wochen keine Nahrungsmittel für die Kinder.

Samstag, 2. November 1946

Den größten Teil der Denkschrift über Gebietserweiterung Bremens fertiggestellt.⁵

10¹/₂ bis 12 Uhr Feierstunde im Festsaal des Rathauses mit *Gertrud Bäumer und der Schuljugend*.⁶ Musikumrahmung. Ansprachen Kaisers und Elisabeth Lürbens.⁷ Gedichte Rilkes und Goethes. Rede G[ertrud] Bäumers: Die Aufgabe der Jugend in der Gegenwart. Alternative: Ende Deutschlands und Europas, wenn nicht der ganzen Erde, oder Beherrschung der technischen und chemischen Mittel und Beseitigung der Kriege aus innerer Bindung und Verantwortung. – Mittagessen mit G[ertrud] Bäumer im Gästehaus; zehn Frauen und drei Männer.

Nachmittags 4¹/₂ bis 7 Uhr Ehepaar *Knittermeyer* bei uns. Wertvolle Aussprache, zum Teil über dasselbe, was G[ertrud] B[äumer] berührt hatte. Untergang der Menschheit oder Beherrschung der dämonischen Kräfte aus der Transzendenz. – Auch Politisches; Bedeutungslosigkeit der restlichen Grenzen, wenn ein geeinigtes Europa entsteht.

Sonntag, 3. November 1946

Vormittags mit Walter Lisco Entwurf des neuen „Entbräunungsgesetzes“.⁸ [...]

⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 687; Kap. 4, Anm. 18.

⁶ Dr. Gertrud Bäumer, 1873–1954. Lehrerin, Sozialpolitikerin, Schriftstellerin; 1910–1919 Vors. des Bundes deutscher Frauenvereine und Mithrsg. der Zeitschrift „Die Frau“, seit 1912 Redakteurin, später Mithrsg. der „Hilfe“. 1920–1932 MdR (DDP/DSp); 1920–1933 Ministerialrätin im Reichsinnenministerium, zuständig für Schulwesen und Jugendwohlfahrt; schrieb nach ihrer Entlassung im April 1933 vielbeachtete historische Romane und setzte diese Arbeit auch nach 1945 fort. – G.B. hielt am 2. und 3.11.1946 drei Vorträge in Bremen: den hier behandelten über „Die Aufgabe der Jugend in der Gegenwart“ (Zusammenfassung im *Weser-Kurier* Nr. 89 v. 6.11.1946, S. 5), in einer Veranstaltung des Bremer Frauenausschusses über: „Die Verantwortung der Frau in der Politik“ und vor dem Evangelischen Frauenbund über das Thema: „Von der schöpferischen und zerstörenden Wirksamkeit des Bösen“. – Die Familie Spitta war Gertrud Bäumer in „enger Freundschaft“ verbunden, seit Paula Lisco in Berlin ihre gymnasialen Kurse für Mädchen besucht hatte. (Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 209f.).

⁷ Dr. Elisabeth Lürßen, 1880–1972. Seit 1919 Lehrerin an der Kippenberg-Schule, 1943–1949 deren Direktorin; 1923–1933 MdBü (DVP), 1946 Vorstandsmd. der BDV, 1947–1951 MdBü (BDV), Gründungsmd. des Bremer Frauenausschusses und des Deutschen Frauenringes.

⁸ Wegen der Doppelunterstellung Bremens unter die amerikanische und britische Militärregierung seit dem 10.12.1945 gab es bei der Entnazifizierung viele Unklar-

Nachm[ittags] im Evangel[ischen] Frauenhaus Vortrag G. Bäumers über das Schöpferische und Zerstörerische des Bösen. Tiefe und ergreifende Ausführungen. Die Welt gewinnen, ohne Gott zu verlieren. Dantes Hölle. Die Lauen, die, die sich [nicht?] entschieden haben. Täuschung über die schützende Macht der Zivilisation. Ästhetisches Spiel mit dem Bösen. Mephisto (Verneiner) und Luzifer (der schöpferisch Böse). Gott erkannt durch seinen Gegensatz (Antichrist). Die Geschichte stellt den Kampf gegen die Dämonen dar.

Montag, 4. November 1946

Offizielle Nachricht, daß meine Wohnung Händelstr[aße] 9 nicht beschlagnahmt werden wird.

heiten und Spannungen. Bis dahin hatte die US-Militärregierung die Säuberung selbst betrieben, soweit nicht nach einer Anweisung von Anfang Mai 1945 der Senat für die sofortige Entlassung von „alten Kämpfern“ und „Aktivisten“ der NSDAP zuständig gewesen war. Erst am 14.9.1945 hatte er informatorisch Richtlinien der Amerikaner für ihre Entnazifizierungspraxis erhalten. Sie waren auch für die Beschlüsse der vom Senat aufgrund einer Anordnung vom 19.9.1945 eingesetzten Berufungsausschüsse maßgebend gewesen, deren Prüfungsergebnisse jedoch keine Rechtswirksamkeit gehabt, sondern nur der Militärregierung als Entscheidungshilfe gedient hatten. Nach der Einbeziehung Bremens in britische Zuständigkeit wurde diese Berufungsmöglichkeit am 23.1.1946 generell beseitigt und nur noch bei besonderem Interesse der Militärregierung an der Weiterbeschäftigung des Betroffenen zugestanden. Seither galt als einzige Grundlage für die Entnazifizierung die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946, für die Reinigung der Wirtschaft außerdem das US-Gesetz Nr. 8 vom 26.9.1945, das die Entlassung von allen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern aus leitenden Positionen und anschließend die Möglichkeit zur Rehabilitation im „Vorstellungsverfahren“ vor einem deutschen Prüfungsausschuß vorsah. Das in der US-Zone maßgebende „Befreiungsgesetz“ vom 5.3.1946 erlangte dagegen in Bremen erst am 9.5.1947 Geltung. Statt dessen wurde durch Schreiben der Bremer (US-) Militärregierung vom 31.5.1946 die britische Zonenpolitik-Anweisung Nr. 3 (revidierte Fassung) vom 24.4.1946 für die Hansestadt in Kraft gesetzt und die Bürgerschaft beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit eines „Hauptausschusses zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ zu schaffen und diesen zu wählen, was am 4.7.1946 geschah. Dieser „Hauptausschuß“, bestehend aus je drei Vertretern der Beamten, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, hatte die Aufgabe, eine notwendige Zahl von „Prüfungsausschüssen“ einzusetzen und bei ihrer Arbeit zu überwachen. Das Ziel war, allmählich die Deutschen mit mehr Verantwortung für die Entnazifizierung zu betrauen. Tatsächlich behielt sich die Militärregierung aber nicht nur die Entscheidung vor, sondern griff auch weiterhin mit wechselnden Anordnungen in die laufende Arbeit ein, so daß die Klagen über Mißstände und Fehlgriffe – unkontrollierte Denunziationen, mangelndes rechtliches Gehör, lange Verzögerung der Verfahren durch Aktenstau bei der Militärregierung – nicht abrißen. Die Bürgerschaft ersuchte den Senat auf Antrag des „Hauptausschusses“ deshalb am 19.9.1946 um die Erarbeitung und Vorlage eines neuen Entnazifizierungsgesetzes. Nach dem Zusammentritt der gewählten Bürgerschaft stand diese Frage nun an. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft am 6.6.1946 und 19.9.1946, S. 39–55, 224–230; Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 18.6.1946; StAB: 3-B.10.b. Nr. 29 [3], Akte 1).

Zerrüttung der Verwaltung im Gesundheitswesen. Gegensatz Ärzte und Verwaltung; Einmischung der Amerikaner; in den Berichten wimmelt es von Vorwürfen der „Lüge“, „Unverschämtheit“ usw. Unter Wenhold lief alles glatt. Kaisen hat mich gebeten, den Stall auszumisten, da ich älter sei als er! Eine widerwärtige Aufgabe. Frau Senator Popall und Prä[s]ident Dr. Stade werden schwerlich weiter zusammenarbeiten können. Vielleicht scheidet Frau Popall bei der Umbildung des Senats aus;⁹ vielleicht wird auch Stade auf keinen Fall weiterarbeiten wollen.

[...]

Dienstag, 5. November 1946

Im Senat Fragen der Sonderverwaltungen usw. Besprechung Kaisen-Kopf, Kaisen-Milkowski,¹⁰ Kaisen-Browning. Kopf will alle Sonderverwaltungen des Reichs zu Landesbehörden machen, sogar Post und Eisenbahnen!¹¹ – Browning sagte, Amerika [sei] für Anschluß Wesermündes an Bremen; England dagegen, höchstens, wenn Wesermünde es wünscht.¹² Ent-

⁹ Der Konflikt kam dadurch zum Ausbruch, daß Käthe Popall sich in dem seit langem andauernden Machtkampf zwischen der Verwaltung und den leitenden Ärzten der Krankenanstalten für die Gleichstellung des Wirtschaftlichen Direktors mit dem Ärztlichen Direktor einsetzte, woraufhin Dr. Stade sie bei der Militärregierung mangelnder Kooperationsbereitschaft bezichtigte. Kaisen trat energisch für Käthe Popall ein und erreichte, daß die Militärregierung in einem Schreiben eine Ehrenerkklärung für sie abgab und der Übertragung bestimmter Kompetenzen von dem Prä[s]ident der Gesundheitsverwaltung, Dr. Stade, auf den zuständigen Senator zustimmte. (Kaisen am 29.10.1946 im Senat, StAB: 3/3). Bei der Geschäftsverteilung im neugewählten Senat am 29.11.1946 wurde das Gesundheitsressort aber Ehlers übertragen; K. Popall übernahm Teile des Wohlfahrtswesens und des Schul- und Erziehungswesens. Dr. Stade konnte sich in seinem Amt halten. Vgl. Albeit/Wollenberg, Käthe Popall, S. 110–113.

¹⁰ Vgl. Kap. 3, Anm. 700.

¹¹ Gespräch zwischen Ministerprä[s]ident Kopf und Bgm. Kaisen in Bremen am 2.11.1946. Kopf gab die Beschlüsse einer Konferenz der Länderchefs der britischen Zone wieder (Aufzeichnung Kaisens über die Unterredung, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Nach Mitteilung Kaisens im Senat (Protokoll vom 5.11.1946, StAB: 3/3) hatte er sich im Gegensatz zu Kopf skeptisch über die Pläne zur Einbeziehung der Reichssonderverwaltungen in Länderkompetenz geäußert. Spitta lehnte sie in der Senatssitzung ab, weil sie einem bereits vorliegenden Gesetzesentwurf der britischen Militärregierung über die Befugnisse der Länder in ihrer Zone widersprächen.

¹² Besprechung von Kaisen und Oberbgm. van Heukelum (Wesermünde) mit Oberstleutnant Browning (Militärregierung Bremen) und Oberstleutnant Diggs (Militärregierung Wesermünde) am 4.11.1946 (Aufzeichnung StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Browning berichtete, daß sich der stellv. Leiter des „Regierungs-Unterausschusses“ der britischen Kontrollkommission, Mr. Albu, und der Direktor der Civil Administration Division von OMGUS, Mr. Parkman, nach einem Informationsbesuch bei den Militärregierungen in Bremen und Hannover (Vermerk vom 29.10.1946, ebenda) für die Vereinigung von Bremen und Wesermünde ausgesprochen hätten, daß der Gebietskommissar, McReady, aber bei einer

wurf eines neuen Entnazifizierungsgesetzes; gegenüber dem Verfahren in Bremen würde es Rechtssicherheit geben.¹³ Werden die Briten es genehmigen?

[...]

Mittwoch, 6. November 1946

Mit Bote über Senatsbildung; bei SPD und CDU kein Einspruch gegen Apelt und mich; bei SPD Bedenken gegen Bölken und Harmssen. CDU will zwei Senatoren (Degenhardt¹⁴ und einen Handlungsgehilfen B.¹⁵). Verhandlungen des Ausschusses gehen weiter.

Inzwischen andere Schwierigkeiten von Milit[är]regierung, die nicht will, daß Senatsmitgl[ieder] außerhalb der Bürgerschaft gewählt werden (Ehlers und Nolting-H[auff]).

Governor *Browning* teilt inoffiziell mit, daß *Wesermünde zu Bremen kommen werde*.¹⁶

[...]

Donnerstag, 7. November 1946

Mit Kaisen über Wesermünde und Verfassungsfragen. An der Senatsbildung beteiligt sich Kaisen nicht mehr, da er dabei, wie er sagte, zu wütend über die kleinlichen Parteistreitereien würde.

[...]

späteren Unterredung die negative Einstellung der Engländer zu dieser Lösung habe erkennen lassen. Sie sei nur zu erreichen, wenn bei einer Abstimmung oder durch einen Beschluß der Stadtvertretung ein solcher Wunsch der Wesermünder Bevölkerung sichtbar würde. Vgl. auch Kap. 2, Anm. 104.

¹³ Bei einer Tagung in Bad Homburg hatten sich die zuständigen Minister der Britischen Zone auf den Entwurf eines „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ geeinigt, das die Entnazifizierungsentscheidung – entsprechend der Praxis in der US-Zone – auf deutsche Stellen übertragen, Schnellverfahren für Minderbelastete ermöglichen, den Reinigungsprozeß insgesamt beschleunigen und vor allem Rechtssicherheit gewährleisten sollte. (Mitteilung Aevermanns in der Senatssitzung am 5.11.1946, StAB: 3/3). Es wurde von der Militärregierung jedoch nicht in Kraft gesetzt. Statt dessen galten in der Britischen Zone die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12.10.1946 und die Zonen-Exekutivanweisung Nr. 54 vom 30.11.1946. In Bremen wurden sie wegen des Übergangs in die US-Zone am 1.1.1947 nicht mehr wirksam. Hier war seit dem 9.5.1947 das amerikanische „Befreiungsgesetz“ vom 5.3.1946 maßgebend. (Dazu: Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, S. 24–34). Vgl. Kap. 4, Anm. 8.

¹⁴ Ernst Degenhardt, 1877–1950. Kaufmann, 1919–1921 MdBü (DDP), Mitbegründer der CDU in Bremen, 1946–1950 MdBü.

¹⁵ Wahrscheinlich Joseph Bossong, 1879–1965. Handelsvertreter, 1927 Zentrumsabgeordneter in der Bremer Bürgerschaft, 1946–1951 MdBü (CDU).

¹⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 11; Kap. 2, Anm. 104.

Freitag, 8. November 1946

Im *Senat* Wesermünde, Verfassung, Entnazifizierung (scharfe Erklärung Clays über die süddeutschen Entscheidungen).¹⁷ Denkschrift über Gebietserweiterung Bremens.¹⁸

[...]

Samstag/Sonntag, 9./10. November 1946

[...]

Montag, 11. November 1946

[...]

Nachmittags] Fraktionssitzung; Senatsbildung nicht weitergekommen. SPD will Verfassungsänderung, daß Senat nach Fraktionsstärke anteilig zusammengesetzt werden *muß*, – also unabhängig von der Qualität der Kandidaten. Dann würden Harmssen und Bölken ausfallen, der Senat ohne Kaufmann sein!

Abends Vortrag von G[ertrud] Bäumer in der Goethe-Gesellschaft über Wolframs Parsival, Dantes Divina Comedia und Goethes Faust. Übereinstimmung der drei abendländischen Dichtungen in religiöser Beziehung: Schöpfer Gott, Verbundenheit mit dem Kosmos; Christus zurücktretend. [...]

¹⁷ In seiner Rede vor dem Länderrat in Stuttgart am 5.11.1946 übte General Clay scharfe Kritik an der deutschen Handhabung des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Es scheine mehr und mehr dazu zu dienen, Belastete in ihre früheren Positionen zurückzubringen, als die Schuldigen ausfindig zu machen und zu bestrafen. Ohne überzeugende Beweise für den Willen zur Entnazifizierung der Gesellschaft und zum Aufbau einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft könne man den Deutschen das Recht zur Selbstregierung nicht gewähren. Die Rede ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 1015–1018; vgl. dazu Niethammer, Entnazifizierung, S. 411–417; Gimbel, American Occupation, S. 106–110.

¹⁸ Theodor Spitta, Gebietserweiterung des Landes Bremen, StAB: NL Spitta 7,63–1/1. Spitta plädiert in der Denkschrift dafür, Bremen als „Stadt der Seeschifffahrt, des Handels und der mit dem Seeverkehr zusammenhängenden Gewerbe und Industrien“ zu erhalten und diesen Charakter nicht durch die Angliederung umfangreicher vorwiegend landwirtschaftlich geprägter Gebiete und einer großen Bevölkerung mit anders gerichteten Interessen zu gefährden. Gewisse Gebiets- und Kompetenzerweiterungen hielt er aber für wünschenswert: Zuständigkeit für den Weserstrom von Bremen bis zur Mündung, Anschluß von Wesermünde und Delmenhorst an die Hansestadt. Der Senat nahm die Denkschrift nach ausführlicher Beratung in einer Sondersitzung am 13.11.1946 als offizielle Stellungnahme Bremens an und beschloß, sie der Militärregierung als Material für ihre Entscheidung über die Schaffung eines Landes Bremens, seine Grenzen und seine Rückkehr in die US-Zone zuzuleiten. (StAB: 3/3).

Dienstag, 12. November 1946

Mit Kaisen über Senatsbildung.

Im *Senat* Gesundheitswesen; Eingreifen der Mil[itär]regierung; soll das Gesundheitswesen amerik[anische] Sonderverwaltung werden?¹⁹ Harmsen über von brem[ischen] Kaufleuten eingerichtete Heimarbeit zwischen Thüring[ischem] und Bayerischem Walde.²⁰ – Wesermünder Fragen; Nolting-H[auff] und ich Senatskommission für Wesermünde.

Nach dem Senat Besprechung mit Harmsen, der bei der Unsicherheit seiner Wiederwahl kaum noch in seinen großen Planungssachen weiterarbeiten kann.

[...]

Mittwoch, 13. November 1946

Extrasitzung des Senats. Meine Denkschrift über Gebietserweiterung genehmigt.²¹ Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Ländern und Reich beraten.

Gegen Abend Besprechung mit Kaisen. Governor hat gesagt, Bremen solle vollen Sitz im Länderrat und beratenden Sitz im Zonenbeirat bekommen (also Umkehrung [der bisherigen Situation]).²²

¹⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 9. Der zuständige Beamte der US-Militärregierung in Bremen bestand bei einer Unterredung mit Dr. Stade und Senatorin Popall darauf, daß die von ihr beanspruchten Kompetenzen dem Präsi. der Gesundheitsverwaltung übertragen worden seien. Es handelte sich dabei um eine Entscheidung aus der Zeit unmittelbar nach der Kapitulation, als es keinen für das Gesundheitswesen zuständigen Senator gab und die Leiter der Fachverwaltungen Senatsbefugnisse wahrnahmen, die nach Meinung des Senats aber inzwischen an ihn zurückgefallen waren. Kaisen wollte in diesem Sinne mit dem Governor sprechen. (Senatsprotokoll 12.11.1946, StAB: 3/3).

²⁰ Es handelte sich um Firmen zur Wollverarbeitung (Senatsprotokoll 12.11.1946, StAB: 3/3).

²¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 18.

²² Wie OMGUS (Parkman) dem Chef der Bremer Militärregierung, Browning, am 31.10.1946 und dieser dem Senat am 5.11.1946 mitteilte, hatten sich englische und amerikanische Stellen aufgrund des Berichts von Albu/Parkman vom 29.10. (vgl. Kap. 4, Anm. 12) geeinigt, das Abkommen über die gemeinsame Verwaltung der Bremer Enklave (seit 10.12.1945) zu kündigen und Bremen zusammen mit dem Stadtkreis Wesermünde als Land Bremen der US-Zone einzugliedern. In den bizonalen Zentralverwaltungen sollte es mit vollen Rechten vertreten sein. Der Senat schloß daraus, daß Bremen auch als vollgültiges Md. dem Länderrat angehören müsse, was dieser jedoch am 5. und 21.11.1946 unter Hinweis darauf ablehnte, daß über die staatsrechtliche Stellung und Zugehörigkeit Bremens noch keine endgültige Klarheit herrsche. Erst mit Inkrafttreten der neuen britisch-amerikanischen Vereinbarung über Bremen zum 1.1.1947 erhielt es einen Sitz im Länderrat, während es in den Zonenbeirat nur noch einen inoffiziellen Vertreter entsandte. (Vermerk Frieses über Mitteilung Brownings vom 5.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2; Protokoll der Senatssitzung am 8.11.1946, ebenda: 3/3; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 1008 und 1040).

Der Kampf um Wesermünde setzt schon ein (Hannover und Briten). Governor verlangt Senatswahl; Kaisen will sie in nächster Woche; Aufnahme der CDU unter Aufopferung von Harmssen und Bölken.²³ Kaisen meint, die Länder würden auch die Verantwortung für den Friedensvertrag tragen müssen; daher *alle* Parteien im Senat.

[...]

Donnerstag, 14. November 1946

Kaisen bis Mitte nächster Woche verreist.²⁴ Die auswärtigen Tagungen und Sitzungen nehmen so zu, daß wir es nicht bewältigen können. Besprechung mit Bote über Senatsbildung; SPD will einen [Senator der] CDU; von Sozial[emokraten] neu Ewert und Mester.²⁵

Zwei Stunden Verhandlungen mit Waterman über Deputationsgesetz.²⁶

Die Grundlage des Gesetzes angefochten. (Bürokratische oder volksnahe Verwaltung).

Nachmittags] *Bürgerschaft*. Ausgezeichnete Beantwortung der Anfrage wegen Wohnungsbeschlagnahme durch Ehlers.²⁷ Gleichzeitig Demonstration von mehreren hundert Leuten vor dem Rathause. Ich lehne Empfang ab. Ohne mein Wissen empfängt Wolters eine Kommission.

Programmatistische Schulrede von Senator Paulmann, unter anderem gegen Bekenntnisschule und Aufsplitterung der Volksschule.²⁸

[...]

²³ Die beiden Parteilosen sollten nicht wieder Mitglieder des Senats werden.

²⁴ Zur Tagung des Länderrats in Stuttgart.

²⁵ Hermann Mester, 1888–1973. Mitarbeiter landwirtschaftlicher Organisationen, 1919–1933 MdBü (SPD), 1933 aus allen Ämtern entfernt, kurze Schutzhaft, Platzmeister einer Baufirma, 1946/47 und 1949–1955 MdBü (SPD, 1946 Fraktionsvors.), Nov. 1946–Ende 1949 Senator für Ernährung und Landwirtschaft bzw. Wohnungswesen und Landeskultur, 1949–1956 Amtmann im Amt für Kanalisation und Abfuhrwesen, erster Vizepräsident der Landwirtschaftskammer, zweiter Deichhauptmann des Deichverbandes linkes Weserufer.

²⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 559.

²⁷ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 12–15. Die Einwohnerzahl Bremens war bis Kriegsende von 445 000 (1938) auf 270 000 zurückgegangen, inzwischen aber wieder auf 390 000 gewachsen. Nur 41% des früheren Wohnraums waren erhalten, so daß er mehr als doppelt so stark wie vor dem Krieg belegt werden mußte. 816 Häuser mit 1 713 Wohnungen waren von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden, wodurch 13 500 Bremer ihr Obdach verloren hatten.

²⁸ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 18–27.

Freitag, 15. November 1946

Im *Senat* Fragen der Zonen-Zugehörigkeit Bremens; Wesermünde-Verhandlungen von Militärreg[ierung] gestoppt.²⁹ – Lebensmittelnot; in Bremen Brot für nächste Woche gesichert. [...] Beschlagnahmen.³⁰

Samstag, 16. November 1946

Telephon-Gespräch mit Kaisen aus Stuttgart, der die Einreichung meiner Denkschrift stoppt (Unterhaltungen mit Kopf und anderen).³¹ Längerer Brief an den Göttinger Rektor Smend³² über den Fall Schaefer.³³ Elend und Verzweiflung bei den vielen Familien, die jetzt in der Händelstr[abe] und Joseph-Haydn-Straße räumen müssen.

Abends Vortrag Prof. Schmidt (Göttingen)³⁴ über die persönliche Freiheit in Geschichte und Gegenwart der Rechtspflege. Im wesentlichen geschichtl[icher] Vortrag. Nachher Zusammensein im Gästehause des Senats. Prof. Schmidt erzählt, daß Schaefer von der engl[ischen] Militärregierung aus s[einem] Universitätsamt entlassen sei.

Sonntag/Montag, 17./18. November 1946

[...]

Dienstag, 19. November 1946

Im *Senat* Explosion des sonst so klaren und sachlichen Theil gegen die Bauern und auch gegen Bölken persönlich. Er und seine Familie – seine Frau

²⁹ Auf dem Weg zur Länderratssitzung in Stuttgart hatte Kaisen seine Reise spontan in Hannover unterbrochen, um mit dem niedersächsischen Ministerpräs. Kopf die strittige Frage der Angliederung Wesermündes an Bremen zu erörtern. Bei einer ebenfalls spontan arrangierten Unterredung der beiden Regierungschefs mit General Lingham hatte dieser die Auffassung der britischen Militärregierung bekräftigt, Wesermünde nur bei einem entsprechenden Votum der Bevölkerung aus ihrer Zone entlassen zu wollen. (Vermerk Kaisens vom 14.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen).

³⁰ Nach Mitteilung der Militärregierung mußte mit der Beschlagnahme von 120 Häusern bis Ende Jan. 1947 gerechnet werden (Senatsprotokoll 15.11.1946, StAB: 3/3).

³¹ Mit Kopf hatte Kaisen am 14.11.1946 eine erregte Auseinandersetzung wegen Wesermünde gehabt, dessen Angliederung an Bremen von den Briten abgelehnt wurde. In Stuttgart war die volle Vertretung Bremens im Länderrat nach wie vor strittig; wegen eines „Ausrutschers“ tom Moehlens wünschte der amerikanische Oberst Dawson, daß Kaisen selbst Bremen „inoffiziell“ vertreten oder einen Senator entsenden solle. (Geheimvermerk Kaisens vom 18.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen).

³² Prof. Dr. Rudolf Smend, 1882–1975. Staats- und Kirchenrechtler, 1945/46 Rektor der Universität Göttingen, 1946–1955 im Rat der EKD.

³³ Vgl. Kap. 3, Anm. 690.

³⁴ Prof. Dr. Otto Schmidt, geb. 1898. Jurist und Mediziner, Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin und Kriminalistik in Göttingen.

und seine halbwüchsigen Kinder – unterernährt und buchstäblich hungernd, da Theil nichts Unerlaubtes sich verschafft. Nervenreizung durch die Reibungen mit der SPD-Fraktion, besonders über die Senatsbildung. Auch Kaisen und Paulmann am Ende ihrer Haltung. Kaisen sagte mir vor seiner Abreise: „Die Wahlen sind viel zu früh [gewesen].“ Theils Erregung zeigt aber, was eintreten kann, wenn die Masse der Bevölkerung weiter unterernährt ist und annimmt, daß es den Bauern noch gut gehe.

Mittwoch, 20. November 1946, Bußtag

[...]

Mittags im Gästehaus mit Oberlandesgerichtspräsident Lingemann (Düsseldorf)³⁵ und dem Oberprä[sidenten] a.D. Dr. Lehr (Rheinprovinz).³⁶ Lebensmittelnot in Rheinland-Westfalen.

Donnerstag, 21. November 1946

Besprechungen mit Kaisen; Denkschrift, Teilnahme Bremens am Länderrat und an den Ausschüssen bizonaler Art. Taktlosigkeiten des sonst so klugen tom Moehlen in Süddeutschland.³⁷ Gefährliche Ernährungslage in den anderen Großstädten und im Ruhrgebiet. Erörterungen Kaisens mit Kopf und von Campe³⁸ über *Wesermünde*, unberechtigte Vorwürfe, daß Bremen unter Wasser geschossen habe; da m[eines] E[rachtens] wegen des Stromes Gefahr im Verzuge, bestimme ich Kaisen, daß er heute die Denkschrift³⁹ dem Governor übergibt.

[...]

³⁵ Dr. h.c. Heinrich Lingemann, 1880–1962, 1917–1926 Staatsanwalt in Frankfurt a.M., seit 1927 Oberstaatsanwalt in Essen, 1933–1937 Landgerichtsdirektor in Köln, 1938 als Amtsgerichtsrat in den Ruhestand versetzt, Sept. 1945–Okt. 1948 OLG-Präs. in Düsseldorf, 1948 Verleihung der Ehrendoktorwürde.

³⁶ Dr. Robert Lehr, 1883–1956. 1915 Beigeordneter, 1924–1933 Oberbgm. der Stadt Düsseldorf, Md. der DNVP, 1933 amtsenthoben, bis 1945 Teilnahme am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1945 in verschiedenen westfälischen Gemeinden als Bgm. eingesetzt, Mitbegründer der CDU, 1945–1947 Oberprä[s.] der Nordrhein-Provinz, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates, 1949–1953 MdB, 1950–1953 Bundesinnenminister. Bei der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen war der Oberprä[s.] von Westfalen, Rudolf Amelunxen, zum Ministerprä[s.] ernannt worden.

³⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 31. Über den Inhalt der Bemerkungen, die den Unwillen der amerikanischen Beauftragten beim Länderrat erregt hatten, ist den Akten nichts zu entnehmen.

³⁸ Dr. Carl von Campe, 1894–1977. Gesandtschaftsrat a.D., Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei; 1948/49 Vertreter Niedersachsens im Wirtschaftsrat. – Über die Besprechung am 14.11.1946 liegt eine Aufzeichnung Kaisens vor, vgl. Kap. 4, Anm. 29.

³⁹ Theodor Spitta, Gebietserweiterung des Landes Bremen, StAB: NL Spitta 7,63–1/1; vgl. Kap. 4, Anm. 18.

Freitag, 22. November 1946

Im *Senat* Beteiligung Bremens an den fünf Zentralstellen der amerik[a-nisch]-britischen Doppelzone.⁴⁰ Fünf Senatoren dafür nötig! Dazu Länder-ratssitzungen! [...]

Samstag, 23. November 1946

Besprechung mit Harmssen über seine Verhandlungen in Minden.⁴¹ Bre-mens Stellung dort. Der neue Governor Dunn.⁴²

Besuch Knittermeyers, später Dr. Kurz. Kette weiterer Besuche, so daß man nicht einmal die Eingänge lesen kann.

Abends mit Karl Carstens und Frau bei Arnold und Trixi. Allgemeine Fragen der Wirtschaft – die Spannung: demokratische Freiheit und wirt-schaftl[iche] Planung – erörtert. Der Amerikaner Kuhlmann: keine demo-krat[ische] Freiheit ohne wirtschaftl[iche] Freiheit; Kartell- und Trust-Ge-setzgebung.⁴³

Sonntag/Montag, 24./25. November 1946

[...]

⁴⁰ Nach dem Beschluß über die wirtschaftliche Vereinigung der Amerikanischen und Britischen Zone, über den General Clay die Ministerprä-s. bei der 11. Länder-ratssitzung am 30.7.1946 informiert hatte, einigten sich die Chefs der beiden Militär-regierungen am 9.8.1946 über die Schaffung gemeinsamer Verwaltungen für die Be-reiche Finanzen, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen. Sie sollten in deutschen Händen liegen, aber von einem britisch-amerikanischen „Bipartite Board“ kontrolliert werden. Ein entsprechendes Ab-kommen zwischen den Militärgouverneuren Sir Sholto Douglas und Joseph McNar-ney vom 5.9.1946 ermöglichte den deutschen Länderchefs, noch vor der Gründung der Bi-Zone solche zunächst als „Verwaltungsräte“ bezeichneten Zentralstellen zum 1.10.1946 in Minden (Wirtschaft), Stuttgart (Ernährung und Landwirtschaft), Biele-feld (Verkehr), Bad Homburg (Finanzen), und Frankfurt/M. (Post- und Fernmelde-wesen) zu errichten. Es waren Räte der jeweils zuständigen Länderfachminister, den-nen als Ausführungsorgane „Verwaltungsämter“ unterstanden. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 166–170; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 80f.).

⁴¹ Sitz des Zentralamts für Wirtschaft.

⁴² Thomas F. Dunn, 1903–1964. 11.12.1946–29.11.1948 als Nachfolger Brow-nings Direktor der US-Militärregierung im Land Bremen, seit 1960 Schiffsagent und -makler in Bremen.

⁴³ In der Überzeugung, daß die wirtschaftliche Machtkonzentration bei ostelbi-schen Großgrundbesitzern und rheinisch-westfälischen Großindustriellen dem Auf-stieg des Nationalsozialismus wesentlich Vorschub geleistet habe, drängte vor allem die amerikanische Regierung, den klassischen Konkurrenzkapitalismus wiederher-zustellen und die deutsche Wirtschaft gemäß dem Potsdamer Abkommen zu „de-konzentrieren“ und zu „dekartellisieren“. Der I.G. Farben- und der Krupp-Konzern sowie die sechs großen Aktienbanken wurden aufgelöst. Darüber hinaus sollten in der Bi-Zone nach einem Gesetz vom 12.2.1947 alle Betriebe mit mehr als 10000 Be-schäftigten auf übermäßige Machtkonzentration hin überprüft und gegebenenfalls geteilt werden.

Dienstag, 26. November 1946

[...]

Im *Senat* bremische Menschenverluste des Krieges: Eingezogen 72000, gefallen 22000, heimgekehrt 23000, noch in Gefangenschaft oder verschollen 27000. Ermittlungen zur Feststellung der Vermißten. *Letzte Sitzung dieses ernannten Senats*. Warme Ansprache Kaisens; Dankworte von mir an Kaisen. – Ich hob unter anderem die sachliche Arbeit hervor und das gegenseitige Vertrauen. Wir haben seit Juni 1945 wohl an die 4000 Beschlüsse gefaßt und kaum mehr als fünfmal abgestimmt; alle anderen Beschlüsse einstimmig.

Mittwoch, 27. November 1946

In der SPD gestern abend Entscheidung gefallen: Sieben Sozialdemokraten, ein Kommunist, ein Unparteiischer (Nolting-Hauff) und drei BDV (Apelt, Harmssen und ich) sollen in *den Senat* gewählt werden. Mit CDU keine Einigung erzielt. Bölken muß leider ausscheiden; er wird hoffentlich als Kreisbauernführer für Bremens Versorgung weiter sorgen können.

Abends Fraktionssitzung über Senatswahl.

Donnerstag, 28. November 1946

Juristenbesprechung über Justiz, falls Bremen amerikanische Zone wird. Oberlandesgericht in Bremen? Ich habe Bedenken und ziehe gemeinschaftlich[es] hanseatisch[es] OLG mit Senat in Bremen vor.⁴⁴

Mit Kaisen Geschäftsordnung erörtert. Ehlers Gesundheitswesen, Frau Popall Teile vom Wohlfahrtswesen und von Schule und Erziehung, Mester Ernährung, Ewert Wohnungswesen und Wohnungsbau; Wolters in Wirtschaft und Verkehr, Harmssen Wirtschaft, Apelt Häfen und Verkehr.

Nachmittags *Senatswahl* in feierlichem Rahmen mit Philharmonischem Orchester (Bach, Suite C-Dur, herrlich!). CDU enthält sich der Stimme. Ordentliche Rede des Bürgerschaftspräsidenten Hagedorn; hervorragende Rede von 1¼ Stunden durch Kaisen, voll Sachkenntnis und Herzenswärme; offenbar allgemein starker Eindruck.⁴⁵

Mit Apelt Geschäftsordnung.

⁴⁴ Vgl. Kap. 3, Anm. 441; Kap. 4, Anm. 168. Es gelang Spitta nicht, Bedenken der englischen und amerikanischen Militärregierung zu überwinden, so daß am 15.7.1947 das selbständige OLG Bremen eröffnet wurde. Spitta hielt auch, nachdem diese Entscheidung gefallen war, an seinem Standpunkt fest, so in einem Vortrag vor Hamburger Juristen im Mai 1948 (Theodor Spitta, Einige allgemeine Gedanken zum Verfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der bremischen Verfassung, in: Bremisches Jahrbuch 43 (1951), S. 1–30, speziell S. 4).

⁴⁵ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 29–32 und 34–42. Kaisens Rede ist in die Sammlung „Bereitschaft und Zuversicht“ (S. 63–79) aufgenommen worden.

Mit Apelt, später mit Bote Plan von Dr. Noltenius und anderen, in der BDV keine Angehörigen der Reichsparteien⁴⁶ zu dulden. Apelt, Bote und ich dagegen.

Mit Dr. Lahusen über Bekenntnisgrundlage der Brem[ischen] Ev[angelischen] Kirche. Lahusen, Mitglied der L[ieb]fr[auen]-Gemeinde, gegen die Änderung der Kirchenverfassung; schöne Worte über echtes Christentum und die Dogmen und Glaubensbekenntnisse als Menschenwerk.

[...]

Freitag, 29. November 1946

[...]

Erste Sitzung des neuen Senats. Panne, da die beiden neuen Mitglieder nicht geladen waren und nur Mester zu erreichen war.⁴⁷ Geschäftsordnung und Wahl der Bürgermeister.

Abends Vortrag in der Wittheit: Prof. Aubin⁴⁸ über Wiederaufbau Europas nach der Völkerwanderung.

Nachher geselliges Zusammensein mit dem hier tagenden Vorstand des Städtetages. Staatssekretär a.D. Dr. Pünder.⁴⁹

[...]

Samstag/Sonntag, 30. November/1. Dezember 1946

[...]

Montag, 2. Dezember 1946

Mit Apelt schwierige Kompetenzverhältnisse des bizonalen Amtes für Verkehr,⁵⁰ insbes[ondere] Strom und Häfen besprochen. [...]

⁴⁶ Gemeint sind die Parteien, die in ganz Deutschland politischen Einfluß erringen wollten und ihre regionalen und zonalen Verbände als Teile gesamtdeutscher Organisationen verstanden: neben SPD und KPD vor allem CDU und FDP.

⁴⁷ Im Senatsprotokoll (StAB: 3/3) werden beide als anwesend aufgeführt.

⁴⁸ Dr. Hermann Aubin, 1885–1969. Professor für mittelalterliche Geschichte und Landesgeschichte an den Universitäten Gießen, Breslau, Göttingen (1945/46) und Hamburg (1946–1954).

⁴⁹ Dr. Hermann Pünder, 1888–1976. Jurist, Zentrumspolitiker, 1926–1932 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1944 in Haft, 1945 Mitbegründer der CDU, 1945–1948 als Nachfolger Adenauers Oberbgm. von Köln, Präs. des Deutschen Städtetages, 1948–1949 Oberdirektor des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1957 MdB, 1952–1958 Vizepräs. der Montanunion.

⁵⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 40.

Dienstag–Freitag, 3.–6. Dezember 1946

*Dienstreise nach Wiesbaden mit Wagen.*⁵¹ Hinreise mit Karl Carstens. [...]

3.12.: Um 11½ Uhr in Göttingen. [...] Um 1 Uhr Weiterfahrt über Han-nov[ersch]-Münden und Kassel. Mil[itary] Police, Geschwindigkeitsfalle usw. Dicht vor Wiesbaden ohne Treibstoff; Frau Kultusminister Schramm⁵² nimmt uns mit. – Quartier im Taunushotel, Rheinstraße. Abendessen und Zusammensein Uhrturm. Pfälzer Juristen. Kiesselbach.

4.12.: 9 bis 12½ und 3 bis 7 Uhr Sitzung. Reinigung des Strafgesetzbuchs. Juristenausbildung. Vorsitz Minister Zinn. Schiffer,⁵³ Geiler, Kiesselbach; *alle vier Zonen vertreten*; alle Milit[är]regierungen außer den Russen. – Viele Univers[itäts]-Professoren (Kohlrausch Berlin, Lange Jena, Wahl Heidelberg usw.);⁵⁴ sie – besonders Kohlrausch – hielten ein hohes Niveau. Mittagessen Uhrturm. – Abendessen beim Ministerpräsidenten Geiler. [...]

Wichtige Besprechung über die Selbständigkeit der Hansestädte mit Wilh[elm] Kiesselbach. Neue Gefahr für die Hansestädte.

5.12.: [...]

6.12.: [...]

Samstag/Sonntag, 7./8. Dezember 1946

[...]

⁵¹ Vierzonen-Tagung der Chefs der deutschen Justizverwaltungen in Wiesbaden vom 4. bis 6. 12. 1946; dazu die Akte im Bundesarchiv Koblenz: Z1/1319, Bl. 34–63.

⁵² Ehefrau von Dr. Franz Schramm, 1887–1966, Studienrat, vom 19.4.1946 bis 5.1.1947 Kultusminister in Großhessen, Md. der CDU.

⁵³ Georg-August Zinn, 1901–1976, Rechtsanwalt, 1946–1949 hessischer Justizminister, 1950–1969 Ministerpräs. von Hessen, 1946–1970 MdL Hessen (SPD), 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates. – Eugen Schiffer, 1860–1954, Jurist, Richter, 1903–1918 Md. des preuß. Abgeordnetenhauses, 1911–1917 MdR (Nationalliberale Partei), 1917 Unterstaatssekretär, 9.11.1918–Febr. 1919 Staatssekretär im Reichsschatzamt, 1919–1920 Reichsfinanzmin. bzw. Reichsjustizmin. und Vizekanzler, 1921 Reichsjustizminister, 1919–1924 Md. der Nationalversammlung, des Reichstags und des preuß. Landtags (DDP), seit 1925 Rechtsanwalt, wegen seiner jüdischen Abstammung in der NS-Zeit verfolgt, 1945 Mitbegründer der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) in der SBZ, 1946–1948 Chef der deutschen Justizverwaltung in der SBZ.

⁵⁴ Dr. jur. Eduard Kohlrausch, 1874–1948, Strafrechtler, Professor an den Universitäten Königsberg, Straßburg, Berlin.

Dr. jur. Richard Lange, geb. 1906, Professor für Straf- und Zivilrecht an den Universitäten Jena, FU Berlin und Köln, Schüler von Kohlrausch.

Dr. jur. Eduard Wahl, 1903–1985, seit 1935 Professor für internationales Privatrecht und Zivilrecht an den Universitäten Göttingen und Heidelberg, 1947/48 Verteidiger im I. G. Farben-Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 1949–1969 MdB (CDU), 1966–1969 Erster Vizepräs. der Beratenden Versammlung des Europarats.

Montag, 9. Dezember 1946

Im Rathause Aufarbeiten der Wiesbadener Rückstände. Nachm[ittags] Tee im Gästehaus mit aus Amerika heimkehrenden Emigranten. Sie behaupten, in der amerik[anischen] Bevölkerung sei kein Haß gegen das deutsche Volk.

Einstündige Besprechung mit Kaisen, der wieder voll Ideen und Anregungen ist. H. Schütte Stellvertreter Maltzans in der neuen Außenhandelsstelle?⁵⁵ Umgestaltung des Zonenbeirats Hamburg.⁵⁶ Persönliche Schwierigkeiten im neuen Senat (Mester-Bölken).⁵⁷

[...]

Dienstag, 10. Dezember 1946

Im Senat Vorsitz. Geschäftsverteilung (Bölken-Mester, Apelt-Wolters).⁵⁸

[...]

Nachm[ittags] zuerst Fraktionssitzung (Schulfragen; die Fraktion zu meiner Genugtuung für Gemeinschaftsschule).

Nachher Vorstand und Beirat der Goethe-Gesellschaft. Zunahme der Mitgliederzahl, auch in Verden und Nordenham. Programm für den Winter.

[...]

⁵⁵ Hermann G. Schütte, geb. 1904. Nach Lehre und kaufmännischer Tätigkeit in Südamerika und London Prokurist in Im- und Exportfirmen, Aug. 1946–Sept. 1948 Bevollmächtigter Bremens beim Länderrat, Okt. 1948–15.3.1949 Dienststellenleiter des Senators f. Wirtschaftsforschung und Außenhandel.

Dr. jur. Vollrath Frh. v. Maltzan, 1899–1967. 1925–1938 im auswärtigen Dienst, bis 1945 im Dienst der I. G. Farbenindustrie und des Stickstoffsyndikats f. Exportfragen zuständig, 1945/46 Abteilungsleiter im hessischen Wirtschaftsministerium, seit 27.6.1946 Beauftragter des Länderrats für den Interzonen- und Außenhandel, seit Anfang 1947 Leiter der Hauptabtlg. D des Verwaltungsamts für Wirtschaft, 1955–1958 dt. Botschafter in Frankreich.

Aufgrund des Bevin-Byrnes-Abkommens vom 2.12.1946 über die Organisation der Bi-Zone wurde ein britisch-amerikanisches Außenhandelsamt, die Joint Export/Import Agency (JEIA) mit Dienststellen in den Landeshauptstädten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gegründet. Auf deutscher Seite war die Hauptabteilung D, Außen- und Interzonenhandel, des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden zuständig. (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 462–464).

⁵⁶ Die Besprechung diente der Vorbereitung auf eine Sitzung des Hauptausschusses des Zonenbeirats am 14.12.1946 in Bad Godesberg, bei der es darum ging, dem Zonenbeirat größere politische Kompetenzen zu sichern (vgl. Kap. 4, Anm. 67). Kaisen nahm für Bremen an der Tagung teil.

⁵⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 74.

⁵⁸ Die Geschäftsverteilung änderte sich folgendermaßen: Wolters übernahm das neugebildete Ressort „Wirtschaft und Arbeit“; Apelt behielt das um die Wirtschaft gekürzte Gebiet „Häfen, Schifffahrt und Verkehr“; Mester wurde Senator für „Ernährung und Landwirtschaft“, wofür zuvor Wolters und Bölken zuständig waren.

Mittwoch, 11. Dezember 1946

[...]

Mit Oberlandesg[erichts]r[at] Dr. Prieß persönlich und privat die Frage des Oberlandesgerichtes erörtert.⁵⁹

Wittheit, Vortrag Hubatsch.⁶⁰ Meer in der Geschichte (Gustav Adolf).

[...]

Donnerstag, 12. Dezember 1946

Besprechung mit Lahusen, Strohmeyer und Bollinger sowie Carstens über Oberlandesgericht Bremen.

Mit Kaisen über Gefährdung der Selbständigkeit der Hansestädte. Amerikan[ischer] Offizier (Staatsanwalt) vernimmt mich umständlich wegen des Ratssilbers, das Shamel, Williams und Grey im Besitz haben.⁶¹

Bürgerschaftssitzung. Entnazifiz[ierungs]gesetz gegen die bürgerlichen Parteien angenommen.⁶²

[...]

Freitag, 13. Dezember 1946

Senatsvorsitz. – Militärgericht gegen Shamel, Williams usw. Unter anderen Anklagepunkten unser Ratssilber. Ich soll Zeuge sein, werde auf Anruf entlassen.

Fesselnder Vortrag Prof. Jordans (Göttingen),⁶³ eines Physikers über die Entstehung des organischen Lebens. Physikal[isch]-chemische Vorgänge; Autokatalysator; Verdoppelung eines Moleküls (Virus). Die mathe-

⁵⁹ Dr. Friedrich Prieß, 1903–1989. Jurist, 1937–1950 Richter in Hamburg, seit 1942 OLG-Rat, 1950–1956 Vizepräs. der Landeszentralbank in Hamburg, seit 1956 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; als Freund des Sohnes Walter mit der Familie Spitta gut bekannt. – Zur Gründung eines OLG in Bremen nach der Erhebung zum Land der US-Zone vgl. Kap. 3, Anm. 441.

⁶⁰ Dr. phil. Walther Hubatsch, 1915–1984. Historiker, 1943 Privatdozent in Göttingen, 1949 apl. Prof. ebenda, 1959 ordentl. Prof. in Bonn.

⁶¹ Vgl. Wedemeier (Hrsg.), Unser Wilhelm Kaisen, S. 32f.

⁶² Die Bürgerschaft verabschiedete in dieser Sitzung von der Militärregierung veranlaßte Änderungen des Gesetzes über Ausschüsse zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Das Gesetz war bereits am 4.7.1946 im Parlament beschlossen worden, die Militärregierung hatte mit Schreiben vom 9.8.1946 Änderungswünsche mitgeteilt. BDV und CDU hatten sich gegen die Verabschiedung dieser Änderungen in einer Lesung ausgesprochen und eine Sondersitzung der Bürgerschaft beantragt.

⁶³ Dr. phil. Pascual Jordan, 1902–1980. Professor für theoretische Physik in Rostock (1929), Berlin (1942) und Hamburg (1953), als Schüler von Max Born (Göttingen) maßgeblich an der Entwicklung der Quantenmechanik und -theorie beteiligt, weitete seine Forschungen dann auf kosmologische und biophysikalische Fragen aus.

matische Physik kann die Reaktion eines Atoms nicht vorausberechnen. Spontaneität eines Atoms, „Freiheit“. – Ist so ein zweizelliges Lebewesen aus einzelligem entstanden? Nachher im Gästehaus bei dem Kulturreferenten der brit. Zone. Strawinskys Concerto in „Es“, erläutert von Schnackenburg (Maschinenrhythmus!).

Samstag, 14. Dezember 1946

[...]

Mit Kirchenausschuß Kirchenfragen; Haushalt und Bekenntnis-Präambel der Verfassung.⁶⁴

Sonntag, 15. Dezember 1946

Morgens 12 Grad Kälte. Der größte Teil der Bevölkerung wird jämmerlich frieren. Wir sitzen in dem einzigen, etwas durch den elektr[ischen] Herd erwärmten Raum, in der Küche, in Mantel und Decke. Mutters Ischias verlangt Wärme. Das Bett mit Freedens großer Gummi-Wärmflasche vorgewärmt. Das Haus immer mehr durchkühlt. [...]

Um 3 Uhr mit *Dr. Friese beim Governor Dunn* in seiner Privatwohnung. Oberst Crabill, Waterman und ein Amerikaner von OMGUS aus Berlin, außerdem zwei Engländer. Hochpolitische Aussprache, anfangend mit Bremen und Wesermünde, endigend bei Fragen des künftigen Reiches: System USA (Ableitung der Befugnisse des Bundes von den Ländern) oder Canada (Eigenrecht des Reichs); ich für „Canada“ und einheitliche Grundrechte in der Reichsverfassung.⁶⁵

Wir stießen mit Whiskey auf das neue Abkommen vom 15. Dez[ember] 1946 an.⁶⁶ Die Frage *Wesermünde* scheint *zugunsten Bremens* entschieden zu sein.

[...]

⁶⁴ Die Präambel der Verfassung der BEK lautet: „Die unantastbare Grundlage der Bremischen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist.“ Vgl. StAB: 3-K.1.a. Nr. 669, dort auch undatierte handschriftliche Notiz Spittas zur Präambelfrage.

⁶⁵ Spitta berichtete am 17.12.1946 im Senat über die Besprechung. Danach war über den Zusammenschluß Wesermündes mit Bremen bei den Militärregierungen noch keine Entscheidung gefallen; ihre Vertreter hätten sich aber von dem diesbezüglichen Wunsch der Bevölkerung Wesermündes überzeugt. Ihre Forderungen: eigene Stadtverwaltung und -vertretung sowie Verwaltung des Fischereihafens, könnten akzeptiert werden. Spitta brachte bei der Unterredung außerdem den Wunsch Bremens nach einem eigenen OLG und nach Zubilligung des Stimmrechts im Länderrat und in den Zweizonen-Verwaltungsausschüssen zum Ausdruck. (Senatsprotokoll 17.12.1946, StAB: 3/3). Eine Aufzeichnung Frieses über die Besprechung befindet sich ebenda: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

⁶⁶ Das Abkommen zwischen den stellvertretenden Militärgouverneuren Clay und Robertson sah die Schaffung des Landes Bremen, bestehend aus der Stadt Bremen,

Montag, 16. Dezember 1946

[...]

Dienstag, 17. Dezember 1946

In meiner „Badestube“ Waschwasser gefroren.

Im *Senat* Bericht Kaisens über die Umgestaltung des Zonenbeirats; Übergewicht der politischen Parteien (Adenauer).⁶⁷ – Mein Bericht über die sonntäglichen Verhandlungen mit den Amerikanern und Engländern.⁶⁸

[...]

dem Bremer Landgebiet und dem Stadtkreis Wesermünde, als Teil der Amerikanischen Zone vor. Bis zur Bildung einer deutschen Zentralregierung sollte Bremen die vollen Rechte eines Landes haben, dann die Verschmelzung mit Niedersachsen geprüft werden. Das Abkommen billigte Bremen ferner die offizielle Vertretung im Länderrat und in den bizonalen Verwaltungsräten sowie die inoffizielle Beteiligung am Zonenbeirat zu. Nicht erfüllt wurde der Wunsch Bremens, die Zuständigkeit für die Verwaltung der Wasserstraßen bis zur Wesermündung zu erhalten. Sie wurde einer besonderen, dem Verwaltungsrat für Verkehr (vgl. Kap. 4, Anm. 40) unmittelbar unterstellten „Weserhafenbehörde“ übertragen. (Undatierte deutsche Fassung des Abkommens, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2).

⁶⁷ Der Hauptausschuß des Zonenbeirats hatte am 14.12.1946 in Bad Godesberg über Vorschläge zur Umbildung des Zonenbeirats zu einem politischen Leitungsgremium beraten. Die britische Kontrollkommission plante die Schaffung eines engeren Ausschusses aus den Länderchefs und eines Beirats aus Vertretern der Länderparlamente; dieser umgestaltete Zonenbeirat sollte alle in die Kompetenz der Länderregierungen und der Zentralregierung fallenden Angelegenheiten sowie gemeinsam mit dem Länderrat die bei den bizonalen Verwaltungsräten anstehenden Aufgaben „besprechen“. Die Parteivertreter im Zonenbeirat schlugen statt dessen die Bildung eines politischen Beirats aus unmittelbar von den Parteien, nicht den Parlamenten, delegierten Persönlichkeiten vor, außerdem einen Länderausschuß der Regierungschefs (der drei Ministerprärs. und der Bgm. von Hamburg und Bremen), der dem politischen Beirat aber nicht gleichgeordnet sein sollte. Die Ministerprärs. wollten demgegenüber unter scharfer Trennung von Exekutive und Legislative einen Ausschuß der Regierungschefs einrichten und den Zonenbeirat zu einem parlamentarischen, von den Länderparlamenten beschickten Organ umgestalten. Dem widersetzte sich vor allem Adenauer mit der Forderung – wie Kaisen verstand –, „die Ministerpräsidenten zu entmachten und völlig unter Kontrolle der Parteien zu stellen“. Der Vorschlag der Parteien wurde mit sechs gegen fünf Stimmen für das Konzept der Ministerprärs. angenommen. In einem persönlichen Gespräch gelang es Kaisen jedoch, Adenauer von der praktischen Undurchführbarkeit des Parteivorschlags zu überzeugen und zum Einlenken zu bewegen. Das Prinzip der Trennung von Legislative und Exekutive wurde anerkannt und deren Leitung weiterhin den Ministerprärs. bzw. Bgm. zugestanden. (Vermerk im StAB: 3-B-10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Die Auseinandersetzungen waren insofern ohne Bedeutung, als die britische Militärregierung dem Zonenbeirat weiterhin nur beratende Funktion zubilligte.

⁶⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 65.

Mittwoch, 18. Dezember 1946

Besprechung mit Handelsk[ammer]präses M. Wilkens über Parteien in Bremen und über Wahlen zur Handelskammer.

[...]

Donnerstag, 19. Dezember 1946

Wichtige Besprechung mit Kiesselbach, Bürgermeister Brauer, Ruscheweyh, sowie Syndikern und Referenten aus *Hamburg* im Gästehaus. Für Bremen Kaisen, tom Moehlen und ich. *Selbständigkeit der Hansestädte*; ihre Befestigung durch *gemeinsame Einrichtungen* (Oberlandesgericht, Landesversicherungsanstalt usw.). Allgemeine Fragen Deutschlands. *Regelmäßige Zusammenkünfte*.⁶⁹

[...]

Freitag, 20. Dezember 1946

Steigende *Kohlennot* innerhalb und außerhalb Deutschlands. Im *Senat* Kohlenlage. Gefährdung der Versorgungsbetriebe und der Krankenhäuser. Stilllegung der vom Strom abhängigen Industrie.⁷⁰ Ganz Holland soll ohne Strom sein. Harmssen schildert das Elend im Ruhrgebiet. Ich berichte über die Verhandlung mit den Hamburgern.⁷¹ – Lange Erörterung der Berichtigung, die Apelt für die Presse entworfen hat, über die Entnazifizierung bei der „Port Authority“; Schluß durch Diktaturbestimmung Kaisens.⁷²

⁶⁹ Unter Hinweis auf Bestrebungen in der Britischen Kontrollkommission für Deutschland, die Selbständigkeit der Hansestädte zu beseitigen, regte Kiesselbach die Schaffung gemeinsamer Einrichtungen an, um dem Argument zu begegnen, daß Hamburg und Bremen für die Erfüllung von Länderaufgaben zu klein seien. Als Möglichkeiten nannte er ein gemeinsames OLG – wozu sich Spitta mit Rücksicht auf entgegenstehende Wünsche der Amerikaner zurückhaltend äußerte –, gemeinsame Strafvollzugseinrichtungen, eine gemeinsame Landesversicherungsanstalt in Abstimmung mit Oldenburg und eine gemeinsame Universität. Die Vertreter Hamburgs und Bremens vereinbarten, alle zwei Monate Konferenzen über gemeinsame Angelegenheiten abzuhalten. (Bericht Spittas im Senat am 20.12.1946, StAB: 3/3). Max Brauer, 1887–1973, war von 1946–1953 und 1957–1960 Erster Bgm. in Hamburg.

⁷⁰ Nach Mitteilung Kaisens hatte das Elektrizitätswerk nur noch für 7 Tage die nötigen Kohlen. Mit ausreichender Belieferung sei nicht zu rechnen, ebenso wenig mit Stromzuteilungen von außerhalb. Die Metallindustrie hatte zugestimmt, vom 23.12.1946 bis zum 4.1.1947 die Betriebe stillzulegen; über entsprechende Maßnahmen in anderen Industrien liefen Verhandlungen. Der Senat beauftragte Ewert, eine Liste der lebenswichtigen Betriebe aufstellen zu lassen, die bevorzugt mit Strom beliefert werden sollten.

⁷¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 69.

⁷² Unter der Überschrift: „Christlich-nazistische Seefahrt?“ war am 14.12.1946 im *Weser-Kurier* ein Artikel über die Durchsetzung der Hafenbehörde und der Lotsenschaft mit ehemaligen Nationalsozialisten erschienen. Der Artikel nannte an erster

Kälteelend der Bevölkerung. Alte Leute suchen die Amtsräume auf, um sich dort anzuwärmen und lassen sich nicht wieder herausweisen, so daß störende Menschenanhäufungen entstehen.

[...]

Samstag, 21. Dezember 1946

[...]

Sonntag, 22. Dezember 1946

Vorm[ittags] Weihnachtliches und Jantzens Übersetzung von Shakespeares Sonetten. Nachm[ittags] im Gästehaus Weihnachtslieder des Domchors. Senat und Amerikaner mit Familien. Kaisen schließt seine Ansprache mit dem Wunsch auf Frieden und Erlösung.

[...]

Montag, 23. Dezember 1946

Noch spiegelglatte Eisbahn. Sander und Irmgard gestern 50 km [schlittschuhgelaufen] (Hamme aufwärts). Aber die Zahl der Läufer geringer als sonst; Kalorienverbrauch und Fehlen von Schlittschuhen und Kleidung.

Wegen Kohlenmangels Schließen der staatl[ichen] Büros von Weihnachten bis Neujahr; nur Notdienst. Auch die Anwälte haben seit längerer Zeit nur noch Notdienst; Dr. Kind täglich von 11 bis 13 Uhr.

[...]

Dienstag, 24. Dezember 1946

Vorm[ittags] im Rathause, wo nur halber Betrieb wegen der Kälte und der Einschränkung der Heizung.

Entnazifizierungs-Wirrwarr mit Kaisen und Osterloh besprochen.⁷³ Auch die unerfahrene Bürgerschaft (einschl[ießlich] ihres Präsidenten) macht Fehler und Mißgriffe und Zuständigkeitsüberschreitungen, auch gegenüber der Militärreg[ierung], die vom Senat wieder zurechtgerückt werden müssen.

[...]

Stelle den Präs. der Weserhafenbehörde, Daehne, vgl. Kap. 4, Anm. 78. Statt einer Berichtigung Apelts war am 21.12. eine Entgegnung der US-Militärregierung im Weser-Kurier zu lesen, in der sie betonte, daß sie die direkte Kontrolle über die Fluß- und Seelotsen erst am 1.11.1946 übernommen habe und nach Prüfung der Fragebogen für schleunige Auswechslung belasteter Personen sorgen werde.

⁷³ Johann Osterloh, 1888–1963. Lehrer, 24.7.1945–28.2.1946 Schulrat, 5.3.1946–30.9.1948 ORR und Leiter der Regierungskanzlei, 1.10.1948 Regierungsdirektor und Leiter des Personalamts, 1954 Ruhestand. Vgl. Kap. 4, Anm. 8.

Mittwoch/Donnerstag, 25./26. Dezember 1946

[...]

Freitag, 27. Dezember 1946

Um Null. – Heller Tag mit Sonnenblicken.

Rathaus. Karl Carstens. Mit Kaisen Allgemeines. Mester, Reibung mit Bölken, Antrag auf Neuordnung der Zuständigkeiten in Ernährung und Landwirtschaft.⁷⁴

[...]

Samstag/Sonntag, 28./29. Dezember 1946

[...]

Montag, 30. Dezember 1946

Im Rathaus noch Ferienruhe. Wenig neue Sachen. Abends mit Amerikanern im Gästehause; ich sitze neben Mister Dunn, habe aber Schwierigkeit in der englischen Unterhaltung; setze ihm und später Waterman unsere Gedanken über die Verfassung Bremen-Wesermünde auseinander (nicht ein neues Länderparlament, einfacher Bau).⁷⁵

Dienstag, 31. Dezember 1946, Sylvester

Besprechung mit Kaisen. Sein Gedanke, die Kleingärten sehr zu vermehren, um der Vermassung entgegenzuwirken. Schöne, warme Worte darüber. – Pressefragen; Prinz von Löwenstein⁷⁶ Pressereferent des Senats? –

⁷⁴ Zwischen Mester und Bölken waren Kompetenzkonflikte entstanden, weil letzterer als Senator zugleich Leiter der Kreisbauernschaft gewesen war und diese Funktion bei seinem Ausscheiden aus dem Senat behalten hatte. Als Lösung schlug Mester vor, das bremische Ernährungsamt vom Landesernährungsamt zu trennen und es unmittelbar dem bizonalen Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft zu unterstellen. Der Senat stimmte dieser Regelung am 31.12.1946 zu. (Senatsprotokoll 31.12.1946, StAB: 3/3).

⁷⁵ Spitta hatte seine Vorstellungen am 8.11.1946 im Senat dargelegt: Bremen und Wesermünde sollten eine Stadt mit einem gemeinsamen Senat und einer gemeinsamen Bürgerschaft werden, in Wesermünde außerdem für örtliche Angelegenheiten ein Magistrat und ein Bezirksbgm., aber keine besondere Regierung und kein zweites Parlament gewählt werden (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

⁷⁶ Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, 1906–1984. Jurist, Schriftsteller, Politiker, bis 1933 als Journalist tätig, am 30.4.1933 Emigration nach Österreich, 1934/35 ins Saarland, Febr. 1935 in die USA; 1936–1941 Mitbegründer und Generalsekretär der Deutschen Akademie im Exil, Hilfe für Emigranten aus Westeuropa; Okt. 1946 Ankunft in Bremen und Wiedereinbürgerung, 1947 Dozent an der Universität Heidelberg, 1952/53 Korrespondent für die Die Zeit in Süddeutschland, 1953–1957 MdB (FDP), seit 1958 Md. der CDU; 1959–1973 Sonderberater und freier Mitarbeiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, seit 1973 Präs. des Freien Deutschen Autorenverbandes.

Vertrauliches über Mester, den Michael Kohlhaas und Ewert, den Robespierre.

Im *Senat* das Kreuz der gänzlich verfahrenen Entnazifizierung.⁷⁷

[...]

Mittwoch, 1. Januar 1947

3 Grad unter Null. Klar, Nordostwind. Die neue Frostperiode eine große Sorge. Gerade hatten die Eisbrecher zu arbeiten angefangen, um die in den Kanälen eingefrorenen Kohlenmengen aufzueisen. Das jetzt hinfällig.

[...]

Nachmittags] *Beethoven-Konzert*: Egmont-Ouvertüre. Klavierkonzert G-Dur, Eroica. Zum ersten Mal im *großen Glockensaal*!

Darf man das für das Verhältnis der Amerikaner zu den Bremern als Symbol nehmen?

[...]

Donnerstag, 2. Januar 1947

Besprechung bei Kaisen mit Apelt, Nolting-Hauff, Plate, Daehne⁷⁸ usw. über künftige Stromverwaltung. Ich gemäß Denkschrift des Senats für Herrschaft Bremens über Strom (Staatshoheit, Privateigentum, Verwaltung).⁷⁹ Die übrigen für Reichszuständigkeit mit Auftragsverwaltung Bremens, wie es Hamburg erstrebt. Ich bin in Sorge, falls das Reich schwach und unter Kontrolle der Besatzungsmächte bleibt. Bremen wird vielleicht in Amerika für Stromvertiefungen eher eine Anleihe finden als das Reich.

⁷⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 8. Wie Kaisen am 29.11.1946 im Senat ausführte, hatte die Bürgerschaft zwar den „Hauptausschuß“ eingesetzt, sich sonst aber wenig um die Entnazifizierung gekümmert. Er regte an, die Bürgerschaft einen besonderen Ausschuß wählen zu lassen, der die Materie prüfen und in einer Denkschrift für die Militärregierung Vorschläge zur Beschleunigung des Verfahrens durch Amnestierung gering belasteter Gruppen entwickeln sollte. Es käme darauf an, „die Hauptschuldigen und Belasteten herauszuschälen“. (Senatsprotokoll 29.11.1946, StAB: 3/3). Bemühungen, den Beschuldigten rechtliches Gehör im Vorstellungsverfahren zu sichern, waren gescheitert, weil die Militärregierung Änderungen der bisherigen Prozedur ablehnte, solange die Zuständigkeit für die Entnazifizierung – Briten oder Amerikaner? – nicht geklärt war. (Senatsprotokoll 31.12.1946, ebenda).

⁷⁸ Wilhelm Daehne, 1892–1966. Kapitän, Präs. der Weserhafenbehörde (vgl. Kap. 4, Anm. 66), seit 1950 Vorstandsmd. der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.

⁷⁹ Vom Senat übernommene Denkschrift Spittas vom 6.8.1946: „Der Neuaufbau des Reiches und Bremens Stellung darin“, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

Später mit Heukelum⁸⁰ bei Kaisen über Verfassung Bremen-Wesermünde.⁸¹

[...]

Freitag, 3. Januar 1947

Im Senat Deputationsgesetz und Bestellung der Senatsvertreter.⁸² Nachmittags Dr. Krug von der Presse, will über Bremens Stellung usw. Näheres erfahren. Ich lege ihm besonders Bremens Verhältnis zu Wesermünde dar, hoffentlich bringt er es leidlich richtig.

[...]

Samstag, 4. Januar 1947

Nach klarer Mondnacht morgens 5 Grad unter Null. *Steigende Kohlennot*. In großen Teilen Deutschlands Industrie zum Stillstand gekommen, die Versorgungswerke gefährdet.⁸³ Hamburg z.B. schlimmer als Bremen: Jeder Stadtteil zwei Tage die Woche von 7 Uhr morgens bis 22 Uhr Stromsperre; Straßenbahn steht von 10 bis 15 Uhr; Theater, Kinos usw. geschlossen. In Bremen Einschränkung der Arbeitszeit von 9 bis 16 Uhr.⁸⁴

[...]

Sonntag, 5. Januar 1947

[... Spittas 74. Geburtstag.]

⁸⁰ Gerhard van Heukelum, 1890–1969. Metallhandwerker, 1922 Geschäftsführer des DMV in Bremen, 1922–1927 Vors. des ADGB Bremen, 1924–1933 Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Norddeutsche Volksstimme“, in der NS-Zeit mehrmals verhaftet, 1945 und seit 2.7.1946 Oberbgm. von Wesermünde/Bremerhaven, Mai 1948–Ende 1959 Senator für Arbeit.

⁸¹ Es ging um die Frage der Vertretung Wesermündes in Senat und Bürgerschaft nach Eingliederung der Stadt in das Land Bremen.

⁸² Vgl. Kap. 3, Anm. 559. Die Vorlage war mit kleinen redaktionellen Änderungen von der Militärregierung genehmigt worden. Als Senatsvertreter in den zehn Deputationen wurden die fachlich zuständigen Senatoren und die Behördenleiter ernannt. (Senatsprotokoll 3.1.1947, StAB: 3/3).

⁸³ Werner Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948*, Stuttgart 1975, sieht im Zusammenbruch des Transportsystems infolge des strengen Winters und in der unzureichenden Kohlenversorgung der Industrie die entscheidenden Faktoren für den Abbruch der ersten Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Winter 1946/47.

⁸⁴ Vgl. Erich Lüth, Schrecken und Selbstbehauptung. Die Geschichte eines harten Winters, in: *Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt*, Bd. 2, Hamburg 1947, S. 36–39. Über die Situation in Bremen: *Weser-Kurier* Nr. 1 v. 4.1.1947, „Kohlennot und Kurzarbeit“; ferner die eindrucksvollen Schilderungen bei Hoecker/Meyer-Braun, *Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit*, insbes. S. 46–85 und Bruss, *Mit Zuckersack und Heißgetränk*.

Montag, 6. Januar 1947

[...]

Walter Lisco tritt nach mehrmonatiger Arbeitspause bei der Handelskammer an.⁸⁵

Dienstag, 7. Januar 1947

Minus 16 Grad. Nach klarer Nacht bedeckt. Mittags Sonne.

Kaisen für eine Woche verreist (Stuttgart, München).⁸⁶

Im Senat ernste Kohlenlage, Gefahr für das Erliegen des Wasserwerkes. Notmaßnahmen (Wärmehallen usw.). Umwandlung der Reichsbankhauptstelle in eine Bremer Landeszentralbank.⁸⁷

Nachmittags Fraktionssitzung. Grabaus Drängen, daß ein „Regierungsprogramm“ der „Regierungsparteien“ festgelegt werde; ich halte das für eine nicht ungefährliche Parlaments-Spielerei und Zeitverschwendung; wir würden festgelegt werden; überdies jetzt fast alles zwangsläufig.

[...]

Zum Geburtstag habe ich vom Rathaus 5 Zentner Kohlen bekommen, so daß wir etwas verschwenden.

Mittwoch, 8. Januar 1947

Nach klarer Mondnacht minus 15½ Grad, Maximum in der Sonne minus 8 Grad. Fast die gesamte deutsche Industrie (mit Ausnahme der Lebensmittelindustrie usw.) liegt aus Kohlenmangel still. Not der erwerbslosen Arbeiter, die Arbeitslosen-Unterstützung erhalten. Immer mehr Eisenbahnzüge fallen aus; Einfrieren der Lokomotiven. Keine Bademöglichkeit für die Bevölkerung. In unserem Hause zwei Klosetts und ein Teil der Wasserleitung eingefroren. Entsetzliche Heiznot in den meisten Häusern.

Telephonische Mitteilung Kaisens aus Stuttgart, Clay habe erklärt, daß *Bremen zur amerikanischen Zone komme und Sitz im Länderrat erhalte*.⁸⁸ Friese hat von der Mil[itär]reg[ierung] gehört, Bremen solle dann eine ver-

⁸⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

⁸⁶ 16. Tagung des Länderrats am 8.1.1947.

⁸⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 179. OMGUS hatte am 3.1.1947 telegraphisch die sofortige Schließung der Reichsbankhauptstelle Bremen verlangt, auf Anruf zwar den Schließungsbefehl zurückgenommen, aber die Umwandlung in eine Landeszentralbank gemäß der generellen Politik in der US-Zone gefordert. (Nolting-Hauff am 7.1.1947 im Senat, Protokoll, StAB: 3/3).

⁸⁸ General Clay gab am 8.1.1947 im Länderrat die Aufnahme des Landes Bremen in die US-Zone bekannt und bestätigte Kaisen bei einer persönlichen Unterredung alle Regelungen, wie sie in Kap. 4, Anm. 66 genannt sind (Aufzeichnung vom 9.1.1947, StAB: 3-B.10. a. Nr. 2 [1], Akte 2; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 97). Ein Artikel Kaisens über die neue Position Bremens als Land der US-Zone erschien am 11.1.1947 auf S. 1 des Weser-Kuriers: „Neuordnung im Unterweserraum“.

fassunggebende Versammlung wählen und eine neue Verfassung mit Grund- und Menschenrechten schaffen. Ich versuche, die nochmaligen Wahlen von Bremen abzuwenden.⁸⁹

[...]

Donnerstag, 9. Januar 1947

Herankommen der Kohlenzüge erschwert. Reichsautobahn wegen Glatt-eises gesperrt.

Nachmittags] *Bürgerschaft*. Kohlenversorgung.⁹⁰

Bedenklicher Vorschlag der Militärregierung, daß der Senat die Wohnungsbeschlagnahmen für die Besatzung selbst durchführen solle; Möbelbeschlagnahmeverordnung?

[...]

Freitag, 10. Januar 1947

Im *Senat* Kohlenlage; Eisgefahr (Brücken!); Wohnungs- und Möbelbeschlagnahme.⁹¹ Nur Nolting-Hauff gegen Übernahme der Beschlagnahme auf den Senat. Änderungen des amerik[anischen] Entwurfs nötig. Ewert verhandelt heute mit der Mil[itär]reg[ierung].

[...]

Erregung bei der Militärreg[ierung] über Wolters Kohlen-Rede in der *Bürgerschaft*.⁹²

Telephonische Nachricht durch Schütte aus Stuttgart, daß *Kaisen Auto-unfall* gehabt und am Auge verletzt sei; Ohnmacht; dann Weiterfahrt in anderem Auto nach München.

[...]

⁸⁹ Die Wahlen fanden am 12.10.1947 statt, verbunden mit einem Volksentscheid über die neue Landesverfassung.

⁹⁰ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 3–13. Wolters antwortete als Senatskommissar auf eine Interpellation Stockhingers (SPD), der vom Senat „Aufklärung über die augenblickliche Brennstofflage“ verlangte, „da sich diese für die bremische Bevölkerung so katastrophal auswirkt.“

⁹¹ Zur Diskussion stand ein Vorschlag der Militärregierung, daß der Town Major künftig dem Governor den Bedarf bekanntgeben und dieser die Anforderung an den Präs. des Senats weiterleiten solle, der dann für die Auswahl verantwortlich sei. Wegen der Möglichkeit, Härten zu vermeiden, plädierten Ewert und die Mehrzahl der Senatoren für Annahme des Vorschlags.

Nolting-Hauff war für Ablehnung dieser unpopulären, politisch brisanten Aufgabe, Spitta hatte aus denselben Gründen Bedenken und trat für Vertagung der Entscheidung bis zur Rückkehr Kaisens ein. (Senatsprotokoll 10.1.1947, StAB: 3/3).

⁹² Wolters hatte diese Rede zunächst im Rundfunk halten wollen, darauf auf Befehl der Militärregierung aber verzichten müssen und sie deshalb am 9.1. in der Bürgerschaft im Rahmen einer ausführlichen Darstellung der Folgen der Kohlennot verlesen, wobei er deutlich Kritik an der amerikanischen Zensur übte. (Senatsprotokoll 7.1.1947, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 4–12).

Samstag, 11. Januar 1947

Kaisen hat in München Fieber bekommen. Flugzeugtransport durch Mil[itär]reg[ierung] wegen Vereisungsgefahr nicht möglich.

Nachmittags Senatoren-Tee bei mir (ohne Nebelthau).

[...]

Sonntag, 12. Januar 1947

Gestern abend noch 6 Grad unter Null, heute morgen Tauwetter, plus 2 Grad. Wasserleitung und Klosett tauen ohne Rohrbruch auf.

Vorm[ittags] lange Aussprache zwischen Onkel Walter, Paula und mir über Krieg, Pazifismus, Wesen des Rechts usw.

[...]

Kaisen Bronchialkatarrh und Fieber, in München im Krankenhaus.

Nachricht, daß Minister *Tantzen* in Oldenburg an seinem Schreibtisch am Herzschlag gestorben. Hat das Schicksal Oldenburgs⁹³ ihn so schwer getroffen, daß seine Widerstandskraft untergraben war?

[...]

Montag, 13. Januar 1947

Kaisen bleibt noch eine Woche in München. Zunahme der Präsidialgeschäfte für mich.

[...]

Dienstag, 14. Januar 1947

Im *Senat* wieder Frage der Wohnungs- und Möbel-Beschlagnahme.⁹⁴ Fragen der Mitwirkung der Hansestädte in den bizonalen Zentralstellen.⁹⁵

Zuständigkeit für die bremischen Zivilinternierten in den süddeutschen Lägern.

[...]

⁹³ Verlust der Landeseigenschaft und Eingliederung Oldenburgs in Niedersachsen, das durch die VO Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 1.11.1946 als Zusammenschluß der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe entstanden war.

⁹⁴ Gegen die Stimmen von Nolting-Hauff, Ehlers und Popall beschloß der Senat, gemäß dem Vorschlag der Militärregierung die Verantwortung für Wohnungs- und Möbelbeschlagnahmen zu übernehmen. (Senatsprotokoll 14.1.1947, StAB: 3/3). Die Neuregelung sah schließlich so aus, daß der Town Major die Beschlagnahmen durchführte, der Senat aber ein Vorschlagsrecht hatte. Es wurde ein Beschwerdeausschuß aus drei amerikanischen Offizieren und einem deutschen Vertreter eingesetzt. (Senatsprotokoll 31.1.1947, ebenda).

⁹⁵ Hamburg und Bremen sollten jeweils einen Sitz erhalten; vgl. Kap. 4, Anm. 40.

Mittwoch, 15. Januar 1947

Mit Aeevermann⁹⁶ Entnazifizierung. Nachm[ittags] Fraktionssitzung, die mich regelmäßig recht irritiert. Abends Prof. Hessen.⁹⁷ Geistiger Wiederaufbau Deutschlands.

[...]

Donnerstag, 16. Januar 1947

Gesetzesveränderungen in Bremen; alle britischen Verordn[ungen] sollen durch amerikanische ersetzt werden. Gerichtsorganisation, Ober[landes]-gericht.⁹⁸

[...]

Nachm[ittags] in der *Bürgerschaft* Ernährungslage; viel mäßiges Gerede und manche Demagogie. Gut die ärztlichen Ausführungen von Dr. Noltenius.⁹⁹ Im ganzen niederdrückender Eindruck!

Freitag, 17. Januar 1947

Mit Wenhold und tom Moehlen bei der *Trauerfeier für Tantzen* in Oldenburg. Vorzügliche Rede Stählin; gute Musik, aber zwei Stunden in der kalten Kirche!

Nachmittags angenehme Verhandlung mit den Amerikanern Johnson und Parker und dem Engländer Brown über Justiz. Oberlandesgericht in Bremen in Gemeinschaft mit Hamburg.

[...]

⁹⁶ Friedrich Aeevermann, 1887–1962. Lehrer, Initiator von Versuchsschulprojekten, 1923 Md. der SPD, 1933 aus dem Bremer Schuldienst entlassen, bis 1945 als Kaufmann tätig, 1945–1950 Oberschulrat, 1946 Vors. des bürgerschaftlichen „Hauptausschusses für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, März–Nov. 1947 Senator für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 1950–1955 Landesschulrat. Vgl. Brem. Biogr., S. 7f.

⁹⁷ Dr. Johannes Hessen, 1889–1971, Professor für Religionsphilosophie in Köln.

⁹⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 441.

⁹⁹ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 2, 19–36. In der Debatte wurden die allgemeine Ernährungslage sowie die Möglichkeit einer Speisung von Kleinkindern erörtert. Beitrag Noltenius vgl. S. 27ff.

Samstag, 18. Januar 1947

Im Rathaus starker Betrieb. Präsidialsachen. Wolters und Ehlers wegen der Konferenz der Ministerpräsidenten in Essen¹⁰⁰ bei mir. Stellung tom Moehlens.¹⁰¹

Mit Apelt, M. Wilkens und Wenhold Zukunft der Parteien in Bremen; Anregung Wilkens, daß alle der CDU beitreten und dadurch die Einheit des Bürgertums in Bremen wiederherstellen sollten. Ich skeptisch, auch persönlich wenig geneigt, der CDU beizutreten. Ergebnis: Die Entwicklung der nächsten vier Wochen abzuwarten. (Landtagswahlen in der britischen Zone,¹⁰² Gegensätze in der CDU).

[...]

Sonntag, 19. Januar 1947

[...]

Montag, 20. Januar 1947

Über vierstündige *Senatssitzung*; schwierige Durchberatung der Gesetze über Beschlagnahme von Hausrat usw.¹⁰³ Besprechung des Sturzes von Dr. Mueller im Wirtschaftsrat durch die sechs sozialdem[okratischen] Wirtschaftsminister.¹⁰⁴

[...]

¹⁰⁰ Die Reise der Ministerpräs., Wirtschafts- und Arbeitsminister ins Ruhrgebiet und zum Zentralamt für Wirtschaft nach Minden war bei der Länderratstagung am 8.1.1947 beschlossen worden, um Möglichkeiten zur Überwindung der Kohlen- und Transportkrise zu beraten. Bremen war nach der rekonstruierten Teilnehmerliste (in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 134) durch die Senatoren Wolters und Harmssen sowie tom Moehlen vertreten. In Essen fand eine Konferenz mit den Militärregierungsschefs Clay und Robertson über die Kohlenfrage statt (ebenda, S. 137–139).

¹⁰¹ Wegen einer ungeschickten Äußerung hatte der Vertreter der amerikanischen Militärregierung die Ablösung tom Moehlens als Verbindungsmann Bremens zum Länderrat verlangt, vgl. Kap. 4, Anm. 31.

¹⁰² Die Landtagswahlen in der Britischen Zone fanden am 20.4.1947 statt.

¹⁰³ Vgl. Kap. 4, Anm. 91.

¹⁰⁴ Dr. jur. Rudolf Mueller, geb. 1904; Direktor einer Chemiefabrik und Präs. der HK Darmstadt, seit Okt. 1945 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen, 24.9.1946–16.1.1947 Vors. des Verwaltungsrats für Wirtschaft und damit zugleich Leiter des Verwaltungsamts für Wirtschaft, seither RA und Notar in Frankfurt. Bei der 7. Sitzung des Verwaltungsrates für Wirtschaft in Minden am 16./17.1.1947 hatten die sozialdemokratischen Wirtschaftsminister von Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Schleswig-Holstein und Bayern sowie der Hamburger Senator Borgner dem bisherigen Vors. Dr. Rudolf Mueller das Vertrauen entzogen und an seiner Stelle Viktor Agartz gewählt. Maßgebend dafür war der Wunsch, statt eines parteilosen Industrievertreters einen der SPD angehörenden Exponenten planwirtschaftlicher Konzeptionen an die Spitze der bizonalen Wirtschaftsverwaltung zu stellen. Senator Harmssen distanzierte sich ausdrücklich von

Dienstag, 21. Januar 1947

[...]

Mittwoch, 22. Januar 1947

Gerücht, daß Vertrag England – Amerika über die Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone heute veröffentlicht werden würde.¹⁰⁵ Presse und Rundfunk stürmen mein Zimmer und wollen Erklärungen. Weser-Kurier soll Extra-Ausgabe bringen.¹⁰⁶ Um 3 Uhr mit Friese bei Dunn. Er will heute nichts veröffentlichen; wohl erst morgen Gewisses. Verfassungsfrage; dreimaliges Wählen!¹⁰⁷

[...]

Mit Apelt Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung.

[...]

Donnerstag, 23. Januar 1947

Erneute Aufregung von Presse und Rundfunk wegen der Eingliederung Bremens in die amerikanische Zone. Extrablatt am Nachmittag. Ich lehne Äußerung ab, ehe ich nicht die authentischen Unterlagen habe. Aus einfachen Geschäftsvorgängen wird ein Schaustück gemacht!

Unangenehme Wendungen über die Vorläufigkeit unseres Landcharakters im Vertrage Engl[ands] und Amerikas.¹⁰⁸ Unklare, zum Teil falsche Fassung des Vertrages. Schlechte Übersetzung.

Abends Kaisen wieder in Bremen. [...]

dem Vorstoß der SPD-Minister. (Genauer dazu: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 105–107, 123–124).

¹⁰⁵ Das in Kap. 4, Anm. 66 genannte Abkommen zwischen Clay und Robertson über die Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone wurde am 22.1.1947 vollzogen und mit der Proklamation Nr. 3 der amerikanischen Militärregierung für Deutschland rückwirkend zum 1.1.1947 in Kraft gesetzt.

¹⁰⁶ Eine solche Sonderausgabe des Weser-Kuriers mit einer Bekanntmachung des Bremer Direktors der Militärregierung, Dunn, und deutschen Übersetzungen der Proklamation und des englisch-amerikanischen Abkommens erschien am 23.1.1947.

¹⁰⁷ Durch die Proklamation vom 22.1.1947 wurden alle Gesetze der britischen Militärregierung für Bremen außer Kraft gesetzt. Spitta rechnete deshalb mit Neuwahlen zu einer verfassungsgebenden Bürgerschaft, da die bestehende nach englischem Recht gewählt worden war, mit einem Volksentscheid über die Verfassung und danach mit weiteren Wahlen zur ersten regulären Bürgerschaft. Nur diese Wahl und der Volksentscheid fanden am 12.10.1947 statt; auf eine Neuwahl der verfassungsgebenden Bürgerschaft verzichteten die Amerikaner schließlich, weil sie aus außenpolitischen Gründen eine schnelle Verabschiedung der Verfassung wünschten (vgl. Kap. 4, Anm. 162).

¹⁰⁸ In dem Abkommen vom 22.1.1947 hieß es: „Das Land Bremen soll vorläufig die volle Gewalt einer Landesregierung erhalten. Bei der Errichtung einer Zentralregierung für Deutschland sollen die Vorteile einer Vereinigung des Landes Bremen mit dem Lande Niedersachsen erwogen werden.“ (Weser-Kurier, Sonderausgabe v. 23.1.1947).

Freitag, 24. Januar 1947

Kaisen wieder im Senat. Engl[isch]-amerik[anischer] Vertrag. Zeitungsaufsatz.¹⁰⁹ Zweifelsfragen. Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung.¹¹⁰

Im Anschluß an Senat um 2 Uhr bei den Amerikanern. Wahlrechtsfragen mit Fraktionsführern usw. Um 3½ Uhr Mittagessen. 5½ Uhr Rathaus.

7 Uhr Vortrag in der Wittheit von Prof. Jellinek: Der Weimarer Verfassung Glück und Ende.

[...]

Samstag, 25. Januar 1947

Viele Fragen der Angliederung Wesermündes¹¹¹ und des Eintritts in die amerikanische Zone. Wesermünder Handelskammer usw.¹¹² – Wohnungsausschuß (Edzard usw.) bei mir wegen der militärischen Beschlagnahmen und Möbelinanspruchnahme.¹¹³

[...]

Sonntag, 26. Januar 1947

[...]

Montag, 27. Januar 1947

Viele Besprechungen (Carstens, Hagens, Konsul Herwig¹¹⁴ und Apelt, Angehörige von Internierten usw.). Hagens, den ich im Ersten Weltkrieg nach seiner schweren Verwundung in mein Landherrnamt nahm, ist jetzt „entbräunt“ und wird mir etwas helfen (Wahlgesetz zur verfassungsgebenden Versammlung).

¹⁰⁹ Von Spitta erarbeiteter Artikel über die Eingliederung Bremens in die US-Zone, von Kaisen durch den Hinweis ergänzt, daß nach der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets eine erneute wirtschaftliche Isolierung Bremens nicht zu befürchten sei; am 25.1.1947 als Erklärung des Präs. des Senats im Weser-Kurier veröffentlicht: „Vom Stadtstaat zum Land Bremen“.

¹¹⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 107.

¹¹¹ Durch das Abkommen vom 22.1.1947 wurde Wesermünde mit Bremerhaven dem Land Bremen eingegliedert, weshalb die verfassungsrechtlichen Verhältnisse neu geregelt werden mußten.

¹¹² Die IHK Wesermünde blieb nach der Eingliederung der Stadt in das Land Bremen mit Einverständnis des Senats und der Bremer HK selbständig, mußte aber die Zuständigkeit für die Landkreise Wesermünde und Osterholz aufgeben, die im Mai 1947 dem Bezirk der IHK Stade eingegliedert wurden. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 110f.).

¹¹³ Vgl. Kap. 4, Anm. 91.

¹¹⁴ Hermann A. Herwig, 1881–1952. Seniorchef einer Überseefirma, Konsul, 1948/49 stellv. Landesvors. der Bremer CDU.

Mit Herwig und Apelt Frage der Einigung aller Bürgerlichen bei den Wahlen. Herwig, Ahlers, Wilkens, Bömers¹¹⁵ usw. wollen das dadurch erreichen, daß wir leitenden Männer alle zur CDU übertreten. Daß Einheit erwünscht, ist zuzugeben; die CDU hat sie in Bremen gesprengt. Ist die Einheit auf dem Wege der CDU zu erreichen? Herwig und s[eine] Freunde urteilen zu sehr nach der Stimmung ihrer eigenen Kreise.

Wenn die verfassungsgebende Versammlung nach der Verhältniswahl gewählt wird, zwei bürgerliche Parteien nicht so gefährlich. BDV als bremische Partei für die Wahl in rein bremischer Sache. Sorge vor auswärtigem Einfluß bei der CDU.

[...]

Dienstag, 28. Januar 1947

Im Senat politische Gegensätze beim zweizonalen *Verwaltungsrat der Wirtschaft*,¹¹⁶ *Wolters gegen Harmssen*; gegen Apelts und meine Stimme bei Stimmenthaltung von Kaisen und Harmssen ist Wolters anstelle von Harmssen zum Vertreter Bremens im Wirtschaftsrat bestellt; Harmssen Stellvertreter. Damit ist der gesamte Wirtschaftsrat sozialdemokratisch.¹¹⁷ Im Senat auch Stellung tom Moehlens besprochen.¹¹⁸

Nachmittags] Fraktionssitzung. Wohnungsbeschlagnahme und Hausrat. Wahlrecht für verfassungsgeb[ende] Versammlung: Verhältniswahl.

[...]

Mittwoch, 29. Januar 1947

Juristenausschuß über Oberlandesgericht.¹¹⁹

Nachmittags] Besprechung mit Syndikus Ulrich über Handelskammer; paritätische Zusammensetzung; Wahl.¹²⁰ Mit Wenhold über Wahlrecht zur

¹¹⁵ Heinz Bömers, 1893–1978. Sohn des früheren Senators Heinrich Bömers (DVP), Mitinhaber der Weingroßhandlung Reidemeister & Ulrichs.

¹¹⁶ Diese Gegensätze waren am 16.1.1947 bei der Abwahl des Vors. Dr. Mueller zum Tragen gekommen, vgl. Kap. 4, Anm. 104.

¹¹⁷ Der Verwaltungsrat für Wirtschaft bestand aus den Wirtschaftsministern der Länder der Bi-Zone, die alle Sozialdemokraten waren. – Im Senatsprotokoll (StAB: 3/3) wird nur eine Stimmenthaltung (Harmssen) vermerkt.

¹¹⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

¹¹⁹ Vgl. Kap. 3, Anm. 441.

¹²⁰ Bestrebungen, den ernannten Beirat der HK Bremen durch ein von allen Mitgliedern gewähltes Gremium abzulösen, wurden aufgehoben, weil der rechtliche Status der Kammer nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone ungeklärt war. Während sie noch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts war, der alle Gewerbetreibende des Bezirks angehören mußten, hatten sich die übrigen Industrie- und Handelskammern in der US-Zone in Vereinigungen mit freiwilliger Mitgliedschaft umwandeln müssen. Eine gleiche Umbildung wurde der Bremer Kammer durch Verordnung der Militärregierung vom 20.12.1948 vorgeschrieben, und im Aug. 1949 fanden die ersten Wahlen für das Handelskammerplenum statt. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 43f.).

verfassunggebenden Versammlung.¹²¹

[...]

Donnerstag, 30. Januar 1947

10 Grad unter Null. Klar. Schlimme Wirkungen der anhaltenden Kälte für die Bevölkerung; Kohlen kommen nicht heran; der Eisenbahnverkehr steht vor dem völligen Versagen. Getreidelieferungen für die englische Zone zu Ende; für die südd[eu]tsche Zone Amerikas in Bremen große Läger.

[...]

Nachmittags fast fünfstündige Sitzung der Bürgerschaft; Schuldebatte von über drei Stunden;¹²² Beschlagnahme-Gesetze.¹²³ Vorher gute Rede Kaisens über staatsrechtliche Stellung Bremens und die Eingliederung Wesermündes.¹²⁴

Freitag, 31. Januar 1947

[...]

Lange Senatssitzung. Fragen des Staatsrechts und Wesermündes. Besonderer Landeshaushalt.¹²⁵ Eingliederung der Reichsbehörden (Oberfinanzpräsident).¹²⁶

Samstag, 1. Februar 1947

Fast 12 Grad unter Null. Klar und beständig. Zusammenbruch des Transportwesens. Die Lokomotiven aus Mangel an Material nicht zu reparieren.

Dienstantritt von Dr. Feine, der endlich von dem amerik[anischen] Special Branch genehmigt ist (Privatsekretär Stresemanns; niemals Mitglied der Partei oder einer ihrer Gliederungen). Damit bekomme ich einen Oberbeamten, der dauernd anwesend ist und mir auch viel Kleinkram und Laufendes abnehmen kann. Karl Carstens vorläufig auch noch Mitarbeiter, wenn auch beschränkt.

¹²¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 107.

¹²² Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 43–57. In der Debatte wurden der von Paulmann erstattete Bericht der Schulverwaltung und eine Senatsmitteilung zum Berufsschulwesen ausführlich erörtert. Ein CDU-Antrag, der vorsah, daß Eltern die gewünschte Schulart für ihre Kinder bestimmen können, wurde abgelehnt.

¹²³ Gesetze, um der Beschlagnahme der von der Militärregierung geforderten Wohnungen und Einrichtungen eine Rechtsgrundlage zu geben.

¹²⁴ Die Rede ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 80–89.

¹²⁵ Nolting-Hauff berichtete über Schwierigkeiten, den städtischen und den Landeshaushalt voneinander abzugrenzen.

¹²⁶ Nach schwierigen Verhandlungen wurde der auf das Land Bremen entfallende Teil des Oberfinanzbezirks eingegliedert und der Präs. der Bremer (Landes-)Finanzverwaltung zum Oberfinanzpräs. ernannt. (Senatsprotokoll 31.1.1947, StAB: 3/3).

Mit Kaisen über Senat und Wolters.¹²⁷ Häftlingsfrage.

[...]

Sonntag, 2. Februar 1947

[...]

Gegen Abend mit Apelt Amtliches; „Weserhafen-Behörde“;¹²⁸ Vorschlag für Durchführungsbestimmungen der Amerikaner.

[...]

Montag, 3. Februar 1947

Dr. Feine, 6.15 Uhr von Vegesack abgefahren, um 7¹/₂ Uhr in Bremen angekommen; so ist jetzt unsere Vorortverbindung.

Zu Hause überall kalt; nur unser Wohnzimmer (wo ich schlafe) zu heizen; sonntags den ganzen Tag, sonst erst mittags. Und das ist ein Privileg vor Tausenden; wir haben Holz und Torf!

Besprechung mit Ehlers über die Möglichkeit, in Deutschland eine Art Labour Party¹²⁹ zu schaffen – Linie Kaisen. Wir bedauern beide, daß die alten Parteien sofort wiedergekommen sind; zur Zeit deswegen keine Neugründung möglich.

Harmssen berichtet über Minden; pessimistisch; Katerstimmung der „Mueller-Stürzer“.¹³⁰ Gefährdung der Durchführung des „Punktsystems“ bei den Ruhr-Bergarbeitern.¹³¹

[...]

Der elektr[ische] Strom versagt; daher früh ins Bett.

¹²⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

¹²⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 66.

¹²⁹ Gedacht ist an eine über die traditionellen Parteigrenzen und über das Sozialmilieu der Arbeiterschaft hinausreichende große Volkspartei, vgl. Kap. 3, Anm. 110.

¹³⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 104. Die von der SPD betriebene Ablösung Muellers durch Agartz wurde von der US-Militärregierung zwar akzeptiert; doch ließ sie keinen Zweifel daran, daß sie die Entscheidung mißbilligte und eine Sozialisierung der Schwerindustrie in der Bi-Zone, die man von Agartz erwartete, nicht dulden würde. Agartz kamen deshalb schon kurze Zeit nach der Übernahme seines Amtes Bedenken, ob es ihm genügend Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ließ. Die Schwierigkeiten, die zur besseren Versorgung der Bergarbeiter nötigen Waren zu beschaffen, verstärkten seinen Pessimismus. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 122–124, Anm. 56 und 59).

¹³¹ Nach längeren Vorbereitungen und Verhandlungen mit der britischen Militärregierung war am 10.1.1947 für Bergarbeiter ein Punktesystem eingeführt worden, das ihnen je nach Arbeitsverdienst und Leistung eine bestimmte Zusatzversorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern ermöglichte, um auf diese Weise einen Anreiz zur Steigerung der Kohlenproduktion zu schaffen. Bei unentschuldigtem Fehlen gab es auch Punktabzüge. Das System ist genauer dargestellt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 288, Anm. 10.

Dienstag, 4. Februar 1947

Kaisen gestern mit Dunn nach Stuttgart gefahren.¹³² Daher Vorsitz im vierstündigen *Senat*. Punktsystem im Ruhrgebiet. Bedrohliche Lage der Wirtschaft. Oberfinanzpräsidium unter dem Senat. Brennstofffragen.

Nachmittags] Oberbürgermeister und Kämmerer von *Wesermünde* van Heukelum und Dr. Maquardsen.¹³³ Mehrstündiges Durchsprechen der Wesermünder Fragen. *Wesermünde will wieder Bremerhaven heißen.*¹³⁴

9½ stündiger, anstrengender Arbeitstag.

Mittwoch, 5. Februar 1947

[...]

Persönliche Treibereien gegen Männer des öffentlichen Lebens (Wolters, tom Moehlen usw.). Nicht einmal Kaisen wird geschont. (Begünstigung von Nazi-Beamten und anderen „Nazisten“; Ernennung tom Moehlen usw.). Besprechung darüber mit dem hochanständigen Theil, der auch im Senat an alle Mitglieder appellierte, darauf hinzuwirken, daß im bevorstehenden Wahlkampfe persönliche Anwürfe unterbleiben möchten. Fördernde Besprechungen mit Carstens und Feine über die Sachen des Justizressorts. – Hochbetrieb in verantwortlicher Arbeit (Handelskammerwahl, Wahlrecht, Verfassung, Entnazifizierungsgesetz usw.). Dazu die „deutsche Politik“ (Länderrat, bizonale Ausschüsse usw.); vielfache Unklarheit der Zuständigkeiten. „Hohe Politik“ (Vorbereitungen für den Friedensvertrag;¹³⁵ bremische Belange: Hollands Wünsche, tschechoslowakische Hafenwünsche).

[...]

¹³² 17. Tagung des Länderrats am 4.2.1947.

¹³³ Richtig: Dr. Heinrich Marquardt, geb. 1892. 1946–1953 Kämmerer in Wesermünde.

¹³⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 104. Vermerk über die Besprechung, StAB: 3-B. 10. a. Nr. 2 [2], Akte 1.

¹³⁵ In der Erwartung, daß deutsche politische Repräsentanten gemäß amerikanischen Intentionen an der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3. bis 24.4.1947 beteiligt würden, plante das Direktorium des Länderrats seit längerem die Schaffung einer zentralen Stelle, die sich mit der Vorbereitung eines Friedensvertrags, vor allem der Sammlung allen einschlägigen Materials und der Koordination der vielen privaten und öffentlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet, befassen sollte. (Ausführungen Roßmanns bei der 16. Tagung des Länderrats am 8.1.1947, Akten Vorschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 78). Auch der Bremer Senat hatte sich am 17.9.1946 bereits dafür ausgesprochen, eine deutsche oder, wenn das nicht zu erreichen sei, eine Bremer Stelle zur Behandlung aller mit dem Reparationsproblem und dem Friedensvertrag zusammenhängenden Fragen zu gründen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Die Errichtung eines bizonalen Büros für Friedensfragen scheiterte schließlich am Widerspruch der Besatzungsmächte, für die US-Zone wurde es aber in München gegründet. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 9; Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, für Bremen bes. S. 70–85).

Donnerstag, 6. Februar 1947

Den ganzen Tag pausenloser Hochbetrieb. Besprechungen und Akten. – Mit Kaisen und tom Moehlen, den die Süddeutschen nicht mehr wollen.¹³⁶ Mittags im Gästehaus mit Herren des Außenhandelsamtes¹³⁷ (von Maltzan und andere).

[...]

Freitag, 7. Februar 1947

Senat bis gegen 1½ Uhr. Dann mit Kaisen und Apelt im Gästehaus gegessen und um 2 Uhr nach Wesermünde.

4 bis 5½ Uhr *Feier der Eingliederung Wesermündes nach Bremen*.¹³⁸ Reden von Dunn, Kaisen und Heukelum. Ausgezeichnet Kaisen,¹³⁹ gut Heukelum (Bremen und Wesermünde verbunden durch „des Meeres und der Liebe Wellen“). 20 Abgeordnete für Brem[er] Bürgerschaft gewählt.¹⁴⁰ *Einstimmig beschlossen, Wesermünde Bremerhaven zu nennen.*

Festliches Fischessen in der Strandhalle. Wunderbarer Blick auf den Strom in der Abendbeleuchtung. Später großer Dampfer einlaufend.

[...]

Samstag, 8. Februar 1947

15 bis 16 Grad unter Null. Dabei windig. Klarer Sternenhimmel, mittags in der Sonne minus 3 Grad.

[...]

Viel Betrieb im Rathause. Besprechung mit den Fraktionsführern über das Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung; alle für Verhältnisswahl.

[...]

Die eisige Kälte immer verhängnisvoller. Immer mehr Lokomotiven unbrauchbar; immer weniger Züge fahren. Walter Lisco wollte morgens 8 Uhr nach Hamburg reisen; bis 1 Uhr mittags keine Lokomotive; Walter gibt die Reise auf. – Dr. Feine kann von Vegesack nicht nach Bremen fahren, da kein Zug geht; er wandert zu Fuß, um ins Amt zu kommen. Zu Sit-

¹³⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

¹³⁷ Hauptabteilung D des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden.

¹³⁸ Bericht im Weser-Kurier Nr. 11 v. 8.2.1947.

¹³⁹ Die Rede ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 90–95.

¹⁴⁰ Unter Bezug auf die Proklamation Nr. 3 des amerikanischen Militärgouverneurs vom 22.1.1947, nach der der Bremer Senat bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung die Staatsregierung bilden solle, hatte die Bremer Militärregierung am 28.1.1947 angeordnet, daß zur Vertretung der Wesermünder Belange die Bürgerschaft um 18 Ratsherren der Stadt sowie den Oberbgm. und seinen Stellvertreter zu erweitern sei und letztere auch dem Senat angehören sollten. (Schreiben des Direktors der Civil Government Division, Harold H. Crabill, an den Präs. des Senats vom 28.1.1947, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2], Akte 1).

zungen der Bürgerschaft und der Deputationen können die draußen wohnenden Mitglieder kaum noch kommen.

[...]

Sonntag, 9. Februar 1947

[...]

Montag, 10. Februar 1947

8 Uhr Fahrt *nach Hamburg*. Besprechung mit *Wilh[elm] Kiesselbach* über Oberlandesgericht und andere Justizsachen. W. Kiesselbach für unseren OLG-Vorschlag,¹⁴¹ sieht darin bedeutsamen Vorgang für andere Gerichte. Ruscheweyh zugezogen, macht noch Einwände, will schriftlich antworten, aber nicht ganz ablehnend. – Besprechung mit den britischen Vertretern Romberg und Prench, denen ich unseren OLG-Vorschlag auseinandersetze.

Wilhelm K[iesselbach] erzählt mir von den Verhandlungen über den bizonalen Justizminister; W. K. hat abgelehnt, nach Frankfurt überzusiedeln; darum wollen die Briten warten.¹⁴² Bei den Verhandlungen über die Person ist auch mein Name genannt. Wieder ein Zeichen für die Armut an geeigneten Männern, hier wie überall.

Um 3 Uhr zu Hause. – Um 4 Uhr Rathaus. *Kaisen bei Hoover*¹⁴³ *in Stuttgart*. – 5 Uhr Besprechung in Parteisachen und Wahl. Der Kreis der Handelskammer und führenden Kaufleute (alle „alte Garde“) möchte, daß die BDV oder ihre führenden Männer zur CDU übergehen und damit in Bremen bürgerliche Einheitspartei schaffen. Ich befürchte, daß das der bür-

¹⁴¹ Eine Anregung Kiesselbachs (vgl. Kap. 4, Anm. 69), zur Stärkung der Hansestädte ein gemeinsames OLG zu errichten, hatte Spitta im Hinblick auf Bedenken der US-Militärregierung in der Weise modifiziert, daß in Hamburg und Bremen zwei formal selbständige OLGs bestehen, aber gemeinsame Richter haben sollten. (Senatsprotokoll 20.1.1947, StAB: 3/3).

¹⁴² Das von Kiesselbach geleitete Zentral-Justizamt für die Britische Zone blieb bis zur Gründung der Bundesrepublik bestehen; ein bizonales Justizamt wurde nicht geschaffen. Statt dessen hatten seit Sept. 1947 „Beauftragte“ der Länderjustizverwaltungen in der Amerikanischen Zone und des Zentral-Justizamts für die notwendige Rechtseinheitlichkeit zu sorgen. Aus ihrem als „Verbindungsstelle“ bezeichneten Frankfurter Büro entstand im Nov. 1947 der „Gemeinsame Juristische Beirat“ (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 489 und 492).

¹⁴³ Herbert C. Hoover, 1874–1964, von 1929 bis 1933 Präs. der Vereinigten Staaten (Republikaner) war mit einem Stab von Sachverständigen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums nach Deutschland gekommen, um im Zuge der Realisierung des Bi-Zonen-Abkommens den Bedarf an Nahrungsmittelimporten zu ermitteln. Das Ergebnis der Reise war der sogenannte „Hoover-Plan“, der eine zusätzliche Speisung der Schulkinder besonders in den Großstädten, Suppenausgabe an alte und behinderte Menschen und die Bewilligung von Schwer- und Teilschwerarbeiterrationen an eine große Zahl von „Normalverbrauchern“ vorsah (Akten Vorge-schichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 279).

gerlichen Sache schaden wird; keinesfalls kann so die Einheit des Bürgertums bei der Wahl herbeigeführt werden. Ich trete dafür ein, daß zunächst bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung die BDV als hanseatisch-bremische Partei in den Wahlkampf geht; als Partei, die unabhängig von der Leitung einer Reichspartei ist. Gewichtige Stimmen anderer Meinung (Herwig, Martin Wilkens, Dr. Ahlers usw.). Apelt vermittelnd, zur CDU neigend.

[...]

Dienstag, 11. Februar 1947

Fülle von Sitzungen und Besprechungen: Carstens und Feine, Aevermann, Dr. Jordan.¹⁴⁴ Anschließend *Senat*. Entnazifizierungsfrage. Die beiden Wesermünder Senatsmitglieder Heukelum und Ballof¹⁴⁵ mit Ansprache eingeführt.

Nachmittags Fraktionssitzung. Trennung von der FDP.¹⁴⁶

[...]

Mittwoch/Donnerstag, 12./13. Februar 1947

[...]

Freitag, 14. Februar 1947

Nur noch 4 bis 5 Grad unter Null. Mittags in der Sonne 2 Grad über Null; zum ersten Mal seit langer Zeit.

In *Senatssitzung* Bericht *Kaisens* über *Verhandlung mit Hoover*. K[aisens] überzeugt, daß Hoover helfen will wie 1919/20. Hoovers Äußerungen, die Zivilisation Westeuropas könne nur in Deutschland gerettet werden.¹⁴⁷ Hoover will vor allem den *Schulkindern und Studenten helfen*. – Im Länderrat *Kaisens* Äußerung für Reichseinheit und gegen Länderpartikularismus:

¹⁴⁴ Dr. Franz Jordan, 1901–1976. 1945–1947 Leiter der Kriminalpolizei, stellv. Chef der Bremer Polizei, 1950 Direktor des Oberversicherungsamts Bremen, 1959 als Direktor des Sozialgerichts Bremens pensioniert, 1960–1971 Rechtsanwalt in Bremen.

¹⁴⁵ Walter Ballof, 1893–1957. Handelsschullehrer, Md. der SPD, in der NS-Zeit Kaufmann, seit 1946 Bgm. in Wesermünde, Febr. bis Okt. 1947 Senator, 1948–1963 Stadtrat und Dezernent für das Schulwesen in Bremerhaven.

¹⁴⁶ Nachdem die BDV am 8.12.1946 die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei ihr und bei der FDP beschlossen hatte, traten die zur FDP übergewechselten Abgeordneten im Febr. 1947 aus der BDV-Fraktion aus. Vgl. Kap. 3, Anm. 545.

¹⁴⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 143. Im Bericht der US-Dienststelle beim Länderrat wurde die Äußerung folgendermaßen wiedergegeben und kommentiert: „The one hope of retaining a Western Civilisation in Europe is here in Germany. [...] the Western Civilisation must succeed here in Germany to be successful against the Asiatic tide of influence. (Needless to say the German officials were quite impressed by this statement).“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 279).

„Wir wollen nicht gegen die Hegemonie Preußens eine Hegemonie Bayerns eintauschen.“¹⁴⁸

[...]

Samstag, 15. Februar 1947

Wieder 9 Grad unter Null. Die gestrige Hoffnung auf Wetterumschlag enttäuscht.

Viel Betrieb im Rathaus. Kaisen bespricht mit Ehlers und mir Personalien (Vertretung in Stuttgart, tom Moehlen¹⁴⁹ usw.). Gerade von Stuttgart zurückgekehrt, muß Kaisen morgen schon wieder nach Süddeutschland zur Sitzung aller Ministerpräsidenten.¹⁵⁰

[...]

Nachmittags mußten Apelt und ich in eine Sitzung, in der aufs Neue *der Übertritt zur CDU* beraten wurde. Parteivorstand geschlossen dagegen. Damit die Einigung des Bürgertums auf dem Boden der CDU gescheitert. Apelt und ich beteiligen uns an der Aussprache in verschiedenem Sinne; Apelt mit mehr Neigung zur CDU. Wilkens erklärt am Schlusse seinen Eintritt in die CDU. – Ich möchte den Wahlkampf unter rein bremischer Flagge führen. – Die Verantwortung aller, die an dieser Beratung teilnahmen, ist groß; ich fühlte sie um so mehr, als ich wußte und mir auch gesagt wurde, daß meine Entscheidung schwer ins Gewicht fallen würde. Ich kann mich aber nicht für die CDU entscheiden, selbst wenn Apelt einen anderen Weg gehen würde.

Abends eine Zeitlang ohne elektr[ischen] Strom.

Sonntag, 16. Februar 1947

[...]

Montag, 17. Februar 1947

Besprechung mit Harmssen über BDV und CDU. Meine Anregung, daß beide Parteien eine gemeinschaftliche Liste aufstellen, will Harmssen weiter verfolgen. Ich habe wenig Hoffnung, daß auf diesem Wege noch eine Einigung zustandekommen kann. Wird die CDU nicht von Adenauer den

¹⁴⁸ Kaisen ergriff bei der Länderratssitzung am 11.2.1947 mehrfach das Wort, um die Rechte der Ministerpräs. gegen Ansprüche der Länderparlamente zu verteidigen. Dem Länderrat als Organ der Ministerpräs. müsse ein übergeordnetes Parlament zur Seite gestellt werden; nicht richtig sei es aber, den Länderparlamenten das Recht zuzugestehen, Beschlüsse des Länderrats zum Gesetz zu erheben, weil die Ministerpräs. damit freiwillig auf einen Teil der ihnen von der Militärregierung übertragenen Reichskompetenzen verzichten würden. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 198).

¹⁴⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

¹⁵⁰ Konferenz der Ministerpräs. der amerikanischen und britischen Zone in Wiesbaden am 17.2.1947, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 205–217.

Befehl bekommen, getrennt zu schlagen? – Sorge, daß in der SPD der Einfluß des linken Flügels zunimmt; Kaisen hat schon jetzt Schwierigkeiten. Daneben „Fall Wolters“;¹⁵¹ gewisse Leute, nicht nur „Bürgerliche“, wollen seine Vergangenheit ausgraben. Kaisen hat Theil und Paulmann beauftragt, Sache zu klären; ich habe ihnen die Akten besorgt.

[...]

Freitag, 18. Februar 1947

Im Rathause die Kohlen zu Ende. Das Wasser wird aus den Heizkörpern gelassen. Zunehmende Kälte in den Amtszimmern. Eisig im Sitzungssaale des Senats. Im Senat Kohlenfrage.

Mit Harmssen erneut Parteifrage und Wahl. Auch Nolting-Hauff sagt mir, daß er seinen parteilosen Zustand aufgeben und sich der CDU anschließen werde. Die CDU mit Wilkens, Harmssen, Nolting-Hauff, vielleicht auch Apelt an der Spitze ihrer Liste, das kann ein Erfolg werden. Mir sind diese Parteisachen überaus lästig und quälend.

[...]

Abends [Hermann Hesses] „Glasperlenspiel“ mit viel Freude. – Zeitweise kein elektr[ischer] Strom. Scharfe Sperrstunden angekündigt.¹⁵² [...]

¹⁵¹ Wolters war 1932 als Md. des „Roten Marinesturms“ der KPD an einem Überfall auf das Hotel Adler in Hamburg (einen Stützpunkt der NSDAP) und 1933 an einem weiteren politisch motivierten Raubüberfall beteiligt gewesen und deshalb zu insgesamt siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wegen dieser Vorstrafen wurde er in den folgenden Monaten immer wieder öffentlich angegriffen. Nach Prüfung der Akten kamen die sozialdemokratischen Senatoren Paulmann, Theil und Ehlers zu dem Ergebnis, daß es sich um politische Straftaten gehandelt habe. Spitta hegte in einem Fall diesbezüglich Zweifel. Der Senat schloß sich jedoch am 6.5.1947 der Meinung von Paulmann, Ehlers und Theil an und beantwortete eine kleine Anfrage der Bürgerschaftsfraktion der BDV in diesem Sinne. Ein von der Bürgerschaft am 8.5.1947 eingesetzter Untersuchungsausschuß kam zu keinem einheitlichen Ergebnis: Die Mehrheit (SPD, KPD, FDP) sah in allen Straftaten Wolters' politische Vergehen, während eine Minderheit (CDU und BDV) ihn aufforderte, seine Rehabilitation in einem gerichtlichen Revisionsverfahren zu betreiben und bis dahin alle Ämter niederzulegen. Die Majorität der Bürgerschaft stimmte am 25.9.1947 nach heftiger Debatte dem Mehrheitsbericht zu. Als Wolters Ende Sept. 1947 beim OLG in Hamburg die Löschung seiner Strafen beantragte, erfuhr er, daß dies aufgrund eines Justizerlasses vom 2.10.1945 über die Tilgung aller in der NS-Zeit „ausschließlich aus politischen Gründen begangenen“ Straftaten bereits geschehen war. (Brandt, Antifaschismus, S. 325; Senatsprotokolle vom 18.4., 6.5., 30.9., 3. und 14.10.1947, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 156, 193–194, 357–364; Hamburgisches Verordnungsblatt Nr. 11 v. 10.10.1945, S. 27).

¹⁵² Wegen Kohlenmangels wurde Gas nur noch mittags für 1 bis 1½ Stunden abgegeben, der Strom an jedem zweiten Tag abgeschaltet (Peters, Bremen 1945–1956, S. 76).

Mittwoch, 19. Februar 1947

Morgens 6 Grad unter Null. Im Rathause rasch absinkende Temperatur.

[...]

Um 10½ Uhr mit Frau Jakobs nach Hause gefahren und dort im torgeheizten Zimmer diktiert. Auch am späten Nachm[ittag] zu Hause gearbeitet.

[...]

Donnerstag, 20. Februar 1947

Kaisen über Senator Mester: „Einen solchen Mann könne er in der Ernährungswirtschaft nicht gebrauchen; die SPD-Partei müsse ihn zurückziehen!“ – Über Verabschiedung der Verfassung neue Meinung der Milit[är]-regierung; schnelle Schaffung der Verfassung, damit Bremen im Mai neue Verfassung habe, wenn auch alle anderen Länder soweit seien. Gegenwärtige Bürgerschaft solle die Verfassung schaffen. Das stellt alles auf den Kopf, was die Amerikaner bisher gesagt und ausdrücklich angeordnet haben.

Mit Wenhold im warmen Gästehaus über Wahl und die Möglichkeit des Fortbestehens der Brem[er] Dem[okratischen] Volkspartei. Vorm[ittags] und abends zum Teil zu Hause gearbeitet, da man im Rathause vor Kälte erstarrt.

[...]

Freitag, 21. Februar 1947

Morgens 10 Grad unter Null. Die Prophezeiungen der Meteorologen, daß am 20. Febr[uar] eine Wetteränderung eintreten werde, nicht eingetroffen. Immer größere Not der Bevölkerung. Vermehrte Stromsperrern. Dazu Lebensmittelschwierigkeiten; Zusagen nicht eingehalten.

Kaisen wieder abwesend (Zonenbeirat in Hamburg).¹⁵³ Senatssitzung im Arbeitsamt, wo noch etwas geheizt wird. Viel Staatsrechtliches¹⁵⁴ und Versagen der Versorgung; Unklarheit der Verordnungen und Schreiben der Besatzungsmächte.

[...]

¹⁵³ Eine Zonenbeiratssitzung fand zu dieser Zeit nicht statt. Möglicherweise diente die Reise nach Hamburg der Vorbereitung einer Besprechung von General Clay mit den Ministerpräs. der US-Zone in Berlin am 23.2.1947.

¹⁵⁴ Vgl. die folgende Anm.

Samstag, 22. Februar 1947

Mit Dr. Feine über Verfassung, die im Schnelltempo hergestellt werden muß; besonders über Menschenrechte.¹⁵⁵

Von 11 bis 12^{1/2} Uhr Fraktionsführer bei Kaisen. Abkürzung der Fristen für Schaffung der Verfassung; keine besondere verfassunggebende Versammlung. Kaisens Darlegungen von großen Gesichtspunkten. Fragen des Wahlrechts und der Wirtschaft. KPD für Wahl zur ver[fassung]gebenden Versammlung. Unverbindliche Aussprache.

Am Schlusse leichter Anfall Kaisens. Dabei muß er mit Dunn heute nach Berlin!¹⁵⁶ Am 27. Febr[uar] wieder in Stuttgart.¹⁵⁷ Diese Reisehetze könnte ein ganz Gesunder nicht aushalten.

Mit Bote und Wenhold über Wahl. Es gibt kein Papier dafür!

[...]

Mit Arnold über Wahl und CDU. Arnold für Auflösung der BDV und Übertritt zur CDU. Stadtgespräch, ich sei wegen meiner Weigerung, zur CDU überzugehen, der „Totengräber Bremens“.

Nachm[ittags] und abends zu Hause gearbeitet.

[...]

Sonntag, 23. Februar 1947

[...]

Montag, 24. Februar 1947

Um die übliche Zeit – gegen 8 Uhr – im Rathause. In meinem Zimmer etwa 4 Grad über Null. Es ist aber wieder geheizt und wird sich im Laufe des Ta-

¹⁵⁵ Bei einem Gespräch mit Kaisen, Nolting-Hauff und Apelt am 19.2.1947 erklärte Governor Dunn, daß die Militärregierung die gewählte Bürgerschaft als Verfassunggebende Versammlung anerkennen wolle, um die Verabschiedung der Verfassung zu beschleunigen. Eile sei geboten, damit Bremen nicht mit der Begründung, daß es als einziges Land der US-Zone noch keine Verfassung besitze, die Landeseigenschaft wieder entzogen werde. Die US-Regierung war im Hinblick auf die Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3. bis 24.4.1947 am schnellen Abschluß der Verfassungsberatungen interessiert, da sie über die Verfassungsorgane der Länder eine vorläufige Zentralregierung zu schaffen beabsichtigte. Dennoch bestand der Bremer Governor auf der Zustimmung der Parteien zum geplanten Verzicht auf die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung (Senatsprotokoll 21.2.1947, StAB: 3/3). Zur Rolle der Amerikaner bei den Verfassungsberatungen in den übrigen Ländern der US-Zone: Barbara Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit“, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455.

¹⁵⁶ Besprechung der Ministerprärs. der US-Zone mit General Clay am 23.2.1947.

¹⁵⁷ Die monatliche Länderratssitzung war für den 1.3.1947 geplant, wurde aber wegen der Vorbereitungen von OMGUS auf den Besuch des amerikanischen Außenministers, der auf dem Weg zur Moskauer Konferenz vom 7. bis 9.3. in Berlin Station machte, auf den 10./11.3.1947 verschoben (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 230).

ges erwärmen. Um 10¹/₄ Uhr mit Frau Jakobs nach Hause. Dort 2¹/₄ Stunden Verfassung diktiert.

Kaisen, der Sonnabend nachm[ittag] trotz seines Anfalls mit Dunn nach Berlin fuhr, nachts um 3 Uhr zurückgekehrt. Wichtige Verhandlung in Berlin über Rechtsetzung des Länderrats und der bizonalen Ämter; die heillose Verwirrung muß bald aufhören.¹⁵⁸

Nachm[ittags] Vortrag Dr. Roßmanns (Stuttgart) über Bremen im Länderrat.¹⁵⁹ – Dann zu Hause gearbeitet. Abendessen mit Dr. Roßmann im Gästehaus; Austausch von Reden. – Besprechung mit Paulmann über Schulbestimmungen der Verfassung; mit F. Schulze über BDV und CDU.

Dienstag, 25. Februar 1947

[...]

Lange Besprechung von Senator Ehlers und mir mit Prof[essor] *Friedrich*, nebst Begleiter vom OMGUS, Referent für Verfassungsfragen. Friedrich über die Moskauer Verhandlungen;¹⁶⁰ vielleicht provisorische deutsche Regierung aus den Länderregierungen; daher notwendig, daß Bremen dann mit seiner Verfassung fertig ist und als vollberechtigtes Land anerkannt wird. Daher Beschleunigung in Bremen.

Senat bis gegen 1¹/₂ Uhr.

¹⁵⁸ Nach der Bildung der Bi-Zone und der Wahl der Länderparlamente bestanden Unklarheiten über die Kompetenzen der Ministerpräsidenten. Der britische und der amerikanische Militärgouverneur hatten ihnen mit der Proklamation Nr. 2 vom 19.9.1945 das Recht zugestanden, „Reichsgesetze“ zu erlassen; die Parlamente forderten dagegen die gesamte Gesetzgebungskompetenz für sich. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß die US-Militärregierung in ihrer Zone den deutschen Stellen mehr Machtbefugnisse gewährte, als die britische Militärregierung einzuräumen bereit war. General Clay bestand bei der Besprechung darauf, die Gesetzgebungskompetenz der Länderparlamente auf Landesangelegenheiten zu beschränken. Beschlüsse der bizonalen Ämter sollten in der US-Zone je nach Wahl der Ministerpräsidenten durch ein Militärregierungsgesetz oder gleichlautende, von den zuständigen Parlamenten verabschiedete deutsche Ländergesetze, in der Britischen Zone durch ein identisches Militärregierungsgesetz Rechtsgeltung erhalten, die Initiative aber bei den Ministerpräsidenten liegen. (Niederschrift über die Besprechung am 23.2.1947 in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 218–231).

¹⁵⁹ Der Generalsekretär des Länderrats, Dr. Erich Roßmann, sprach im Rathaus vor eingeladenen Vertretern des Bremer öffentlichen Lebens über die Aufgaben des Länderrats und der bizonalen Zentralverwaltungen sowie die besondere Stellung Bremens in diesen Institutionen (Bericht auf der Titelseite des *Weser-Kuriers* v. 26.2.1947: „Bremen vollberechtigt im Länderrat“).

¹⁶⁰ In Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz war der Harvard-Professor für Politologie und OMGUS-Mitarbeiter, Carl Joachim Friedrich, damit befaßt, eine Konzeption für die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung zu erarbeiten. Er wünschte deshalb, die Vorstellungen der deutschen Spitzenpolitiker zu erfahren. Über seine Unterredung mit Kaisen am 25.2.1947 und dessen Vorschlag liegt eine Aufzeichnung vor im StAB: 3-R.1.n. Nr. 1, auszugsweise abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 203, Anm. 10a.

Um 3¹/₂ Uhr im *Hause des Reichs beim Special-Branch Entnazifizierung* besprochen. Wenig erfreulich; Amerikaner verlangen rasche Verabschiedung nach dem Wortlaute der süddeutschen Gesetze, ohne Abweichungen, erst später Änderungen.¹⁶¹ Aevertmann tanzt aus der Reihe.

Anschließend bis gegen 7 Uhr Fraktionssitzung. Wahl soll möglichst vermieden werden, zur Beschleunigung der Verfassungsverabschiedung (Moskau!).¹⁶² – Ich selbst bin auch sehr skeptisch bezüglich eines Wahlerfolges der BDV.

[...]

Mittwoch, 26. Februar 1947

Da nur 6 Grad Wärme in meinem Rathauszimmer, um 10 [Uhr] nach Hause gefahren und dort gearbeitet.

[...]

Besprechung mit Wenhold und Harmssen über Wahl und CDU.

Im Rathause Kaisen, Ehlers und ich über Wahl und Verfassung. Ferner über Entnazifizierung und Aevertmann als Entnazifizierungs[senator]?

[...]

Donnerstag, 27. Februar 1947

8¹/₂ bis 9 Uhr mit Feine und Carstens Juristisches.

9 bis 10¹/₂ Uhr bei den Fraktionsführern; Frage, ob verfassungsgebende Versammlung gewählt werden soll.

10¹/₂ bis 1 Uhr mit Feine und Carstens Verfassung. 4 bis 7 Uhr Bürgerschaft. Während der Sitzung von 5 bis gegen 7 Uhr Oberlandesgericht mit Juristen beraten.¹⁶³

Nach der Bürgerschaftssitzung ladet mich Rafter zur Sitzung der Kommunistischen Partei ein, die über die Wahl und verfassungsgebende Ver-

¹⁶¹ Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (vgl. Kap. 3, Anm. 408) vom 5.3.1946 trat in Bremen am 9.5.1947 in Kraft.

¹⁶² Spitta vertritt hier die Argumentation Friedrichs, daß im Hinblick auf zu erwartende Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz über die Bildung einer provisorischen Zentralregierung aus Repräsentanten der Länderregierungen die rasche Wahl einer verfassungsmäßigen Regierung in Bremen notwendig sei.

¹⁶³ Nach der Eingliederung Bremens in die Britische Zone war die Justiz Anfang April 1946 dem HOLG in Hamburg unterstellt worden. Diese Regelung wurde durch den Übergang des Landes Bremen in die US-Zone wieder in Frage gestellt. Obwohl sich Spitta früher sehr energisch für ein selbständiges OLG Bremen eingesetzt hatte, suchte er jetzt, eine erneute Reorganisation des Justizwesens zu verhindern. Den Ausweg sah er in einem gemeinsamen, zonenübergreifenden OLG Hamburg/Bremen, das auch zum Vorbild für weitere bizonale Institutionen werden sollte. Der Plan scheiterte jedoch am Widerstand der Militärregierungen, so daß am 15.7.1947 ein selbständiges OLG Bremen wiederhergestellt wurde.

sammlung beraten will. Ich lehne Teilnahme ab; habe nachträglich schlechtes Gewissen, ob ich nicht doch etwas hätte ausrichten können.

[...]

Freitag, 28. Februar 1947

Im *Senat* verf[assunggebende] Versammlung und Wahlgesetz. Drohende Eis- und Hochwassergefahr; Organisation der Abwehr. In solcher Lage sollen nun Wahlen sein!!

Abends Juristenausschuß über Oberlandesgericht, Problem: Wie weit kann ich Hamburg entgegenkommen, ohne die Zustimmung der Amerikaner zu verlieren?¹⁶⁴

[...]

Samstag, 1. März 1947

Dr. Lahusen auf der Autofahrt nach Wesermünde im Schnee steckengeblieben und zurückgekehrt. Walter Lisco, der mit Auto nach Hamburg fahren wollte, mußte die Fahrt aufgeben.

Bei Kaisen mit Dr. Lifschütz, der aus Holland nach Bremen heimkehren will.¹⁶⁵ Kaisen bietet ihm Vorsitz in einer Berufungskammer der Entnazifizierung an. Bericht Lifschütz' über Hollands schlechte Lage; Stimmung gegen Deutschland gebessert. Kaisens Worte: Man dürfe nicht auf „Kamin-gespräche“ Rücksicht nehmen, sondern [müsse] tun, was man *vor Gott* und seinem Gewissen verantworten könne.

Mit Carstens und Feine Verfassung.

[...]

Sonntag, 2. März 1947

Infolge Schneeverwehungen ein Senatoren-Auto auf der Fahrt nach Frankfurt bis Hannover gekommen, eins auf der Fahrt nach Stuttgart bis Hannover.

[...]

Verfassung bearbeitet. [...]

Abends mit Mutter, Walter L[isco] und Arnold Frage erörtert, ob sich ein Mittelweg zwischen Staatskapitalismus des Bolschewismus und freier Wirtschaft Amerikas finden lasse. [...]

¹⁶⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 163.

¹⁶⁵ Lifschütz hatte 1933 seine bekannte Rechtsanwaltspraxis aufgeben müssen und war 1934 über die Schweiz nach Holland ins Exil gegangen. Die Aufforderung, im Dienst der US-Militärregierung am Wiederaufbau des Rechtswesens in Deutschland mitzuarbeiten, lehnte er 1945 ab, kehrte aber im Herbst 1946 nach Bremen zurück, wo er im März 1947 zum Vors. einer Berufungskammer für Entnazifizierungsfälle ernannt wurde und von Nov. 1947 bis Anfang 1950 das undankbare Amt des Senators für die politische Befreiung innehatte. Vgl. Kap. 1, Anm. 207.

Montag, 3. März 1947

8 bis 9 Grad unter Null. Rauhreif. Gewaltige Eiszapfen von der gestrigen Mittagssonne. Im Rathause in einem Zimmer 6 Grad Celsius; bei Kaisen nur 1 Grad über Null. Die Heizung mußte aufhören; das Wasser ist aus den Heizkörpern gelassen. [...]

Um 11½ Uhr durchgekältet nach Hause gefahren; dort Frau Jakobs diktiert (fünfzehnter Senator als Entnazifizierungssenator).

Nachmittags Rathaus.

[...]

Dienstag, 4. März 1947

Gestern mittag seit vielen Wochen zum ersten Mal Thermometer ohne Sonne über Null. Heute morgen wieder 5 Grad unter Null. Herrliche Schnee- und Rauhreif-Landschaft. Mittags Sonne und Tauwetter, plus 7 Grad.

Mit Feine Verfassung. – *Senat*. Lauter Eilgesetze, die ich mit den Fraktionsführern besprechen soll: Wahlgesetz, Wahl eines fünfzehnten Senators für die Entnazifizierung, Fischereihafen-Ausschuß, Unterstützung an Arbeitslose (Kohle-Mangel).

Nachmittags fast drei Stunden Verhandlung mit den Fraktionsführern. CDU will am 20. April wählen, während [die] KPD mit den Sozialdemokraten] und der BDV geht.¹⁶⁶ Dann fällt auch die FDP um. Unerfreuliche Erörterungen über Entnazifizierungssenator Aevermann.

[...]

Mittwoch, 5. März 1947

Minus 3 Grad, Schnee. Trotz Heizung im Rathause 6 Grad. Mittags zu Hause gearbeitet.

Nachmittags 3 bis 5½ Uhr bei den Amerikanern. Verwaltungsgerichtsbarkeit. Formalismus und Uniformität zwischen Bremen und Süddeutschland.¹⁶⁷ Zweite Instanz.

[...]

¹⁶⁶ Die Bremer Bürgerschaftswahl fand erst am 12.10.1947 statt. Die genannten Parteien waren für den Verzicht auf besondere Wahlen zu einer (zweiten) Verfassungsgebenden Versammlung. Die Bürgerschaft entschied sich am 6.3.1947 mit 69 gegen 15 Stimmen in diesem Sinne. Da Governor Dunn nun nicht mehr auf der Zustimmung aller Parteien zum Ausfall der Wahlen bestand, konnte auf sie verzichtet werden.

¹⁶⁷ Die US-Militärregierung drängte, die vom Länderrat verabschiedeten Gesetze alsbald auch in Bremen in Kraft zu setzen, um Rechtsgleichheit in der gesamten Zone zu gewährleisten. Es handelte sich um das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ mit den ergänzenden Amnestiebestimmungen für Jugendliche, Körperbehinderte und Angehörige der niedrigen Einkommensklassen, um Gesetze zur Bodenreform, zur Eingliederung von Flüchtlingen und Ausgewiese-

Donnerstag, 6. März 1947

Vorm[ittags] Lahusen, Bollinger, Carstens und ich bei Menke vom OM-GUS Oberlandesgericht besprochen. Einwendungen der Amerikaner gegen die Gemeinschaft mit Hamburg.¹⁶⁸

Nachm[ittags] drei Stunden Bürgerschaft. Entscheidung über verfassungsgeb[ende] Versammlung. 69 Stimmen für Senatsantrag, 15 dagegen.¹⁶⁹ Nun liegt das Weitere bei den Amerikanern. CDU und FDP für Wahl.

Mit Heukelum über Bremerhavener Verfassungsfragen.¹⁷⁰

Freitag, 7. März 1947

Senat wieder im geheizten Rathause. Im Sitzungssaal höchstens 10 Grad. – Immer wieder beschäftigen uns die Unklarheiten staatsrechtl[icher] Art, die durch die Zonenaufteilung Deutschlands entstehen. – „Erbschaft Preußens“. – Bremerhavener Verfassung und sonstige Fragen. – Oberlandesgericht und Obergerverwaltungsgericht. – Landforderungen von Deutschlands Nachbarn im Westen, insbes[ondere] die holländische Forderung der Emsmündung einsch[ließl]ich Borkums.¹⁷¹

[...]

Samstag, 8. März 1947

Im Rathause viel[e] Besprechungen. Kaisen über die Frage, ob man den Senat entpolitisieren könne.

nen, zur inneren Wiedergutmachung und zur Disziplinargerichtsbarkeit. (Kaisen über ein Gespräch mit Parkman am 28.2.1947, Senatsprotokoll 4.3.1947, StAB: 3/3).

¹⁶⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 163. Bei dieser Unterredung präsentierte Spitta dem OM-GUS-Vertreter seinen Plan für ein OLG mit „zwei Köpfen“ in Hamburg und Bremen. Danach sollten in Bremen ein zweiter OLG-Präsident und ein der US-Militärregierung verantwortlicher Generalstaatsanwalt ernannt werden. Den Vorteil dieser Lösung sah Spitta vor allem darin, daß an dem gemeinsamen OLG eine größere Zahl von Spezialabteilungen und besonderen Senaten geschaffen werden könnte, während ein auf Bremen beschränktes OLG nur aus einem Zivil- und einem Strafsenat bestehen würde. Der Senat beauftragte Spitta am 7.3.1947, die Verhandlungen trotz der Vorbehalte der amerikanischen und britischen Militärregierung fortzusetzen. Es gelang ihm jedoch nicht, die grundsätzlichen Bedenken der Briten auszuräumen. Auch ein neuer Vorstoß, die Entnazifizierung der Gerichte in den beiden Zonen getrennt durchzuführen, brachte keinen Erfolg. Am 30.5.1947 beschloß der Bremer Senat deshalb die Errichtung des „Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen“, das bei Strafsachen vom 5.5.1947 an und bei Zivilsachen vom 31.5.1947 an Revisionsinstanz sein sollte. (Senatsprotokolle, StAB: 3/3).

¹⁶⁹ Der Senat hatte den Verzicht auf erneute Wahlen zur Verfassungsgebenden Bürgerschaft beantragt; vgl. Kap. 4, Anm. 166.

¹⁷⁰ Verfassungsrechtliche Fragen, die sich aus der Eingliederung Bremerhavens in das Land Bremen ergaben.

¹⁷¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 409.

Nachm[ittags] zu Hause Verfassung und etwas an den Aufzeichnungen über Friedel gearbeitet.

[...]

Sonntag, 9. März 1947

Um 9¹/₂ Uhr Vortrag des hessischen Staatssekretärs Dr. Brill¹⁷² (SPD) über Verfassungsfragen; Absage an KPD; Ablehnung der Verstaatlichung der Produktionsmittel usw.

[...]

Nachm[ittags an der] Verfassung gearbeitet. [...]

Montag, 10. März 1947

12 Uhr im Gästehaus mit Oberlandesgerichtspräs[ident] Ruscheweyh und Prieß *Frage des Oberlandesgerichts*.¹⁷³ Nach dem Lunch 1¹/₂ Uhr kommen Menke vom OMGUS und Brown von der brit[ischen] Mil[itär]reg[ierung]. Bis gegen 5¹/₂ Uhr verhandelt. Für Angelsachsen sehr schwierig, daß Richter eines fremden Landes in einem anderen Lande Recht sprechen sollen. Unmöglich, daß jetzt zwei Länder verschiedener Zonen einen Staatsvertrag abschließen. Einigung über den Weg einer Anordnung.

[...]

Dienstag, 11. März 1947

Morgens 6³/₄ Uhr versucht Paula, nach Göttingen zu reisen, vom guten Onkel [Walter Lisco] zum Zuge gebracht. Als 2¹/₂ Stunden Verspätung angekündigt sind, kommt sie nach Hause zurück, da sie in Hannover keinen Anschluß gehabt haben würde.

Präsident Ruscheweyh und Prieß telefonieren aus Hamburg, daß ihr für heute beabsichtigter zweiter Besuch in Bremen unmöglich sei, da die Straßen für Autos unpassierbar seien.

¹⁷² Dr. Hermann Brill, 1895–1959. Lehrerausbildung, Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Soziologie, nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Lehrer, thüringischer Ministerialbeamter, seit 1927 Richter am Thüringischen Staatsgerichtshof; 1918 Md. der USPD, seit 1920 MdL Thüringen (SPD), seit 1932 MdR; 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst, illegale Tätigkeit, 1938 verhaftet, 1939 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, Dez. 1943–April 1945 im KZ Buchenwald, 7.5.1945–16.7.1945 kommissarischer Ministerpräs. von Thüringen und Regierungspräs. der Provinz Thüringen, nach der Ablösung der amerikanischen durch die sowjetische Militärregierung verhaftet, Flucht in den Westen, seit 15.12.1945 Berater der US-Militärregierung für Deutschland, 4.7.1946–1949 Staatssekretär im Groß-Hessischen Staatsministerium, 1948 Professor für öffentliches Recht an der Universität Frankfurt/M., seit 1949 MdB, 1951–1953 Md. des Rates der Interparlamentarischen Union. Schriften aus dem Widerstand, u. a. das berühmte „Buchenwalder Manifest“, gedruckt als: Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946.

¹⁷³ Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

Senatssitzung unter meinem Vorsitz.¹⁷⁴ Mittags eine Stunde zu Hause. 2³/₄ Uhr zu Lahusen. Von 3¹/₄ bis 4¹/₂ Uhr Dr. Menke vom OMGUS bei mir, sehr höflich und freundlich, in der Sache aber schwierig. Personalien des Oberlandesgerichts durchgesprochen. Kein Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen als Richter des OLG möglich. Damit auch Lahusen ausgeschlossen (SA bis 1936). 4¹/₂ bis 6¹/₂ [Uhr] Fraktion. Dann mit Apelt über Verfassung. Um 7¹/₂ Uhr fährt *Paula mit Nachtzug nach Göttingen*.

[...]

Mittwoch, 12. März 1947

Paula wieder da! Als der gestrige Nachtzug nach mehreren Stunden mangels Lokomotive noch in Osterholz-Scharmbeck lag, hat sie bei Bückings übernachtet und will es nun heute abend zum dritten Mal versuchen.

Vorm[ittags] mehrere Stunden mit Lahusen Personalien des Oberlandesgerichts besprochen. Nachher auch mit Rutenberg.¹⁷⁵ Not-Liste aufgestellt. Die besten Bremer Kräfte sind nicht dabei (wegen Zugehörigkeit zum Stahlhelm usw.). – Zwei Briefe von Dr. Menke. Nachm[ittags] unter anderem Verfassung durchgearbeitet.

[...]

Donnerstag, 13. März 1947

Morgens 6 Grad unter Null. Schnee. Regen. Vereisung der Straßen. Die Landschaft ganz winterlich; nur im Zimmer etwas Frühling durch blühende Zweige und Kätzchen. In Marburg-Goßfelden, wo Lutz Bücking war, Tauwetter und Hochwasser der Lahn; die Hühner werden in die Häuser gebracht, um sie vor dem Ertrinken zu bewahren. – In Bremen Hochwasser von oben; bei uns noch starke Vereisung; Überschwemmungsgefahr. Starkes Glatteis. Staatsautos fahren nicht nach auswärts.

Mit Kaisen über Länderratssachen¹⁷⁶ und Behandlung der Verfassung. Nachmittags 2¹/₂ Stunden Bürgerschaft. Ich spreche zur Wahl des fünf-

¹⁷⁴ Kaisen befand sich wegen der 18. Tagung des Länderrats am 10./11.3.1947 in Stuttgart. Bei ihr wurde u.a. über die Modalitäten der Vertretung Bremens im Länderrat beschlossen. Bremen sollte in den Hauptausschüssen und Ausschüssen in der gleichen Weise wie die anderen Länder durch den zuständigen Senator bzw. einen Bevollmächtigten repräsentiert sein; sein Stimmrecht ruhte aber, wie Kaisen in einer Erklärung festhielt, bei allen nur süddeutsche Angelegenheiten betreffenden Fragen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 235f.).

¹⁷⁵ Dr. Arnold Rutenberg, 1893–1971. In der Weimarer Republik RA und Notar in Bremen, 1927–1933 Vorstandsmd. der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, 1945 als Hilfsrichter eingesetzt, 1950 Präs. der Bremer Rechtsanwaltskammer, 1951–1958 Landgerichtspräs., 1959–1969 Präs. des Kirchenausschusses und Kirchentages der BEK.

¹⁷⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 174.

zehnten Senators.¹⁷⁷ Degenhardt (CDU) sagt mir: wenn sie meine Darlegung früher gekannt hätten, würden sie anders beschlossen haben; jetzt müßten sie beim Fraktionsbeschluß bleiben; ich könne das Wissen der Bürgerschaftsmitglieder nicht tief genug einschätzen!

Mit Wolters über Kammern in der Verfassung.

[...]

Freitag, 14. März 1947

Kaisen wieder abwesend.¹⁷⁸ Im Senat einige Spannungen (Wolters-Harmsen, – auch Mester sowie Ewert).

[...]

Samstag, 15. März 1947

Nebelthau gestern abend verschieden. Aus freundschaftlicher amtlicher Zusammenarbeit seit 1911 war eine menschlich schöne Freundschaft geworden. [...]

Sonntag/Montag, 16./17. März 1947

[...]

¹⁷⁷ Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Wahl eines Senators für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus wurde § 1 (Erhöhung der Zahl der Senatoren auf 15) einstimmig, § 2 (dieser Senator braucht nicht aus der Mitte der Bürgerschaft gewählt zu werden) bei 18 Gegenstimmen mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. In der Debatte hatten sich die Sprecher der CDU, FDP und KPD dagegen gewandt, in diesem Fall entgegen der Verfassung die Möglichkeit zu schaffen, einen nicht der Bürgerschaft angehörenden Kandidaten zum Senator zu wählen. Hollmann (FDP) sah darin eine Mißachtung demokratischer Grundsätze und eine Geringschätzung der gewählten Abgeordneten. Rafoth (KPD) wollte den Senat grundsätzlich als „Exekutivausschuß der bremischen Bürgerschaft“ verstanden wissen. In seiner Erwiderung machte Spitta geltend, daß die Bestimmung über die Zugehörigkeit der Senatoren zur Bürgerschaft nur auf Druck der britischen Militärregierung in die Verfassung aufgenommen worden sei; weder in der Bremer Verfassung von 1920 noch in den übrigen Landesverfassungen gebe es eine derartige Vorschrift. Die Bürgerschaft solle sich die Freiheit bewahren, eine geeignete Persönlichkeit zum Senator zu wählen, ganz gleich, ob sie „zufällig der Bürgerschaft angehört oder nicht“. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 118–120).

¹⁷⁸ Am 14.3.1947 fand in der bayerischen Staatskanzlei in München eine Beratung über die künftige Verfassung Deutschlands, insbesondere den föderativen Aufbau und die Bildung einer Zentralregierung, statt, an der aber nur Vertreter Bayerns und Hessens teilnahmen. Kaisen konnte möglicherweise wegen der schwierigen Verkehrssituation nicht nach München gelangen.

Dienstag, 18. März 1947

[...]

In der *Senatssitzung* Nachricht, daß die *Memorial-Brücke von Eise zerstört* und die Truman-Brücke äußerst gefährdet sei. Apelt Notkommissar mit diktatorischen Vollmachten. *Nachmittags Einsturz der Truman-Brücke*. Mit Apelt an den Brücken. Gewaltiges Schauspiel des angeschwollenen Stromes mit seinen Eismassen. Notverkehr von der Eisenbahn über die Eisenbahnbrücke eingerichtet (Pendelbetrieb). Die Stadt am rechten Ufer ohne Gas.

[...]

Mittwoch, 19. März 1947

Trübe. Morgens etwa 3 Grad Wärme, mittags + 12 Grad.

Gestern abend auch *die neue Eisenbahnbrücke*, die nicht als Behelfsbau, sondern als endgültige Brücke hergestellt war, *vom Eise zerstört*. Damit *fehlt jede Verbindung zwischen den beiden Stadthälften*. Gas-, Wasser- und Stromversorgung teilweise schwer beeinträchtigt. – Auch die Fußgängerbrücke beim Wehr und die Hebetürme zur Hebung der gesunkenen Kaiserbrücke sind weggerissen. Mehrere Senatoren (Theil, Wolters, Mester, Ewert) und viele Beamte und Angestellte wohnen in der Neustadt und sind abgeschnitten.

Telephon-Störungen. Beratung der Senatoren über die Notmaßnahmen. Osterloh¹⁷⁹ in der Neustadt Behördenleiter; Wolters Vertreter des Senats. Fähren einzurichten. Ponton-Brücken. Fußweg über Eisenbahnbrücke herzustellen. Weserbrücke endgültig zu bauen. Hilfe der Amerikaner.

Entscheidung über Wegfall der Wahlen nötig. Die Amerikaner winden sich. Ebenso wollen die Amerikaner die süd[deutschen] Gesetze, auch das hochpolitische Entnazifizierungsgesetz, durch die Bürgerschaft genehmigen lassen, nicht von sich aus anordnen. Die Bürgerschaft darf aber nicht ändern! Also nur nach außen demokratische Form gewahrt!

Bei Mil[itär]reg[ierung], Cultural Affairs, wegen der in Holland durch Gorsemann für mich erworbenen Bücher.¹⁸⁰ Freundliche Behandlung;

¹⁷⁹ Hermann Osterloh, 1886–1961. 1947–1954 Amtsvorsteher beim Ortsamt Bremen-Hemelingen.

¹⁸⁰ Um die Rückerstattung der Kulturgüter zu ermöglichen, die in den von deutschen Truppen besetzten Ländern geraubt worden waren, hatten die Alliierten alle Deutschen durch Gesetz verpflichtet, jeden aus diesen Gebieten stammenden Besitz anzuzeigen und über die Art des Erwerbs Auskunft zu geben. Auch wenn der derzeitige Besitzer die Gegenstände rechtmäßig erworben hatte, mußten sie zurückerstattet werden, wenn sie den ursprünglichen Eigentümern unter Zwang genommen worden waren. Vgl. NL Spitta, StAB: 7,63–19/4.

Wunsch, mir zu helfen. Mit solchen Kleinigkeiten befassen sich die Berliner und Brem[er] Stellen der Mil[itär]reg[lierung]!

[...]

Donnerstag, 20. März 1947

Besprechung mit Kaisen und F. Schulze über Entnazifizierung, fünfzehnten Senator und Länderratsgesetze; [Lösungsvorschlag:] Ermächtigung des Senats durch die Bürgerschaft, die alten Länderratsgesetze zu publizieren.

[...]

Mit Lahusen Oberlandesgericht usw. besprochen; auch Personalien (W[alter] L[isco]).

Mit Wenhold Parteiverhältnisse in Deutschland und Bremen. Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (liberale und freie Demokraten, Württemb[erger] Demokraten, Brem[er] Demokr[atische] Volkspartei).¹⁸¹ Da die Brem[er] DV nach dem Ausbruch der Freien Demokraten und der CDU nicht mehr Sammelpartei oder Dachorganisation bleiben konnte, gab es nur die Alternative: Übergang zur CDU oder Anschluß an die anderen liberal-demokratischen Parteien des Reiches. Meine Sorge, daß die sozialen Fragen, einschließlich Sozialisierung, nicht in dem Maße berücksichtigt werden, wie ich es für notwendig halte; mit dem alten Libe-

¹⁸¹ Nachdem in der SBZ schon 1945 eine überregionale Liberal-Demokratische Partei (LDPD) entstanden war, die einen Führungsanspruch in ganz Deutschland geltend zu machen versuchte, schlossen sich die demokratisch-liberalen Parteien des Westens im Lauf des Jahres 1946 zu Zonenverbänden zusammen, zuerst im Febr. 1946 in der Britischen Zone als Freie Demokratische Partei (FDP), dann im Sept. 1946 in der US-Zone als Demokratische Volkspartei mit der württembergischen DVP als stärkster Landesorganisation und zuletzt im Jan. 1947 in der Französischen Zone als Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien. In der Erwartung, daß die Moskauer Außenministerkonferenz den Weg zur Bildung einer deutschen Zentralregierung freimachen würde, trafen sich beim „Demokratentag“ des amerikanischen Zonenverbands am 17.3.1947 in Rothenburg ob der Tauber Vertreter aller liberalen Landes- und Zonenorganisationen und beschlossen die Gründung der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) mit Külz von der LDP und Theodor Heuss von der DVP als gleichberechtigte Vors. an der Spitze. Dieser „Reichspartei“ war jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschieden: Im Zuge der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes kam es am 18.1.1948 bei einer Konferenz in Frankfurt/M. zur Trennung zwischen der Organisation der SBZ und den drei übrigen Zonenverbänden. Die BDV schloß sich bei der Rothenburger Tagung der DPD an, nachdem ihre Bemühungen um die Sammlung des Bürgertums in einer einzigen großen liberal-demokratischen Partei 1946 durch das Ausscheiden der CDU im Juni und die Gründung der FDP im Juli gescheitert waren. Die Entscheidung der BDV im Dez. 1946, Doppelmitgliedschaft bei ihr und der FDP nicht länger zu dulden, und der Austritt der FDP-Abgeordneten aus der BDV-Fraktion im Febr. 1947 setzten einen Schlußstrich unter die Versuche, die politische Einheit des Bürgertums zu erhalten. (Hein, Milieupartei, S. 75–83, 252–316).

ralismus oder der alten Formaldemokratie ist man der Zeit nicht gewachsen.

[...]

Freitag, 21. März 1947

[...]

Samstag, 22. März 1947

Bei Kaisen Fraktionsführersitzung; Brückenverhältnisse;¹⁸² endlich Entscheidung von OMGUS über Verfassung (keine Wahl zu besonderer verfassunggebender Versammlung, aber Entscheidung bei der Verfassungsdeputation);¹⁸³ Verabschiedung der Länderratsgesetze.¹⁸⁴ Die Verfassungsdeputation soll möglichst dreimal die Woche tagen. In Moskau deutsche Zentralregierung behandelt.¹⁸⁵

Kaisens abfällige Äußerungen über die Parteien im allgemeinen, insbesondere auch über Schumacher.¹⁸⁶

[...]

¹⁸² Vgl. Eintragungen vom 18. und 19.3.1947.

¹⁸³ OMGUS hatte sich mit dem Verzicht auf eine Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der Verfassungsentwurf nur in der Verfassungsdeputation beraten und unmittelbar der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt oder von der Bürgerschaft ohne längere Diskussion und ohne Änderungen verabschiedet würde. (Bericht Kaisens über eine Besprechung mit Governor Dunn und Waterman am 19.3.1947, Protokoll über die Senatssitzung am 21.3.1947, StAB: 3/3).

¹⁸⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 167.

¹⁸⁵ Bei der Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3.–24.4.1947 stand auch die Frage der Bildung einer deutschen Zentralregierung auf der Tagesordnung. Obwohl zunächst eine Einigung auf ein Konzept möglich zu sein schien, das Grundzüge der Weimarer Verfassung mit stärker föderalistischen Elementen verband, zeigten sich bei der Konkretisierung unüberwindliche Gegensätze zwischen den Vier Mächten. Insbesondere waren das Verhältnis zentralistischer und föderalistischer Strukturen sowie die Kompetenzaufteilung zwischen der deutschen Zentralregierung und den alliierten Militärregierungen umstritten. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 9; Graml, Die Alliierten, S. 191; Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1982. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, 4. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, S. 28f.).

¹⁸⁶ Kaisen sieht in seinen Memoiren den Hauptgrund für die häufigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Schumacher darin, daß dieser im Blick auf seine großen politischen Ziele bei aktuellen Entscheidungen, z.B. über die Bildung der Länder, die Vereinigung der Zonen, die Entstehung der Bundesrepublik usw., immer wieder abwarten wollte, während Kaisen mit Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung auch kleine, aber kurzfristig realisierbare Chancen wahrzunehmen versuchte. Weitere Spannungen ergaben sich aus unterschiedlichen Auffassungen über die Tätigkeit und die Kompetenzen der Ministerpräs. bzw. der Parteien. Vgl. Kaisen, Meine Arbeit mein Leben, S. 240f., 267–271; Renate Meyer-Braun, „Rebell“ Wilhelm Kaisen. Sein Verhältnis zum SPD-Vorstand im Spiegel eines Briefwechsels zwischen Alfred Faust und Fritz Heine aus den Jahren 1950 bis 1956. In: Bremisches Jahrbuch 67 (1989), S. 109–139.

Sonntag, 23. März 1947

[...]

Montag, 24. März 1947

Verfassungsentwurf zur Verteilung für Senat und Verfassungsdeputation fertig.

[...]

Dienstag, 25. März 1947

Senat. – Nachmittags] Fraktionssitzung.

Abends Parteiausschuß; Entnazifizierung und Wahlrecht; Bericht von Dr. Noltenius über die Vereinigung der liberalen und demokratischen Parteien in Rothenburg ob der Tauber; Gründung der Demokratischen Partei Deutschlands;¹⁸⁷ Anschluß der Brem[er] Dem[okratischen] Volkspartei.

Mittwoch, 26. März 1947

Präsidialgeschäfte, da Kaisen, wie so oft jetzt, für mehrere Tage verreist. Nachmittags Prof[essor] Boehringer (Göttinger Archäologe) für das akademische Hilfswerk in Göttingen. Bau der „Burse“ (Studentenwohnungen).¹⁸⁸

[...]

Donnerstag, 27. März 1947

Amtlicher Hochbetrieb.

Nachmittags] 4 bis 7 Uhr Bürgerschaft; gute Rede Theils über Hochwasserkatastrophe.¹⁸⁹ – Wahl Aeevermanns zum Senator für Entnazifizierung.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 181.

¹⁸⁸ Dr. Erich Boehringer, 1897–1971, ordentlicher Professor für Archäologie (klassische Numismatik und Ikonographie) in Göttingen. Bzgl. der Neukonstituierung des Akademischen Hilfswerks in Göttingen und seiner Bemühungen, den Studenten in der aktuellen Ernährungs- und Wohnungsmisere zu helfen, vgl. Wiebke Fesefeldt, *Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948*, Göttingen 1962, S. 146–149.

¹⁸⁹ Wie Theil berichtete (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 140–145), waren bei der Hochwasserkatastrophe in Bremen am 18.3. die Wehrbrücke, beide Befehlsbrücken, die Reste der Kaiserbrücke und viele Uferbefestigungen zerstört sowie die Eisenbahnbrücke beschädigt, aber keine Menschen getötet worden. Eine Sprengung der zwei treibenden Dampfer, die zur Zerstörung der Brücken beigetragen hatten, war nicht möglich gewesen, dem Gesuch, sie durch Beschuß zu versenken, von den US-Streitkräften zu spät entsprochen worden. Mit Unterstützung der Militärregierung sollte die Große Weserbrücke so schnell wie möglich wiederaufgebaut und außerdem eine zweite feste Brücke errichtet werden. Die Große Weserbrücke wurde am 29.11., die Stephani-Brücke am 31.12.1947 für den Verkehr freigegeben. (Schwarzwälder, *Weserbrücken*, S. 114f., 119f.).

¹⁹⁰ Damit endete die Kontroverse um die Wahlmodalitäten, vgl. Kap. 4, Anm. 177.

Freitag, 28. März 1947

Im *Senat* Verfassungsentwurf. Abfällige Kritik Nolting-Hauuffs; Paulmann für Entwurf der SPD; Kaisen rühmt meinen Entwurf. Er geht als Verhandlungsgrundlage an die Verf[assungs]deputation.¹⁹¹

3¹/₂ Uhr erneute Bemühungen der CDU auf Einigung des Bürgertums unter ihrer Flagge (Ahlers usw.).¹⁹² Gegen 5 Uhr verließ ich die unfruchtbare Sitzung, in der nichts Neues vorgebracht wurde.

Abends in der Wittheit Vortrag Geilers über die völkerrechtliche Stellung Deutschlands;¹⁹³ nachher Essen im Gästehaus.

Samstag/Sonntag, 29./30. März 1947

[...]

Montag, 31. März 1947

Amtsbetrieb, daß ich das Gefühl habe, es geht über meine Kraft, besonders wegen der parteipolitischen Fragen und Treibereien, die die Beratungen der Verfassungsdeputation gefährden und beim Tauziehen CDU und BDV unangenehme Entscheidungen verlangen.

[...]

Morgens früh ohne Wasser. Abends 1¹/₂ Stunden ohne Licht.

[...]

Aevermann wurde von Stockhinger (SPD) vorgeschlagen und, da er nicht MdBü war, in Abwesenheit bei einigen Stimmenthaltungen gewählt. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 136).

¹⁹¹ Die Verfassungsentwürfe Spittas, der SPD (Wilhelm Schmid, Annemarie und Werner Mevissen, Hans Warninghoff) vom 27.2.1947 und der KPD vom selben Tag sind abgedruckt bei: Pfetsch (Hrsg.), Verfassungsreden, S. 469–511, 613–628. Der Hrsg. beurteilt den SPD-Entwurf im Vgl. zu dem Spittas als „von zumindest gleichrangiger Bedeutung“ (S. 9). – Nolting-Hauff plädierte im Senat für eine schärfere Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung. Er wandte sich dagegen, die Deputationen grundsätzlich zu Verwaltungsinstanzen zu machen; die Bestimmungen über die Finanzdeputation gehörten nach seiner Meinung in ein Deputationsgesetz statt in die Verfassung. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Zur Diskussion um die Verfassung vgl. auch Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 118–133.

¹⁹² Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

¹⁹³ Der ehemalige Ministerprärs. von Groß-Hessen, Geiler, trat in diesem Vortrag der Auffassung entgegen, daß Deutschland völkerrechtlich untergegangen sei; seine Staatsgewalt sei nur suspendiert und werde von den vier Siegermächten ausgeübt, staatsrechtlich bestehe die Weimarer Verfassung weiter. Die Vertreibung von 14 Mio. Deutschen sei mit dem Völkerrecht unvereinbar und auch die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen sehr problematisch. (Weser-Kurier Nr. 25 v. 29.3.1947, S. 2).

Dienstag, 1. April 1947

Senat. – Besprechung mit Ehlers über die verschiedenen Verfassungsentwürfe; er möchte auch, daß mein Entwurf den Beratungen der Dep[utation] zugrunde gelegt wird.

[...]

Mittwoch, 2. April 1947

Besprechung über Verfassung und Parteisachen mit Wenhold. Mit Thielen¹⁹⁴ über R[ichard] Duckwitz und Behandlung der Verfassung. Kaisen hat Parteivorstand, Fraktionsführung usw. der SPD zusammengerufen, um sie zu bestimmen, meinen Entwurf der Beratung zugrunde zulegen. Nachm[ittags] 1½ Stunden Verfassungsdep[utation]. – Vorgeplänkel. Dep[utation] soll in einen reinen Bürgerschaftsausschuß verwandelt werden (Berufung auf Amerikaner); Ehlers und ich nur Referenten. Entscheidung darüber ausgesetzt. Ich referiere über den Entwurf.¹⁹⁵

[...]

Donnerstag, 3. April 1947

Mit Kaisen und Theil Verfassungsfragen; beide wollen helfen, daß die Dep[utation] erhalten bleibt, ich jedenfalls Vorsitz behalte. Nachm[ittags] 2½ Uhr Eröffnung der amerik[anischen] Bibliothek in der Kunsthalle. Amerik[anische] und engl[ische] Literatur und Zeitschriften. Reden und Sandwiches.¹⁹⁶

[...]

¹⁹⁴ Friedrich Thielen, geb. 1916. Kaufmann (Inhaber eines Sägewerks und einer Holzhandlung, 1944 Gründung des Bremer Betonwerks). 1946–1958 Vors. der CDU in Vegesack, 1947–1958 MdBü, 1958 Ausschuß aus der CDU, Übergang zur DP, deren Vors., 1963 Gründungsmd. der NPD, erster Bundesvors., Anfang 1967 Trennung von der NPD, Mitte des Jahres Gründung der Nationalen Volkspartei (NVP).

¹⁹⁵ Die Verfassungsdeputation bestand aus 15 bürgerschaftlichen Mitgliedern, zwei ständigen und einem beigeordneten Senatsvertreter. Die Parlamentarier waren von der Bürgerschaft nach dem Stärkeverhältnis der Parteien bei der Wahl am 13.10.1946 gewählt worden: sechs Abgeordnete der SPD, drei der CDU und je zwei der KPD, BDV und FDP. Bei dem „Vorgeplänkel“ ging es um den Versuch der SPD und KPD, das Gremium nicht als „Deputation“ unter dem Vorsitz des Senatsvertreters (Spittas), sondern als bürgerschaftlichen Ausschuß unter einem aus seiner Mitte gewählten Vors. tagen zu lassen. In diesem Fall hätten die Senatsvertreter als Referenten kein Stimmrecht gehabt. Auf Antrag Spittas wurde die Frage vertagt, um ihm die Information des Senats zu ermöglichen. Aufgrund eines Vermittlungsvorschlags von Hagedorn wählte die Verfassungsdeputation am 9.4.1947 die Senatsvertreter Spitta und Ehlers zum Vors. und stellvertr. Vors. und beauftragte den Senat, die Frage des Stimmrechts bei der Militärregierung zu klären. Es wurde ihnen nicht zugesprochen. (StAB, Lesesaal: Protokolle der Verfassungs-Deputation und ihrer Ausschüsse, 2.4. – 15.9.1947). Vgl. Kap. 4, Anm. 191.

¹⁹⁶ Bericht und Zusammenfassung der Ansprachen im Weser-Kurier v. 5.4.1947.

Karfreitag–Ostermontag, 4.–7. April 1947

[...]

Dienstag, 8. April 1947

Im *Senat* Plan, die Minensucher usw. der Amerikaner in *Fischereiboote* zu verwandeln. GmbH des bremischen Staates. 15 Millionen [RM] Umbaukosten.¹⁹⁷

Nachm[ittags] 4 bis 5½ Uhr bei Präses Wilkens vertrauliche Besprechung über Parteiverhältnisse und CDU. Ich gegen Übertritt zur CDU und für freundschaftl[iche] Zusammenarbeit mit BDV. Apelt dem sofortigen Übertritt zur CDU geneigt. Wenhold, Harmssen, Bölken und Nolting-Hauff für Abwarten.

[...]

Mittwoch, 9. April 1947

7½ Uhr *Paula* nach der Weserfähre bei den Atlas-Werken gebracht; sie fährt nach Oldenburg. – Wenn man länger nicht im Westen der Stadt war, neue Erschütterung über die völlige Zerstörung dieser Stadtteile.

Bei Kaisen Besprechung mit SPD-Mitgliedern der Verf[assungs]dep[utation]. Verständigung über Vorsitz und Stimmrecht.¹⁹⁸ Nachm[ittags] 3 bis 6 Uhr Verf[assungs]dep[utation]. – Generaldebatte und zwei Artikel erledigt. Abends Vortrag [über „Geschichtliches und Grundsätzliches im Verfassungsrecht“ vor der Arbeitsgemeinschaft der Beamten in Etelsen] vorbereitet.

Donnerstag, 10. April 1947

[...]

¹⁹⁷ Nach dem Vorschlag der Militärregierung sollten beschlagnahmte Schiffe der ehemaligen Kriegsmarine auf Kosten einer vom Bremer Staat zu gründenden GmbH umgebaut und von dieser gechartert werden, aber im OMGUS-Besitz bleiben. Ein entsprechender Vorvertrag wurde am 26.4.1947 unterzeichnet. Differenzen über die Finanzierung der veranschlagten drei bis vier Mio. RM Umbaukosten verzögerten den Vertragsabschluß bis zum 20.8.1947. Die schließlich erzielte Vereinbarung sah vor, daß die Gesellschaft für Rüstungsgutverwertung und die staatliche Bremer Gesellschaft gemeinsam die Finanzierung übernehmen und Gesellschaftsanteile austauschen sollten. (Senatsprotokolle vom 8., 15., 22. und 29.4., 20.5., 10.6., 5. und 8.8.1947, StAB: 3/3).

¹⁹⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 195.

Freitag, 11. April 1947

Im *Senat* über Strafverfahren gegen die Judenmörder berichtet.¹⁹⁹ Fall Nawrath (der sich als Direktor des Völkerkunde-Museums unmöglich gemacht hat).²⁰⁰ Nachm[ittags] Verfassungsdeputation. Unmögliche Anträge von bürgerlicher Seite (Dr. Lueken und Hollmann, die aus den Erfahrungen der Nazizeit her alle möglichen Straf- und Schutzbestimmungen in die Verfassung bringen wollen);²⁰¹ gute, sachliche Arbeit leisten einige Sozialdemokraten und Degener²⁰² von der CDU.

[...]

Samstag, 12. April 1947

Gehetzte Arbeit. – Bei Theil Konferenz über Gerichtsentscheidung, die dem Senat für die Zeit vor Ernennung einer Bürgerschaft nur das Recht zugestehen will, Notmaßnahmen und vorläufige Maßnahmen zu treffen, nicht endgültige, wie Enteignungen.

Mit Mester über Ernährung: Herabsetzung der schon so niedrigen Rationen erforderlich;²⁰³ Ausbleiben der angekündigten Getreideschiffe; Brotkrise in vielen Gebieten, besonders der brit[ischen] Zone.

¹⁹⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 230. Die Prozesse wegen Mordes fanden ohne Geschworene statt. Erst Anfang Dez. 1947 tagten in Bremen wieder Schöffen- und Schwurgerichte, nachdem der Senat am 7.10.1947 eine entsprechende Ergänzung der Strafrechtspflegeordnung beschlossen hatte.

²⁰⁰ Nawrath verzichtete am 23.5.1947 auf sein Amt, nachdem der Senat am 23.5.1947 seine Beurlaubung für 1947 und anschließende Pensionierung beschlossen hatte. (Senatsprotokolle vom 11.4., 13.5. und 23.5.1947, StAB: 3/3).

²⁰¹ Lueken und Hollmann waren von der BDV zur FDP übergetreten.

Heinrich Hollmann, 1898–1965. Weinhändler, 1946–1947 MdBü (BDV, dann Gründungsmd. der FDP in Bremen, seit Febr. 1947 deren Fraktionsvors. in der Bremer Bürgerschaft), Ende Jan. 1948 wegen Verbindungen zur KPD aus der Partei ausgeschlossen, Sept. 1947 bis Ende Jan. 1948 Hauptankläger beim Senator für die politische Befreiung.

²⁰² Johannes Degener, 1889–1959. Kaufmännische Lehre, Arbeit am Bau und in der Metallindustrie, 1919 ehrenamtlicher Mitarbeiter des Freiheitlich-Nationalen Gewerkschaftsbunds der Angestellten (Hirsch-Duncker), 1929–1933 im Bundesvorstand, lehnte 1933 die Weiterarbeit in der DAF ab, 1945 Mitbegründer der BDV, Febr. 1946–März 1947 erster Geschäftsführer der CDU in Bremen, 1947–1949 Vors. der CDU-Bürgerschaftsfraktion, gab 1949 sein Mandat und die Redaktion des Bremer CDU-Blattes „Bremer Echo“ ab, 1951–1958 Senator.

²⁰³ Veranlaßt durch eine Mitteilung Paulmanns über den beängstigenden Gesundheitszustand der Schuljugend, berichtete Mester am 15.4.1947 im Senat über die „sehr ernste“ Lage bei der Lebensmittelversorgung: Für die laufende 100. Zuteilungsperiode mußte die Fettration von 200 g auf 137,5 g gekürzt und die ausgefallene Menge durch das doppelte Quantum Zucker ersetzt werden. In der folgenden Zuteilungsperiode sei die Ausgabe der vorgesehenen Fett-, Brot- und Fleischrationen auch bei der Ergänzung durch Pferdefleisch „fast unmöglich“, in der ersten Woche drohe eine Kürzung der Brotration von 2500 g auf 1000 g. Auch bei einer so drastischen Reduzierung sei die Versorgung Bremens nur für 14 Tage gesichert, danach völlig von Importen abhängig. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

Angenehme Mitarbeit Dr. Feines. Gemeinsame Leiden in der Verfassungsdeputation. Immerhin ist manches abgewendet, so: 1.) stenographische Aufnahme der ganzen Verhandlungen (Vorschlag Hagedorn SPD), 2.) Vorsitz nicht beim Senat, sondern bei einem gewählten Bürgerschaftler, 3.) „Jugendliche“ als Zuhörer (Antrag Hollmann), 4.) ständige Veröffentlichung von durchberatenen Abschnitten.²⁰⁴

Übertritt des angenehmen, sachlichen Friedr[ich] Schulze (Handelskammer) zur CDU – entgegen seiner Äußerung mir gegenüber, daß er sich der Entscheidung der Senatoren anschließen werde.

[...]

Sonntag, 13. April 1947

[...]

Montag, 14. April 1947

9 Uhr bei Militärregierung: mit Mr. Fletcher Wahlrechtsfragen. – 11 bis gegen 3 Uhr Verhandlung und Mittagessen mit den Niedersachsen über die Justiz in Wesermünde-Land.²⁰⁵

Staatssekretär Moericke,²⁰⁶ Oberlandesgerichtspräs[ident] Freiherr von Hodenberg²⁰⁷ und drei andere. Besonders angenehm von Hodenberg. In der Sache blieben die Niedersachsen dabei, Wesermünde-Land aus der bremischen Justiz auszugliedern, obgleich dadurch Kosten für Niedersachsen und Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung entstehen. Neues Amtsgericht in Langen!

[...]

Dienstag, 15. April 1947

Im Senat (Kaisen in Stuttgart)²⁰⁸ Ernährungsnot; *Herabsetzung der Rationen*.²⁰⁹ – Erfreulich die Spende der Amerikaner in Textilien, „etwa die Menge, die Bremen in 10 Jahren von Minden bekommen würde“.²¹⁰

Abends am Donandt-Buch gearbeitet.²¹¹

²⁰⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 195.

²⁰⁵ Vgl. Kap. 3, Anm. 440.

²⁰⁶ Dr. jur. Dagobert Moericke, 1885–1961, 1926 Landgerichtsrat in Karlsruhe, 1928 Oberstaatsanwalt bei der Reichsanwaltschaft, 1936 Senatspräs. beim OLG Celle, 1945 Generalstaatsanwalt in Celle, 1947–1950 Staatssekretär im niedersächsischen Justizministerium, 1951 Senatspräs. beim Bundesgerichtshof.

²⁰⁷ Dr. jur. Hodo Freiherr von Hodenberg, 1887–1962, seit 1913 Rechtsanwalt beim OLG Celle, 1924 Notar in Celle, 1945–1955 Präsident des OLG Celle. Vgl. auch: Röpcke, *Who's Who in Lower Saxony*, S. 280.

²⁰⁸ 19. Tagung des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebiets.

²⁰⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 203.

²¹⁰ Es handelte sich um Bekleidung aus US-Heeresbeständen, die sortiert und umgefärbt und dann seit Anfang Juni 1947 verteilt wurde.

²¹¹ Theodor Spitta, Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Ein bremini-

Mittwoch, 16. April 1947

Der Hamburger Senat hat Nachricht, daß das gemeinschaftliche Oberlandesgericht von den Besatzungsmächten abgelehnt sei;²¹² neuer Versuch Hamburgs; ich stimme für Bremen zu.

Nachmittags fast 3½ Stunden Verfassungsdeputation. Einiges abgewendet; Tendenz, die Bestimmungen breiter und konkreter zu machen, und so, daß die Schulkinder im Unterricht alles verstehen. Degener (CDU) wünscht „blumige“ Sprache der Bestimmungen.

Zur Erholung kurzer Bummel durch den Bürgerpark, wo endlich das Keimen und Treiben beginnt. Abends Donandt-Buch bearbeitet.

Donnerstag, 17. April 1947

Üblicher Arbeits-, Besuchs- und Telephonandrang.

Abreise Walter Liscos nach Berlin, schwer bepackt mit „Mitbringseln“. Unsere häusliche Ernährungslage ist durch die amerik[anischen] Pakete von Hermann und Liesa Lisco aus Chicago besser als die von Tausenden in Bremen, die solche Hilfe nicht haben. Dazu kommt Arnolds Mühlenprivileg, an dem wir teilhaben.

Auch in der Wohnung haben zahlreiche Ausgebombte oder Vertriebene es schlechter, wenn wir auch nicht überflüssigen Raum haben. Im ganzen müssen wir dankbar sein, soweit unser äußeres Dasein in Frage kommt.

[...]

Freitag, 18. April 1947

Im Senat Kaisens Bericht über Stuttgart und *General Clays Äußerungen über Moskau* („Wir können von den Russen jede Regierungsform usw. für Deutschland kaufen durch Erhöhung der Reparationen“).²¹³ – Meine Be-

sches Lebens- und Zeitbild. Bremen 1938 (Privatdruck). Spitta bereitete eine Neuauflage vor, die 1948 erschien.

²¹² Vgl. Kap. 3, Anm. 440; Kap. 4, Anm. 163 und 168.

²¹³ In streng vertraulichen Ausführungen bei der üblichen „internen Besprechung“ mit den Ministerpräs. äußerte sich General Clay sehr pessimistisch über den Ausgang der Moskauer Außenministerkonferenz. Mit konkreten Ergebnissen sei nicht zu rechnen. Der Abschluß der Konferenz werde durch die Diskussion des Reparationsproblems verzögert. Zwar bestehe Bereitschaft, Deutschland eine erheblich höhere Industrie-Kapazität zuzubilligen, aber dieser Vorteil werde durch drastisch gesteigerte Reparationsforderungen aufgehoben. Im amtlichen, von Roßmann gezeichneten Protokoll hieß es darüber: „Nach seiner Ansicht könne sich Deutschland jede Regierungsform kaufen, je nach dem Preis, den es dafür zahlen wolle, aber Amerika sei nicht willens, dafür sein Geld einzusetzen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 325f., Zitat auf S. 326). Kaisen gab die Äußerung Clays in einer Aufzeichnung wieder: „Sie können in Moskau jede Regierungsform kaufen gegen Reparationen.“ (StAB: 3-R.1.m. Nr. 131 [5] Nr. 17).

richte in Justizsachen (Oberlandesgericht, Wesermünde-Land, Strafvollzug usw.).²¹⁴

Der „Fall Wolters“²¹⁵ an mich zur Begutachtung abgegeben (waren seine Straftaten 1933 nur kriminell oder politisch?).

Widerwärtig die Benutzung solcher Dinge im parteipolitischen Kampfe. Verantwortung in menschlicher und politischer Beziehung (Senatskrise?).
[...]

Samstag, 19. April 1947

Dr. Friese über das Lob meines Verfassungsentwurfs durch die Amerikaner. Wenn nur meine deutschen Landsleute ebenso entzückt davon wären!
[...]

Sonntag, 20. April 1947

[...]

Montag, 21. April 1947

Nachmittags Verfassungsdeputation. Über 2½ Stunden zwei Artikel des Arbeitsrechts beraten (gleicher Lohn für Mann und Frau, freie Berufswahl).²¹⁶ – Nachher noch eine halbe Stunde mit Ehlers über Kompromiß in Schulfragen²¹⁷ und über Fall Wolters.²¹⁸

[...]

Abends Verfassungsentwurf der CDU.

[...]

²¹⁴ Vgl. Eintragung vom 16.4.1947. Die Vertreter der niedersächsischen Justiz hatten es bei der Besprechung am 14.4.1947 „als unhaltbar“ abgelehnt, daß das Gerichtswesen im Landkreis Wesermünde „auf bremischem Gebiet ausgeübt“ werden solle, und dem nur für eine Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Gerichtsgebäudes in Langen zugestimmt. – Spitta berichtete außerdem über die Forderung der Amerikaner, in der Justizverwaltung die Stelle eines „Direktors für das Gefängniswesen“ zu schaffen.

²¹⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²¹⁶ Artikel 53 der Bremer Verfassung sichert Frauen und Jugendlichen Anspruch auf den gleichen Lohn zu, den Männer erhalten; außerdem haben Frauen bei gleicher Eignung das Recht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

²¹⁷ Über den zweiten Abschnitt der Verfassung: „Erziehung und Unterricht“ gab es langwierige Auseinandersetzungen. Insbesondere bei den Artikeln 29 und 32 über die Errichtung von Privatschulen und den Religionsunterricht gingen die Entwürfe Spittas, der CDU, SPD und KPD weit auseinander. Nach schwierigen Verhandlungen wurde der Artikel 32 am 1.8.1947 in der Deputation nur mit den Stimmen von SPD und FDP in folgender Fassung verabschiedet: „Die allgemein bildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in Biblischer Geschichte.“ Bis zur endgültigen Annahme der Verfassung in der Deputation und der Bürgerschaft am 15.9.1947 gelang es Spitta, die Hinzufügung der Worte: „... auf allgemein christlicher Grundlage“ durchzusetzen.

Dienstag, 22. April 1947

Im *Senat* Ernährungsnöte, Länderratssachen, Americana.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung; Verhältnis zur CDU, im Wahlkampfe Anstand, nach der Wahl Fraktionsgemeinschaft? Rückgang der CDU bei den Landtagswahlen der britischen Zone, Stärkung der SPD; Erfolg des Zentrums.²¹⁹

Ablehnung der Gemeinschaft des Oberlandesgerichts durch die amerikanische Mil[itär]-Reg[ierung] in Berlin.²²⁰

[...]

Mittwoch, 23. April 1947

[...]

Nachmittags Verfassungsdeputation. 2½ Stunden über einen Artikel beraten (Lenkung der Wirtschaft).

[...]

Donnerstag, 24. April 1947

Verhandlung mit Sieveking²²¹ und Prieß aus Hamburg über Oberlandesgericht.²²² Nochmaliger, etwas veränderter Versuch verabredet. Nachmittags Bürgerschaft.

Bei Artikel 29 gab es wegen des grundsätzlichen Widerstands der SPD gegen bekenntnismäßig gebundene Schulen Schwierigkeiten. Bei Kaisen überwog jedoch das Bestreben, durch die Wiederzulassung der im Dritten Reich zerstörten katholischen Privatschulen nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen. Unter seinem Einfluß stimmte die SPD daher schließlich folgender Fassung des Artikels 29 zu: „Privatschulen können auf Grund staatlicher Genehmigung errichtet und unter Beobachtung der vom Gesetz gestellten Bedingungen betrieben werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz unter Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten.“

²¹⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²¹⁹ Die Landtagswahlen am 20.4.1947 führten zu folgenden Ergebnissen:

Niedersachsen: CDU 19,9%, Zentrum 4,1%, SPD 43,4%

Nordrhein-Westfalen: CDU 37,5%, Zentrum 9,8%, SPD 32,0%

Schleswig-Holstein: CDU 34,0%, Zentrum 0,1%, SPD 43,8%.

Bei den Land- und Stadtkreiswahlen am 13.10.1946 hatte die CDU in diesen Ländern 22,5%, 46,0% und 37,3% der Stimmen erhalten. (Richard Schachtner, Die deutschen Nachkriegswahlen, München 1956, S. 48, 52 und 64).

²²⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

²²¹ Dr. Kurt Sieveking, 1897–1986. Rechtsanwalt, seit 1935 Syndikus und Generalbevollmächtigter des Bankhauses M.M. Warburg (S. war 1929 Sekretär des Mitinhabers Carl Melchior im Finanzkomitee des Völkerbundes gewesen), seit Okt. 1945 Leiter der Senatskanzlei in Hamburg, 1951 Deutscher Gesandter in Stockholm, 1953–1957 Erster Bgm. in Hamburg; 1957–1962 MdBü, vor 1933 Md. der DVP, seit 1946 CDU.

²²² Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

Nachher Handelskammer; Vortrag von Professor Müller (Münster)²²³ über „Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung“; für „gesteuerte Marktwirtschaft“; die gelenkte Wirtschaft soll völlig versagt und den wirtschaftl[ichen] Zusammenbruch herbeigeführt haben. Wenig überzeugend. Hatten wir je eine sinnvoll gelenkte Wirtschaft?

[...]

Freitag, 25. April 1947

Im *Senat* traurige Wirtschaftslage Deutschlands; wir zehren die Substanz auf.

[...]

Samstag, 26. April 1947

[...]

Im amtlichen Leben die Verschlechterung der Wirtschaftslage und Ernährung. Dazu die *Ergebnislosigkeit der Moskauer Konferenz*.²²⁴ Viel habe ich freilich davon nicht erwartet und bin auch überzeugt, daß es in nächster Zeit nicht zu einem neuen Weltkriege kommen wird, dazu ist Rußland zu sehr verwüstet und geschwächt. Aber Sorge, daß die allgemeine Lähmung zunehmen wird, es sei denn, daß England und Amerika ohne Rücksicht auf Rußland die deutsche Frage anpacken. Hoffnung in Clays Äußerung zu Kaisen.²²⁵

[...]

Sonntag, 27. April 1947

[...]

Montag, 28. April 1947

[...]

²²³ Dr. rer. pol. Alfred Müller, geb. 1901, ordentl. Prof. f. Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster.

²²⁴ Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte vom 10.3. bis 24.4.1947.

²²⁵ Bei der „internen Besprechung“ General Clays mit den Ministerpräsidenten in Stuttgart am 15.4.1947 hatte Kaisen auf die Notwendigkeit der Währungsreform als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau hingewiesen, General Clay daraufhin Klage geführt, daß ein amerikanischer 8-Millionen-Dollar-Kredit zur Förderung von Spezialexporten aus der US-Zone (Porzellan, Kameras und andere Qualitätserzeugnisse) nur zu einem ganz geringen Teil in Anspruch genommen worden sei, obwohl die Gewinne zum Kauf weiterer Rohmaterialien und zur Ankurbelung anderer Produktionsbereiche verwendet werden könnten. „Auf amerikanischer Seite sei man bereit, das Geld für jedes vernünftige Programm anzusetzen und den Gewinn der allgemeinen deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 327).

Nachmittags dreistündige Sozialisierungsdebatte in der Verfassungsdeputation.²²⁶

[...]

Dienstag, 29. April 1947

Senat. Nachher mit Wolters seine Strafsachen durchgesprochen.²²⁷ Er dankt mir für mein Verständnis.

[...]

Mittwoch, 30. April 1947

Mit Kaisen über Sozialisierung und Verfassung. Seine Klage über die Polizeiverhältnisse in Bremen. [Sozialisierung =] Entscheidender Punkt der Verfassungsberatungen.

[...]

Donnerstag, 1. Mai 1947, Feiertag

Besprechung mit Apelt über seine Krisis in der Häfendeputation und das Entlassungsgesuch von Agatz²²⁸ ferner über die Sozialisierung in der Verfassung.

[...]

Freitag, 2. Mai 1947

Im Senat *Sozialisierungsfrage* beraten. Kaisens Vorschläge, die den Katalog der SPD ablehnen und Rücksicht auf übrige Länder zugestehen; manches noch unklar.²²⁹

[...]

²²⁶ Wegen der gegensätzlichen Grundüberzeugungen der acht Sozialisten und sieben Bürgerlichen in der Verfassungsdeputation waren die Beratungen über den Artikel 42 (Sozialisierung) besonders schwierig, vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²²⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²²⁸ Dr. Ing. Arnold Agatz, 1891–1980. 1931–1945 ordentl. Prof. an der TH Berlin, Spezialgebiet: Verkehrswasserbau, seit 14.4.1947 beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr angestellt, bis 1954 Präs. der Hafenbauverwaltung, 1951 Ehrendoktor der TH Hannover, 1964 Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz.

²²⁹ Spitta schilderte dem Senat die Gegensätze in der Verfassungsdeputation bei der Beratung des „Sozialisierungsartikels“ (Art. 42). Spittas Vorlage und die Entwürfe der Parteien sahen sehr unterschiedliche Regelungen vor. Kaisen hielt trotzdem eine Einigung auf der Basis der von Spitta vorgeschlagenen Formulierung für möglich. Sie lautete (Art. 38, Absatz 2): „Ein Unternehmen oder ein Wirtschaftszweig kann in geeignetem Falle auf Grund eines Gesetzes gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden, wenn der Wirtschaftszweck besser in der Form des Gemeineigentums erreicht werden kann.“ In dem SPD-Entwurf hieß es dagegen präziser (Art. 44): „Unternehmen, die ihrer Größe oder Bedeutung nach politische oder wirtschaftliche Macht verkörpern, oder für das Allgemeinwohl

Erstes Urteil in d[en] bremischen Judenmordprozessen 9.11.[19]38: milde Urteile; nur wegen Totschlages.²³⁰ Ich fürchte ungünstige Wirkung auf die Verfassung (Rechtspflege).

[...]

notwendig sind oder deren Wirtschaftszweck in gemeinwirtschaftlicher Form besser erreicht werden kann, sind in Gemeineigentum zu überführen. Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift sind vor allem: die Großindustrie und die ehemaligen Konzernbetriebe, die Großunternehmen des Schiffbaues, des Hafenumschlags, der privaten Kreditinstitute, der Energie- und Gasversorgung sowie die Großbetriebe der Ernährungswirtschaft und des allgemeinen öffentlichen Verkehrs des Landes.“ (Pfetsch [Hrsg.], Verfassungsreden, S. 474 und 497). Spitta plädierte im Senat für eine vorsichtige Sozialisierungspolitik und warnte, daß bei einer Annahme des SPD-Entwurfs Betriebe aus Bremen abwandern würden. Kaisen setzte sich dafür ein, die Kann-Bestimmung in Spittas Vorlage in eine Muß-Vorschrift umzuwandeln. Sein Katalog der zu sozialisierenden Betriebe entsprach dem SPD-Entwurf. Für die Betriebsform schlug er vor, daß Staatsvertreter neben den Vertretern der Belegschaften und der Betriebsleitungen in den Aufsichtsräten wirken sollten. Spittas Bedenken, daß eine einheitliche Wirtschaftsordnung für West-Deutschland zu erstreben sei, suchte er durch Berufung auf den Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ auszuräumen. Der Senat beschloß, daß nach den Richtlinien Kaisens weiterverhandelt werden solle. (Senatsprotokoll 2.5.1947, StAB: 3/3). Die bürgerlichen Parteien und die SPD einigten sich, am 12.10.1947 ein Sonderreferendum über den „Sozialisierungsartikel“ durchzuführen; die SPD stimmte im Gegenzug dem Schulkompromiß zu (vgl. Kap. 4, Anm. 217). Das vorgesehene Gesetz zur Regelung der Einzelheiten wurde nie verabschiedet. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das dem Bund die ausschließliche oder konkurrierende Gesetzgebung auf dem Gebiet von Arbeit und Recht vorbehielt, verlor der „Sozialisierungsartikel“ der Bremer Verfassung an Bedeutung. (Spitta, Kommentar, S. 92–97; zur Politik der SPD: Brandt, Antifaschismus, S. 233–235).

²³⁰ In der Verhandlung wegen Mordes an dem jüdischen Produkthändler Rosenblum am 9.11.1938 wurden die Angeklagten, die Brüder Wilhelm und Ernst Behring, am 2.5.1947 von der Strafkammer des Landgerichts Bremen aufgrund medizinischer Gutachten nur wegen Totschlages zu acht und sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide Seiten kündigten sofort Revision an. In der Öffentlichkeit wurde das Urteil heftig kritisiert (Weser-Kurier v. 3., 7., 10. und 14.5.1947. Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 139–141). Es erschien – nach den Fahnenflucht-Urteilen (vgl. Kap. 3, Anm. 376) – als weiterer Beweis dafür, daß aus der NS-Zeit belastete Richter aufgrund ihrer eigenen Verstrickung in das Unrecht zu falschen Entscheidungen kamen. Der Protest richtete sich deshalb insbesondere dagegen, daß an der Urteilsfindung keine Laienrichter (Geschworenen) beteiligt waren. Im Senat wurde das Urteil unterschiedlich bewertet; Einigkeit bestand aber darüber, daß solche Prozesse keinen politisch belasteten Richtern übertragen werden dürften und daß das Laienrichtertum wieder eingeführt werden sollte. Spitta wurde beauftragt, in einer Presseerklärung mitzuteilen, daß er den Oberstaatsanwalt bereits angewiesen habe, Revision gegen das Urteil einzulegen. (Vgl. Weser-Kurier v. 7.5.1947, S. 2; Senatsprotokoll 2.5.1947, StAB: 3/3). Auf Anordnung der Militärregierung fand die Revisionsverhandlung nicht in Hamburg, sondern vor dem OLG Bremen statt, das das Urteil am 18.9.1947 aufhob und den Fall an die Strafkammer des Landgerichts zurückverwies. Ein Schwurgericht verurteilte die Angeklagten am 20.9.1948 zu acht und zwölf Jahren Zuchthaus. Der Senat gab ihren Gnadengesuchen im März bzw. Dez. 1951 statt.

Samstag, 3. Mai 1947

Besprechung mit Ehlers über Verfassung. Fall Wolters²³¹ und Urteil im Judenmordprozeß; Ehlers findet das Urteil angemessen; man dürfe nicht Nazi-Methoden oder Nazi-Strafen anwenden. – Amerikanische Mil[itär]regierung spricht mit mir über Wolters, gegen den Anzeigen vorlägen; die Mil[itär]regierung wolle den Fall untersuchen.

Besprechung mit Kaisen; tom Moehlen soll Nazi gewesen sein (Vernehmung vor Special-Branch); Verfassung und Sozialisierung; die SPD-Fraktion für Kaisens Vorschläge; Mesters Behandlung des Erbhofgesetzes.²³²

[...]

Gegen 10 Uhr Feier mit Reden bei der Durchfahrt des ersten Zuges des „Alpen-Nordsee-Expreß“! Bequem für uns Bremer für Stuttgart-München; aber dafür solch ein Festesaufgebot!²³³

Sonntag, 4. Mai 1947

[...]

Montag, 5. Mai 1947

Sturm wegen des Judenmord-Urteils; Gewerkschaften und Parteien wollen öffentl[iche] Demonstration machen;²³⁴ Rundfunkreden. – Nachm[ittags] Verfassungsdeputation; Sozialprogramm der SPD über Sozialisierung, Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftskammer.²³⁵ Anschließend

²³¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²³² Das Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20.2.1947 aufgehoben und für Bremen durch das Bremische Höfegesetz in der Fassung vom 19.7.1948 ersetzt.

²³³ Der Zug von Bremerhaven nach München durchlief alle Länder der US-Zone. Zivile Reisende benötigten für ihn besondere Zulassungskarten. Der erste Zug in Richtung München wurde am Abend des 3.5.1947 mit Ansprachen Kaisens und des Direktors des Railroad Branch der US-Militärregierung feierlich in Bremen verabschiedet. (Bericht im Weser-Kurier v. 7.5.1947).

²³⁴ Auf Veranlassung der Betriebsräte legten ca. 50000 Bremer Arbeitnehmer am 7.5.1947 um 12.00 Uhr für fünf Minuten die Arbeit nieder, um gegen die Urteile im „Judenmord-Prozeß“ zu protestieren. Die SPD, die KPD, die KZ-Betreuungsstelle und die Israelitische Gemeinde veranstalteten am Nachmittag des 8.5. auf dem Domshof eine gemeinsame Kundgebung, an der Tausende von Bremern teilnahmen. (Weser-Kurier v. 10.5.1947, S. 3).

²³⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

Bund für Kriegergräber (Theil und Frau Schepp).²³⁶ Abend im Gästehaus. Staatsrat Ahlhorn²³⁷ über Zusammenarbeit mit Theodor [Spitta].

Dienstag, 6. Mai 1947

Im *Senat* (Kaisen in Stuttgart)²³⁸ mehrere, auch politisch wichtige Aussprachen. Wirtschaftliches; Kompensationsgeschäfte und Deputate.²³⁹ Justiz: Urteil im Judenmordprozeß; Antrag Ewert, daß der Senat Urteil mißbilligen sollte, abgewehrt, (auch Ehlers und Wolters auf meiner Seite). Kleine Anfrage über Senator Wolters²⁴⁰ von mir behandelt; mit kleinem Zusatz Vorschlag genehmigt. – Erst 2 1/2 Uhr Schluß der Sitzung.

Nachmittags Vortrag des in Minden abgesetzten Dr. Mueller²⁴¹ über „Entflechtung“ der Konzerne und Auflösung der Kartelle.

[...]

Mittwoch, 7. Mai 1947

Geburtstagsfrühstück [für Frau Spitta]. – Für mich stark belasteter Tag. Mr. Johnson lange bei mir; Frage des Oberlandesgerichts („nasty letter from OMGUS“);²⁴² Judenprozeß; Entlassung von 20 Gerichtsbeamten.

²³⁶ Auguste Schepp-Merkel, 1886–1967, Sozialpolitikerin. Nach dem Tod ihres Ehemannes, des Rechtsanwalts Hans Schepp, im Ersten Weltkrieg (1918) Mitbegründerin und zweite Vors. der Vereinigung der Kriegshinterbliebenen, Beisitzerin im Reichsversorgungsgericht; 1919 Eintritt in die DDP, 1930–1933 MdBü, Vors. des Verbandes Norddeutscher Frauenvereine, nach 1945 im Volksbund für Kriegsgräberfürsorge und in der Jugendarbeit tätig. Vgl. Wedemeier (Hrsg.), *Unser Wilhelm Kaisen*, S. 8.

²³⁷ Wilhelm Ahlhorn, 1873–1968. 1921 ORR, 1924–1933 Staatsrat in Oldenburg und erster stellvertretender Bevollmächtigter beim Reichsrat.

²³⁸ Kaisen nahm an der 20. Sitzung des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebiets teil.

²³⁹ Die Problematik der Kompensations- (Warentausch)geschäfte war am 2.5.1947 bei einer Tagung des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden eingehend und kontrovers diskutiert und am Ende mit sieben gegen eine Stimme beschlossen worden, den Tauschverkehr außer bei Lebensmitteln in eng begrenztem Rahmen zuzulassen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 388f.) Wolters schlug für Bremen eine Maximalquote von zehn Prozent vor, deren Einhaltung von den Betriebsräten kontrolliert werden sollte. Nolting-Hauff widersprach, weil damit das Geld nicht mehr als vollwertiges Zahlungsmittel anerkannt und die Steuerberechnung erschwert werde. Der Senat entschied sich für eine gesetzliche Regelung gemäß den Mindener Beschlüssen. (Senatsprotokoll 6.5.1947, StAB: 3/3). Nach Einsprüchen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden die Bestimmungen über die prozentuale Begrenzung gestrichen und Kompensationsgeschäfte mit Lebensmitteln ausdrücklich verboten. Die Kontrollbefugnis der Betriebsräte stieß bei der Handelskammer auf heftigen Widerstand, der aber ausgeräumt werden konnte. (Senatsprotokoll 27.5. und 17.6.1947, ebenda). Die allgemeine Problematik behandelt an einem überregional bedeutsamen Fall: Wolfgang Benz, *Zwangswirtschaft und Industrie*, in: VfZ 32 (1984), S. 422–440.

²⁴⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²⁴¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 104.

²⁴² OMGUS lehnte den Plan eines gemeinsamen OLG Hamburg-Bremen ab, vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

Nachmittags Fraktionssitzung; anschließend mit Apelt, Harmssen und Wenhold Sozialisierung.

[...]

Donnerstag, 8. Mai 1947

Amtlicher Hochbetrieb. Keine Zeit zu gründlicher Bearbeitung. Nachmittags Bürgerschaft. Aussprache über das Urteil im Judenprozeß. Ich muß durch eine Rede eingreifen und die Richter vor persönlichen Verunglimpfungen schützen.²⁴³ Anschließend Demonstration auf d[em] Domshofe gegen das Urteil.²⁴⁴ Besprechung mit Harmssen und Apelt über meine neuen Vorschläge zur Sozialisierung.²⁴⁵

[...]

Freitag, 9. Mai 1947

8¹/₄ Uhr übliche Konferenz mit Feine und Carstens bis 9¹/₄ Uhr. 10 Uhr bis 1³/₄ Uhr *Senat*. Während der Senatssitzung Prieß aus Hamburg sowie Lahusen, Feine, Carstens; nachher noch einmal mit ihnen [über das gemeinsame Oberlandesgericht].

Abends 8 bis 10¹/₂ Uhr Fraktion über Verfassung (Sozialisierung). Zahlreiche andere Besprechungen, meist telephonisch, den ganzen Tag. Dabei die sachlich und politisch wichtigsten Fragen zu entscheiden.

Im *Senat* Entnazifizierungsgesetz und Durchführungsverordnung, Haushalt 1946, Judenmörder-Prozeß, amerikan[isches] Strafverfahren gegen Senatssyndikus tom Moehlen wegen angeblicher Fragebogenfälschung (Beurlaubung).²⁴⁶ Kaisens Explosion gegen die Richter.²⁴⁷

Mit Prieß und den anderen Juristen Frage des gemeinsamen Hanseatischen Oberlandesgerichts; Prieß ist zu spät gekommen; vorläufig selbständiges „Hanseatisches O[ber][a]ndes][g]ericht in Bremen“;²⁴⁸ „contact“ mit Hamburg.

Presseberichtigung im Judenprozeß, durch Kaisens Einstellung unmöglich geworden.

²⁴³ Die Feststellung des KPD-Abgeordneten Schimmeck, daß der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen die Brüder Behring seit 1933 verschiedenen NS-Organisationen und seit 1937 der NSDAP angehört habe, versuchte Spitta durch den Hinweis zu relativieren, daß er von der US-Militärregierung zugelassen worden sei. Der Forderung der SPD und KPD nach Wiederherstellung von Schöffin- und Geschworenengerichten stimmte er zu, widersprach aber der Behauptung Stockhingers (SPD), daß die Berufsrichter reaktionär seien. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 201–202).

²⁴⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 234.

²⁴⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²⁴⁶ Vgl. Kap. 3, Anm. 339.

²⁴⁷ Kaisen forderte Maßnahmen gegen politisch belastete Richter. (Senatsprotokoll 9.5.1947, StAB: 3/3).

²⁴⁸ Vgl. Kap. 3, Anm. 441; Kap. 3, Anm. 163 und 168.

Abends in der Fraktion Bedenken gegen Versuch einer Verständigung über Sozialisierung, schließlich mein neuer Vorschlag gebilligt.²⁴⁹

[...]

Samstag, 10. Mai 1947

[...]

Feine und Carstens erboten sich, mir alle laufende Arbeit abzunehmen, damit ich für die wichtigen Ausarbeitungen und Verhandlungen frei würde. Appell an mich, mich zu schonen.

Verhandlung mit Mr. Fletcher über den Judenmörder-Prozeß. Aufklärung der falschen Übersetzung („First degree murder, second degree murder, manslaughter“). Besprechung mit Kaisen über seine Rundfunkrede (Judenprozeß) und meine neuen Sozialisierungsvorschläge.

[...]

Sonntag, 11. Mai 1947

Neue Sommerzeit, nunmehr zwei Stunden Abweichung!²⁵⁰ [...] Nachmittags und abends mit Paula im Blockland bei Sanders. Im Stadtwald erste Nachtigall. Wenig Wasservögel, keine Kiebitze.

Montag, 12. Mai 1947

Kaisen hat meine Sozialisierungsvorschläge *als seine* an SPD gegeben, um sie durchzudrücken.²⁵¹ In der Verfassungsdeputation zeigt sich, daß Kaisens alter Einfluß nicht mehr vorhanden; die SPD hält im wesentlichen an ihren eigenen Vorschlägen fest. Nach fruchtloser Aussprache von zweieinhalb Stunden kleiner Ausschuß aus je einem Vertreter der fünf Parteien und mir zur Verständigung und Klärung.

Eineinhalb Stunden mit Lahusen über Gerichtsfragen, auch Personelles des Oberlandesgerichts.²⁵² [...]

Dienstag, 13. Mai 1947

Zuerst fünfviertel Stunden mit Feine und Carstens. Dann Besprechung mit Kaisen über Sozialisierung und „Adjutant“. Kaisen sagt von seinen SPD-

²⁴⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²⁵⁰ 1945 bis 1949 galt in Deutschland, wenn auch nicht in allen Orten, die Sommerzeit, teilweise sogar die doppelte Sommerzeit mit zweistündiger Zeitverschiebung. Trotz eines Protestes der Bürgerschaft am 8.5.1947 hatte der Senat einen erneuten Vorstoß bei der Militärregierung zur Reduzierung der Zeitverschiebung abgelehnt. Vgl. Breitenfeldt, Sommerzeit, S. 406f.

²⁵¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²⁵² Nach der Entscheidung der US-Militärregierung bzgl. der Errichtung eines selbständigen OLG Bremen mußte über die Stellenbesetzung entschieden werden.

Leuten: „Die leben ja auf dem Mond.“ Im *Senat* Oberlandesgericht, Beschluß der Bürgerschaft über Judenurteil usw.²⁵³

In Kaisens Abwesenheit seinen 60. Geburtstag besprochen.

[...]

Nachm[ittags] Theo[dora] Dalchau;²⁵⁴ ihre Entlassung beim Special Branch. 6½ bis 9 Uhr mit Dr. Leist Dinner bei Miss Meads.

Mittwoch, 14. Mai 1947

Nachm[ittags] Sonderausschuß der Verfassungsdep[utation]; Versuch einer Verständigung über die Sozialisierung; nur teilweise geglückt.²⁵⁵

[...]

Abends kein Wasser. Solche Störungen sind jetzt seltener. Nur Gas gibt es nach der Brückenkatastrophe dieses Jahres²⁵⁶ am rechten Weserufer wenig. Eisenbahnbrücke und Notbrücke bei der Wachtstraße sind aber wiederhergestellt.

Donnerstag, 15. Mai 1947, Himmelfahrtstag

[...]

Freitag, 16. Mai 1947

Kaisen grippekrank. – Ich arbeitsüberlastet. Kurzer Senat. Mit Wolters über die Anschuldigungen gegen ihn.²⁵⁷

[...]

Samstag, 17. Mai 1947

Bunkersprengungen. Versuch, sie zu verhindern. Sprengung beim Joseph-Stift (Erdbunker). Kein Schaden der Kleingärten darüber. Alt von der „Neuen Zeitung“ über Zweite Kammer in Bremen.²⁵⁸

[...]

²⁵³ Spitta unterrichtete den Senat über die Anordnung der Militärregierungen in Hamburg und Bremen vom 5.5.1947, gemäß einer endgültigen Entscheidung aus Berlin die Trennung des OLG unverzüglich durchzuführen. – Der Forderung der Bürgerschaft nach Einsetzung von Laienrichtern wollte Spitta im Zusammenhang mit der Anpassung der Strafrechtspflegeordnung an die Regelungen in den süddeutschen Ländern schnell entsprechen (Senatsprotokoll 13.5.1947, StAB: 3/3).

²⁵⁴ Theodora Dalchau, geb. Kippenberg, Patentochter Spittas, in den USA aufgewachsen, seit Juli 1946 beim Special Branch (Entnazifizierungsabteilung) der Bremer Militärregierung angestellt, anschließend bis 1952 im Büro des Land Commissioners für Bremen.

²⁵⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²⁵⁶ Vgl. Eintragungen vom 18. und 19.3.1947; Kap. 4, Anm. 189.

²⁵⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

²⁵⁸ Helmut Alt, Journalist, arbeitete 1947–1951 in Bremen für Die Neue Zeitung. Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung. In ihr erschien am

Sonntag, 18. Mai 1947

[...]

Montag, 19. Mai 1947

[...]

Nachmittags] Verfassungsausschuß; Fortschritte in der Frage der Sozialisierung, da nur wenige anwesend, ich zunächst allein mit dem SPD-Vertreter Stockhinger.²⁵⁹

[...]

Dienstag, 20. Mai 1947

Eine Flut von Sachen, besonders aus Stuttgart [vom Länderrat], mit Feine und Carstens.

Kaisen wieder im *Senat*, aber [von seiner Grippeerkrankung] noch angegriffen.

Nachmittags Reden von Dunn und Kaisen im Rathause;²⁶⁰ offenbar hat Washington seine Governors angewiesen, die schlechte Stimmung, zum Teil auch Verzweiflung des deutschen Volkes, zu „besprechen“. Übrigens

19.5.1947 ein Artikel über das Zweikammer-System, das allein in der bayerischen Verfassung von 1946 vorgesehen war: Neben dem Landtag sollte ein 60köpfiger Senat aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, der Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen, der Wissenschaft und der Gemeinden gebildet werden, entgegen den ursprünglichen Plänen der CSU aber keine gesetzgeberische, sondern nur gutachterliche Funktion erhalten. Die bayerische Landesregierung legte im Mai 1947 den Entwurf eines Senatsgesetzes vor, wodurch die Diskussion neu belebt wurde. Spittas Stellungnahme wird in dem Artikel der Neuen Zeitung nicht erwähnt, sie war aber in bezug auf Bremen im Hinblick auf das bewährte Deputationssystem sicher negativ.

²⁵⁹ Carl Stockhinger, 1894–1951. Schriftsetzer, Md. des Bundesvorstands des Deutschen Buchdruckerverbandes, seit 1914 Md. der SPD, 1920–1922 USPD, dann wieder SPD, seit 1931 SAP-Vors. in Bremen, 1933–1945 wiederholt verhaftet, 1945 Md. der KGF und SPD, 1946–1951 MdBü, Fraktionsvors.

²⁶⁰ Der Direktor der Bremer Militärregierung, Thomas F. Dunn, sprach vor Vertretern des Senats, der Bürgerschaft und der Gewerkschaften über die Ernährungsprobleme, die noch einige Wochen bis zur Ankunft neuer Lieferungen aus den USA andauern würden. Er verwies auf die umfangreichen Lebensmittellieferungen der USA und Großbritanniens an Deutschland, anerkannte ausdrücklich die „ausgezeichnete Arbeit“ der Bremer Hafenarbeiter und Seeleute, die die Versorgung der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands und Österreichs sichergestellt hätten, und übte scharfe Kritik an den deutschen landwirtschaftlichen Erzeugern, die einen Teil ihrer Produkte für Schwarzmarktgeschäfte zurückhielten. (Weser-Kurier Nr. 40 v. 21.5.1947).

bei den Wahlen der französ[ischen] Zone keine Stärkung der Kommunisten; die CDU hat etwas verloren, die SPD etwas gewonnen.²⁶¹

[...]

Mittwoch, 21. Mai 1947

[...]

Besprechung bei Kaisen mit Dekan Ohrmann und Lübbers²⁶² über Schulfragen. Mühe und Schwierigkeiten in der Justiz; zwei Staatsanwälte als Fragebogenfälscher und Nazis enthüllt. Klage der Richter über Presseangriffe. Amtsmüdigkeit Lahusens.

[...]

Donnerstag, 22. Mai 1947

9¹/₂ Uhr Glückwunsch des Senats [zum 60. Geburtstag] bei Kaisen. Meine Rede und der ganze Hergang wurde vom Rundfunk aufgenommen; so gibt es nichts Privates mehr!²⁶³

Nachmittags Bürgerschaft. Besprechung mit Stockhinger (SPD) über Sozialisierung; weitere Annäherung.

[...]

Freitag, 23. Mai 1947

[...]

Besprechung mit Feine und Carstens. Anschließend Senat. Zimmerfrage; ich gegen Präsidium und Kanzlei der Bürgerschaft im Rathaus. Nachmittags Verfassungsausschuß; *Verständigung in der Sozialisierungsfrage* (Entgegenkommen der SPD).²⁶⁴

In der Wittheit Vortrag Rud[olf] Al[exander] Schröders über Schillers Gedichte. Anschließend Abendessen im Essighaus.

²⁶¹ Am 18.5.1947 hatten in den drei Ländern der Französischen Zone Landtagswahlen und Volksabstimmungen über die demokratischen Verfassungen stattgefunden. Bei den Wahlen gewannen die Parteien die folgenden Mandate/prozentualen Stimmenanteile:

	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
CDU	48/47,2%	34/55,9%	32/54,2%
SPD	34/34,3%	13/22,4%	12/20,8%
DVP/LDP	11/ 9,8%	9/14,3%	11/17,7%
KPD	8/ 8,7%	4/ 7,4%	5/ 7,3%

(Ritter/Niehuss, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 129).

²⁶² Heinrich Ohrmann, 1885–1966. 1913 Priesterweihe, 1947–1961 Dechant der Katholischen Kirche Bremens, Propst von St. Johann. – Wilhelm Lübbers, 1911–1986. 1936–1947 Vikar, 1947–1958 Pastor in Bremen, St. Elisabeth.

²⁶³ Bericht mit kurzer Inhaltsangabe der Rede Spittas im Weser-Kurier Nr. 41 v. 24.5.1947, S. 3.

²⁶⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

Samstag, 24. Mai 1947

Wichtige Besprechungen mit Aeversmann, später mit Lahusen über Entnazifizierung, Besetzung der Spruchkammern,²⁶⁵ Oberl[andes-]gericht.
[...]

Sonntag, 25. Mai 1947, Pfingsten

Für mich Arbeitstag, da ich den Vortrag über Verfassungsfragen in der Volkshochschule vorbereiten muß.²⁶⁶ Meine Absicht, im geschichtl[ichen] Gewande allgemeine Grundsätze, besonders auch über die Stellung der Richter, zu entwickeln.

Pfingstmontag, 26. Mai 1947

Arbeit für Vortrag. 12^{1/2} Uhr im Haus des Reichs mit Amerikanern (Watterman und Fletcher) Luncheon und Verfassungsfragen.
[...]

Dienstag, 27. Mai 1947

Mit Feine und Carstens. – Senat. – Vorschlag für d[as] Oberlandesgericht an Militär-Reg[ierung] (Johnson).²⁶⁷ – Merkwürdige Vorschläge der süd[deutschen] Länder für eine (provisorische) deutsche Staatengemeinschaft; Gesetzgebungsbefugnisse mit allmächtigem Volksrat (aus Vertretern der Landtage).²⁶⁸ – Karfreitagpredigt von Prof[essor] Thielicke in Stuttgart mit Anklagen gegen die Besatzungsmächte.²⁶⁹ [...]

²⁶⁵ Nach dem Inkrafttreten des „Befreiungsgesetzes“ in Bremen am 9.5.1947 (vgl. Kap. 3, Anm. 408) mußten die in ihm vorgesehenen Spruchkammern gebildet und besetzt werden.

²⁶⁶ Das Manuskript dieses am 28.5.1947 gehaltenen Vortrags ist im NL Spitta nicht vorhanden; der Weser-Kurier berichtete in Nr. 43 v. 31.5.1947, S. 3 darüber.

²⁶⁷ Vorschlag für die personelle Besetzung des selbständigen OLG Bremen.

²⁶⁸ In Vorbereitung der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6./7.6.1947 wurde im Büro für Friedensfragen (US-Zone) am 25.5.1947 ein Entwurf des hessischen Staatssekretärs Hermann L. Brill beraten, durch einen Vertrag der Länder der drei Westzonen und der West-Sektoren Berlins eine „Deutsche Staatengemeinschaft“ als Ersatz für einen deutschen Gesamtstaat zu bilden. Diese Staatengemeinschaft sollte auf den Gebieten der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und Ernährung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, der Finanzen und der Arbeit gemeinsame Regelungen treffen und die Einzelstaaten gegenüber den Besatzungsmächten vertreten. Als Organe waren ein Verwaltungsrat (Staatenrat) und ein Volksrat vorgesehen, der von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt und als oberstes Gremium der Staatengemeinschaft die gesetzgebende Gewalt ausüben sollte. Dem Staatenrat, bestehend aus Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten, waren die Aufgaben der Exekutive zugedacht. Der Plan, der u.a. von der SPD unter Führung Schumachers scharf abgelehnt wurde, stand bei der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz nicht zur Debatte. Er blieb in der Öffentlichkeit weithin unbekannt und ohne Wirkung. Spitta lernte ihn durch die Bremer Vertreter (Schütte und

Mittwoch, 28. Mai 1947

Abends Vortrag in der Volkshochschule (Kaminsaal) über Verfassungsfragen (England, Amerika, Stellung der Richter).

Donnerstag, 29. Mai 1947

[...]

Freitag, 30. Mai 1947

Kaisen reist für 1½ Wochen nach Stuttgart und München.²⁷⁰ Im Senat: Neuorganisation der amerik[anischen] und brit[ischen] Zone (Wirtschaftsrat);²⁷¹ Parlament und Staatenrat.²⁷²

Oberlandesgericht Bremen. – Nachm[ittags] Verfassungsdep[utation]: *Sozialisierungskompromiß genehmigt*. Kampf um die Wirtschaftskammer.²⁷³

Heinemann) kennen, die an der Beratung am 25.5.1947 teilnahmen. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 437–443).

²⁶⁹ Der Text und eine eingehende Analyse der Predigt findet sich bei: Andreas Richter-Böhne, Unbekannte Schuld. Politische Predigt unter alliierter Besatzung, Stuttgart 1989. Den Predigttext „Es muß ja Ärgernis kommen; doch wehe dem Menschen, durch welchen Ärgernis kommt!“ bezog Thielicke auf die Besatzungsmächte. Er warf ihnen vor, sie hätten von Menschenrechten, Demokratie und christlicher Gesittung gesprochen, aber Unrecht getan (S. V) durch ihre Behandlung der Internierten, Flüchtlinge und Kriegsgefangenen, durch die Vertreibung und die Entnazifizierung, die „Seelenmord“ und „Glaubensmord“ (S. VI) seien. Seine Erinnerung an die deutsche Schuld trat hinter diesen Anklagen zurück.

²⁷⁰ Kaisen nahm an der 21. Tagung des Länderrats am 2./3.6.1947 in Stuttgart, an den Vorbereitungen für die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6./7.6.1947 und dann an dieser Konferenz teil.

²⁷¹ Am 29.5.1947 unterzeichneten Clay und Robertson ein Abkommen über die Neuorganisation der bizonalen Verwaltung. In ihm war die Bildung eines Wirtschaftsrats vorgesehen, dessen 54 (später 52) Mitglieder nach der Bevölkerungszahl der Länder von den Länderparlamenten gewählt werden sollten, und zwar entsprechend der Stärke der Parteien bei den letzten Landtagswahlen. In seine Kompetenz fielen alle wirtschaftlichen Fragen im weiten Sinne, im wesentlichen die Aufgaben der bereits bestehenden fünf bizonalen Verwaltungsämter. Er konnte mit einfacher Mehrheit entscheiden; von ihm beschlossene Gesetze und Verordnungen mußten aber von „Bipartite Board“ der britisch-amerikanischen Militärregierung genehmigt werden, bevor sie von den Ländern in Kraft gesetzt wurden. Ein Exekutivausschuß aus je einem Vertreter eines Landes sollte Gesetze vorschlagen, Ausführungsbestimmungen erlassen und die Durchführung überwachen, also in dem begrenzten Zuständigkeitsbereich die Funktionen einer Regierung wahrnehmen. Obwohl die amerikanische und die britische Militärregierung darauf bestanden, daß der Wirtschaftsrat kein politisches Gremium darstelle, hatten nun die Parteien die Chance, auf überzionaler Ebene Einfluß auszuüben (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 35f.).

²⁷² Vgl. Kap. 4, Anm. 268.

²⁷³ Vgl. Kap. 4, Anm. 229. Der Artikel 46 der bremischen Verfassung über die Wirtschaftskammer erhielt schließlich folgende Fassung: „Zur Förderung der Wirt-

Abends in der Wittheit Vortrag Prof[essor] Kuskes (Köln)²⁷⁴ über „Entwicklung der Weltwirtschaft Deutschlands“. Nachher im Gästehause, bis gegen 11 Uhr im Freien auf der Veranda.

Samstag, 31. Mai 1947

[...]

Besprechung mit Harmssen und Wenhold; bremische Vertreter im neuen bizonalen Wirtschaftsrat?²⁷⁵ Gestaltung der bremischen Wirtschaftskammer?

Nachmittags Wilh[elm] Röpke: „Die deutsche Frage“ [gelesen].²⁷⁶ Nach dem Abendessen in Rickmers Park; Rhododendron-Blüte. Kaum jemals ist die Natur im Mai so sommerlich gewesen: Akazien und Rosen blühen; in den Vorgärten duftet der Jasmin. Um 11 Uhr abends noch 22 Grad.

Bei dem Wasserbedürfnis die Einschränkungen und Absperrungen doppelt empfindlich. Ich entbehre auch sehr eine Badestube, zumal die öffentliche Badeanstalt seit Herbst aus Kohlenmangel geschlossen ist.

Sonntag, 1. Juni 1947

[...]

Montag, 2. Juni 1947

Besprechung mit Vizepräsident Koch²⁷⁷ vom Zentraljustizamt über Carstens (Oldenburg), Oberlandesgericht der Hansestädte, Zentraljustizamt für beide Zonen.²⁷⁸

[...]

schaft und der Sozialpolitik wird eine Wirtschaftskammer errichtet. Sie ist paritätisch durch Vertreter der Unternehmer und Arbeitnehmer zu bilden und zu verwalten. Das Nähere regelt das Gesetz.“ Die in der Verfassung von 1920 vorgesehenen Kammern (Handels-, Gewerbe-, Landwirtschafts-, Kleinhandels-, Angestellten- und Arbeiterkammer) bestanden aufgrund von Sondergesetzen fort. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 105f.).

²⁷⁴ Dr. phil., Dr. jur. h.c. Bruno Kuske, 1876–1964, seit 1917 ordentl. Professor für Nationalökonomie (Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsraumlehre) in Köln.

²⁷⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 271.

²⁷⁶ Dr. Wilhelm Röpke, 1899–1966, Nationalökonom, führender Vertreter des Neoliberalismus, seit 1924 Professor in Jena, Graz, Marburg, seit 1933 in Istanbul, 1937–1966 in Genf. – W.R., Die deutsche Frage, Erlenbach – Zürich 1945 (252 S.), 2. Aufl. 1946, 3. Aufl. 1948 (amerikanische Ausgabe 1944).

²⁷⁷ Dr. jur. Ekhard Koch, geb. 1902. Neffe des früheren Reichsministers Erich Koch-Weser, seit 1929 Rechtsanwalt, 1945/46 OLG-Präs. in Oldenburg, 1.10.1946–31.3.1950 Vizepräs. des Zentral-Justizamts der Britischen Zone, 1950–1953 wieder Präs. des OLG Oldenburg, 1955–1959 Staatssekretär und Bevollmächtigter Niedersachsens beim Bund, 1960–1965 Präs. des OLG Celle. Zu Carstens vgl. Eintragung vom 4.6.1945, biographische Anmerkungen über ihn ließen sich nicht ermitteln.

²⁷⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 142.

Dienstag, 3. Juni 1947

[...]

Senat. – Mit Paulmann Personenfrage des OLG. Paulmann erschöpft, überarbeitet, nervös, weil für keine gründliche Arbeit Zeit. Unser aller Los.

[...]

Mittwoch, 4. Juni 1947

Kaisen-Vertretung bringt oft wunderliche Sachen; die wunderlichsten Wünsche kommen an ihn; so soll er Frau Ludendorff²⁷⁹ helfen! Nachm[it-tags] Verfassungsdep[utation]; SPD widerruft ihre Zustimmung zum Sozialisierungsgesetz²⁸⁰ (Einfluß Oskar Schulzes). Gegensätze in der Wirtschaftskammerfrage. Ablehnung der Wünsche Fletchers auf Berichterstattung (dagegen Rundfunk und offizielle Mitteilung durch Feine).

[...]

Donnerstag, 5. Juni 1947

[...]

Meine Vertretung Kaisens macht mir noch klar[er], wie schlecht Mester das Ernährungsressort verwaltet und wie groß die Spannung mit der Kreisbauernschaft (Bölken) und dem Holzhandel (Hillmann) ist. Mesters Abhängigkeit von Wellenbrink.²⁸¹

Mit Lahusen viel Justizverwaltung; Vertrauensverhältnis und große Hilfe durch ihn. Bedrohung der Justiz durch Entnazifizierung bei den Kanzleibeamten.

Freitag, 6. Juni 1947

Kaisens Vertretung macht viel Unruhe und Sorge. Dazu Entnazifizierung beim Gericht; Gefahr, Gerichtsabteilungen schließen zu müssen. Unterredung mit Aevermann. Im Senat Problem der Nordd[utschen] Hütte. (Zement- und Gas-Werk).²⁸²

²⁷⁹ Dr. med. Mathilde Ludendorff, geb. v. Kemnitz, 1877–1966. Heiratete 1926 den ehemaligen Ersten Generalquartiermeister Erich L., der 1916–1918 über die 2. Oberste Heeresleitung großen politischen Einfluß ausübte, in der völkischen Bewegung der Weimarer Republik aber nur noch eine zweitrangige Rolle gespielt hatte. Das Ehepaar Ludendorff kämpfte mit seinem 1925 gegründeten Tannenbergbund gegen Freimaurer, Juden, Jesuiten und Marxisten, für eine rassistisch definierte „Deutsche Gotterkenntnis“, wobei es selbst fast kultische Verehrung beanspruchte.

²⁸⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

²⁸¹ Heinrich Wellenbrink, geb. 1896. Landrat a.D., Kaufmann in Bremen, Vertreter des Landes Bremen im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart.

²⁸² Die Norddeutsche Hütte stand auf der Demontageliste. Die Bremer Militärregierung hatte aber zugesagt, sich im Interesse des Wohnungsbaus für den Erhalt des

Abreise der ostdeutschen Ministerpräsidenten von München vor Beginn der Verhandlungen.²⁸³ Interview darüber – dürftig, da ich noch nichts Näheres weiß; nur Bedauern. Die eigentliche Sorge und Trauer konnte ich nicht aussprechen – die Sorge, daß sich die Kluft nach der russischen Zone vertieft, und die Trauer, daß diese Zerreißung Deutschlands durch die Deutschen selbst herbeigeführt wird.

[...]

Samstag/Sonntag, 7./8. Juni 1947

[...]

Montag, 9. Juni 1947

[...]

Längere Besprechung mit Kaisen; er erzählt von der Minister[präsidenten]konferenz in München. „Wenn unsere Enkel die Protokolle lesen, werden sie sagen: Was müssen das für Tölpel gewesen sein, daß sie sich nicht einigen konnten!“²⁸⁴

Zementwerks einsetzen zu wollen. Auch das Gaswerk wurde im Dez. 1947 für die Versorgung der Bevölkerung in Bremen, Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven herangezogen. Vgl. Kap. 4, Anm. 315.

²⁸³ Nach vorbereitenden Gesprächen mit Repräsentanten aller vier Zonen hatte der bayerische Ministerpräs., Hans Ehard, seine Kollegen für den 6./7.6.1947 zu einer Konferenz nach München eingeladen, um trotz des Scheiterns der Moskauer Außenministerkonferenz Möglichkeiten zu innerdeutscher Zusammenarbeit zu schaffen. Die Ministerpräs. der SBZ hatten eine Teilnahme zunächst abgelehnt, waren dann aber überraschend erschienen und nach den vorbereitenden Besprechungen am Vorabend der Konferenz wieder abgereist, weil sie sich mit ihrem Vorschlag für die Tagesordnung nicht durchsetzen konnten. Ihre Forderung, an erster Stelle über „die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“ zu verhandeln, wirkte wie ein Sprengsatz, da die SPD die ihr angehörigen Ministerpräs. verpflichtet hatte, mit SED-Vertretern nur über die aktuellen Alltagsprobleme, nicht aber über weiterreichende Fragen der Verfassungspolitik zu sprechen, und da die französische Militärregierung ihren Ministerpräs. die Auflage gemacht hatte, primär über gemeinsame Wirtschaftsaufgaben zu beraten und bei politischen Diskussionen eine streng föderalistische Position zu vertreten. Über das Scheitern dieser letzten Vierzonenkonferenz gibt es eine umfangreiche Literatur, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 37–44 mit den weiterführenden Literaturangaben; Overesch, Deutschland 1945–1949, S. 122–126.

²⁸⁴ Das Protokoll der Vorbesprechung mit den Ministerpräs. der SBZ ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 485–510. Den Vorschlag der Ministerpräs. der „Ostzone“ für die Tagesordnung lehnte als erster Kaisen ab, da die Pläne zur Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung mit einer politischen Spitze sowohl von den westlichen Besatzungsmächten als auch von den Parteien der „Westzone“ (!) abgelehnt wurden (S. 490).

Besprechung über Wirtschaftsrat; der junge Roßmann²⁸⁵ für den Exekutiv-Ausschuß?²⁸⁶ Ich bringe die Schwierigkeiten mit Mester zur Sprache.²⁸⁷ – Ehlers an Tb erkrankt; ein großer Verlust amtlich und menschlich. – Mit Lahusen über die kritische Lage des Gerichts (Entnazifizierung).
[...]

Dienstag, 10. Juni 1947

Bei den Amerikanern (General²⁸⁸ Parkman) Verfassungsfragen. Angenehme Verhandlung. – Nachher Senat.
[...]

Mittwoch, 11. Juni 1947

Vorm[ittags] amtlicher Hochbetrieb.

Nachm[ittags] dreistündige Verfassungsberatung; wesentliche Fortschritte in den Wirtschaftsfragen.

Abends Röpke „Die deutsche Frage“ beendet; offenbar beeinflusst Röpkes Rat und Ansehen die Besatzungsmächte bei ihrer Politik, die Länder möglichst autonom zu gestalten. Wirtschaft und Finanzen erfordern aber ein einheitliches Deutschland.

Donnerstag, 12. Juni 1947

Bei Militär-Reg[ierung] Verfassungsfragen; Termin für Wahl und Volksentscheid 12. Oktober [1947]. Das bedeutet Fertigstellung der Verfassung bis Anfang August.

²⁸⁵ Lothar Roßmann, Sohn des Generalsekretärs des Länderrats der US-Zone, Erich Roßmann. Der Bremer Senat hatte ursprünglich den Leiter des Wirtschaftsamts, Mittendorff, als Vertreter Bremens im Exekutivrat vorgesehen, die Entscheidung aufgrund eines Anrufs Kaisers aus Stuttgart am 3.6.1947 aber zurückgestellt. Bei einer Tagung des SPD-Parteivorstands mit den SPD-Ministerpräsidien in Frankfurt am 30.5./1.6.1947 war an Stelle Mittendorffs Lothar Roßmann ins Gespräch gebracht worden, den der Senat am 17.6.1947 auch nominierte. Wegen einer OMGUS-Direktive vom 19.6.1947, daß die Vertreter im Exekutivrat Einwohner des entsendenden Landes sein mußten, konnte der Beschluß jedoch nicht realisiert werden, und so wurde am 24.6.1947 Mittendorff mit dem Amt betraut (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 182f.).

²⁸⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 271 und 298.

²⁸⁷ Differenzen zwischen dem für Ernährung und Landwirtschaft zuständigen Senator, Mester, und Bölken, der als Vors. der Kreisbauernschaft immer noch öffentliche Aufgaben im Bereich der Lebensmittelversorgung wahrnahm. Mester warf der Kreisbauernschaft vor, mit fingierten Ablieferungszahlen zu operieren. Diese opponierte gegen eine Anfang Juni durchgeführte Neuorganisation der Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung, durch die die Ablieferung von Nahrungsmitteln nicht verbessert werden könne. (Senatsprotokoll 3.6.1947, StAB: 3/3).

²⁸⁸ Der Leiter der Civil Administration Division von OMGUS, Henry Parkman, war nach Ausweis seiner Unterschrift auf einem Dokument Zivilist; 1946 führte er allerdings noch den Titel „General“.

Nachmittags Bürgerschaft. Ausgezeichnete Rede Kaisens über Wirtschaftsrat und Wirtschaft.²⁸⁹ Wahl Oskar Schulzes in den Wirtschaftsrat mit 52 Stimmen der Sozialisten gegen 27 nichtsozialistische Stimmen (für Martin Wilkens). – Unangenehmer Dringlichkeitsantrag der SPD wegen Personalien in den Strafanstalten.²⁹⁰

Sperren in Gas, Wasser und elektr[ischem] Strom sehr unangenehm.

[...]

Freitag, 13. Juni 1947

8 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{3}{4}$ Uhr mit Feine und Carstens. 10 bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Senat. Verfassungsfragen usw. Neue Beamtenentlassungen. Kurz vor Beginn des Spruchkammerverfahrens!²⁹¹ Einige Verwaltungen, auch Abteilungen der Gerichte, vor dem Erliegen. – Nachm[ittags] mit Bollinger Verhältnisse der Staatsanwaltschaft und des Strafvollzuges.

[...]

Samstag, 14. Juni 1947

Viel[e] Personalangelegenheiten. Wenig Ruhe zur Durcharbeit der Verfassung.

[...]

Sonntag/Montag, 15./16. Juni 1947

[...]

Dienstag, 17. Juni 1947

Im Senat Fragen des neuen Wirtschaftsrates und des Exekutivausschusses.²⁹² Roßmann Vertreter Bremens, Harmssen Vertreter des Senatspräsi-

²⁸⁹ Auf Drängen der Militärregierung mußte der Bremer Vertreter im Wirtschaftsrat überraschend schon in dieser Sitzung gewählt werden. Kaisen übte in seiner Rede scharfe Kritik an dem am 26.3.1946 von den Alliierten verkündeten Industrieplan, der „nicht das Papier wert (sei), auf das er geschrieben ist“, und vom Wirtschaftsrat dringend revidiert werden müsse. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 213–217).

²⁹⁰ Nach dem Dringlichkeitsantrag sollten die Personalangelegenheiten der ehemaligen Reichsbehörden, darunter der Justiz- und Gefängnisverwaltung, wie bei den übrigen Bremer Behörden zentral von der Regierungskanzlei erledigt werden. Der Antrag wurde angenommen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 213, 219–220).

²⁹¹ Das in der US-Zone geltende „Gesetz über Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ war in Bremen erst zum 9.5.1947 in Kraft getreten und danach mit der schwierigen Bildung der Spruchkammern begonnen worden. Bis zum 12.7.1947 mußten die Fragebögen für die Spruchkammerverfahren eingereicht werden, die Ende Juli begannen. Im Land Bremen gingen 344000 Fragebögen ein, darunter 58000 aus Bremerhaven.

²⁹² Vgl. Kap. 4, Anm. 271, 285, 298.

dentem. Kaisen will Mitwirken der Kaufmannschaft, muß aber dem Druck nachgeben, ein SPD-Mitglied in den Exekutivausschuß zu schicken.

Nachmittags versucht Kaisen, in Besprechung mit Ehlers, Paulmann, Aevertmann und mir eine Verständigung für die Schulfragen in der Verfassung zu erreichen; es belaste sein Gewissen, das, was die Nazis den Katholiken abgezwungen, nicht wieder herzustellen;²⁹³ man müsse die religiösen Gefühle achten, auch wenn man sie nicht teile oder verstehe. Paulmanns Kompromißvorschlag ging dahin, in den Gemeinschaftsschulen auch konfess[ionellen] Religionsunterricht zuzulassen. Ich bin für Gemeinschaftsschule, sträube mich aber dagegen, daß eine gegenwärtige Mehrheit auf diesem empfindlichen Gebiete die Minderheit durch die Verfassung ver Gewaltigt. Übergangsbestimmung? Zustand bis 1950 unverändert? Ich habe nach dieser Aussprache wenig Hoffnung, daß eine Verständigung erreicht werden kann. Dann ist eine Annahme der Verfassung nur mit geringer Mehrheit möglich.

[...]

Mittwoch, 18. Juni 1947

Mit Kaisen Ordnung des morgigen Festes; die alte Rathaushalle wiederhergestellt.

Nachmittags] mehrstündige Beratung der Verf[assungs]deputation über Erziehung und Unterricht. Noch keine Aussicht auf Verständigung.²⁹⁴

[...]

Donnerstag, 19. Juni 1947

Hundertjahrfeier der Ankunft der „Washington“ in Bremerhaven. 7.55 Uhr mit Extrazug nach Bremerhaven. Feier am Gedenkstein (Kubica). Reden Apelts, Heukelums und Dunns.²⁹⁵ Auf der Rückfahrt mit Schiller (mein Gutachten über Trümmerbeseitigung auf Verkehrswegen usw.). Feier in der alten Rathaushalle mit Clay (kluges Auge und feiner Kopf).

²⁹³ Vgl. Kap. 4, Anm. 217. Da die SPD-Abgeordneten sich schließlich bei der Frage der Privatschulen und die bürgerlichen Parteien bei Artikel 47 zu einem Kompromiß bereitfanden, wurde die Verfassung mit großer Mehrheit nur gegen die Stimmen der KPD verabschiedet.

²⁹⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

²⁹⁵ Mit der Ankunft der „Washington“ in Bremerhaven war am 19.6.1847 die erste Postdampferverbindung zwischen Amerika und dem europäischen Kontinent eröffnet worden. Zur Erinnerung daran wurde an der Alten Schleuse in Bremerhaven ein Gedenkstein des Bildhauers Herbert Kubica (1906–1972) enthüllt.

Reden Kaisens, Dunns und Clays.²⁹⁶ Essen im Festsaal. M. Wilkens und Kubica.

[...]

Freitag, 20. Juni 1947

Im Senat Verfassung des künftigen „Bundes“ (Steuerfragen; nur Bremen und Süd-Württemberg für Stärkung des Reichs).²⁹⁷ Vertreter Bremens im Exekutivausschuß; statt Roßmann Mittendorff.²⁹⁸

Nachmittags] zweieinhalb Stunden Verständigungsausschuß der Verfassungsdeputation. Ein Punkt der Mitbestimmung der Betriebsräte blieb streitig.²⁹⁹ – Nachher Degener von der CDU; Parteausschuß stimmte dem Kompromiß in der Sozialisierung nicht zu. Mein Entwurf in der Schulfrage das Äußerste für CDU. Gestern mit Stockhinger Schulfrage. Er erzählt von s[einer] religiösen Wandlung im Ersten Weltkrieg; Austritt aus der Kirche.

[...]

²⁹⁶ Bei der Feier zur Erinnerung an die „Washington“-Ankunft wurde zum ersten Mal seit Kriegsende wieder die obere Halle des Alten Rathauses für einen solchen Zweck genutzt. Clay betonte in seiner Rede die Bedeutung eines freien Verkehrs für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern. Kaisen hob das Bremer Engagement für die Dampferlinie und den Gewinn hervor, den die Stadt langfristig aus der Verbindung mit den USA gezogen hatte. Dunn beschäftigte sich mit der Rolle des Außenhandels für einen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und der Bedeutung Bremens und Bremerhavens als Handelshäfen. (Bericht über die Feier und die Reden im Weser-Kurier Nr. 49 v. 21.6.1947).

²⁹⁷ Der Bremer Vertreter, Dr. Schütte, hatte am 20.5.1947 bei der Beratung über die Bildung eines „Verbandes deutscher Länder“ (vgl. Kap. 4, Anm. 268) im Deutschen Büro für Friedensfragen einen Vorschlag über die Verteilung der Steuerhoheit zwischen dem „Reich“ und den Ländern unterbreitet. Während Bremen und Süd-württemberg dem „Reich“ die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts überlassen wollten und Hessen ein eigenes Konzept vorlegte, plädierte Bayern dafür, dem „Reich“ wie im Kaiserreich nur die Verbrauchssteuern und Zölle zuzubilligen und es im übrigen auf Matrikularbeiträge zu verweisen. (Akten Vorgesichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 439).

²⁹⁸ Oswald Mittendorff, 1899–1987. Steuerbeamter, Kaufmann, Wirtschaftsprüfer, am 11.2.1947 zum Leiter des Wirtschaftsamts ernannt, seit 20.6.1947 ständiger Vertreter Bremens im Wirtschaftsverwaltungsrat und im Exekutivausschuß des Zweizonenwirtschaftsrats, seit 13.2.1948 Vertreter von Kaisen und Harmssen im Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1950–1964 Präs. des Rechnungshofes der FH Bremen. – Vgl. Kap. 4, Anm. 285.

²⁹⁹ Die bürgerlichen Parteien wollten die Mitbestimmung auf „soziale“ Fragen beschränken, während SPD und KPD sie auch für die wirtschaftlichen und personellen Entscheidungen der Betriebsleitung wünschten; vgl. Kap. 4, Anm. 229.

Samstag, 21. Juni 1947

Früh mit Feine und Carstens; keiner von uns kommt durch die Arbeitsfülle hindurch, und tüchtige Hilfskräfte sind nicht zu haben. 10 bis 11¹/₄ Uhr Ausschuß der Verfassungsdeputation. Staatsaufbau (Bürgerschaft).

[...]

Sonntag, 22. Juni 1947

Bei und nach dem Frühstück ernste außenpolitische Lage (Angelsachsen-Rußland) mit Onkel Walter besprochen. Wirtschaftl[iche] Einigung Europas (Marshall).³⁰⁰ Ich glaube nicht an einen nahe bevorstehenden Krieg.

[...]

Montag, 23. Juni 1947

[...]

Dienstag, 24. Juni 1947

8¹/₄ Uhr Feine und Carstens zum Vortrag.

Im Senat Ernährungsfrage; Kaisens Kritik an Mester.³⁰¹ Währungsre-

³⁰⁰ Bei einer programmatischen Rede vor der Harvard-Universität am 5.6.1947 hatte der amerikanische Außenminister George C. Marshall die Entwicklung eines Plans zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und die tatkräftige Unterstützung der USA bei dessen Verwirklichung angekündigt. Die vom Krieg zerrütteten europäischen Staaten seien in den nächsten Jahren nicht in der Lage, ihre notwendigen Importe aus den Exporterlösen zu bezahlen, weshalb sie großzügige und gezielte Hilfe erhalten müßten. Die Schaffung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in den betroffenen Ländern und die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Weltwirtschaft seien die Voraussetzung für politische Stabilität und dauerhaften Frieden. Der Gegensatz zur UdSSR wurde in der Warnung deutlich, alle zu positiver Mitarbeit bereiten Staaten können auf die USA rechnen; eine Regierung aber, die „den Wiederaufbau anderer Länder zu verhindern sucht“, „Parteien oder Gruppen, die das menschliche Elend verewigen wollten, um daraus politisch oder in anderer Weise Kapital zu schlagen“, würden auf den entschiedenen Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen. Diese Rede markierte die Wendung der USA zum gezielten Wiederaufbau der westlichen Besatzungszonen Deutschlands im europäischen Kontext. Die ersten Gesetze im Rahmen des European Recovery Programs erließ der Kongreß im Frühjahr 1948. Bis 1952 brachten die USA dafür 13,9 Mrd. Dollar auf, an denen Deutschland mit 1,4 Mrd. Dollar beteiligt war. Keesing's Archiv 1946/47, S. 1106K; Knapp, Deutschland und der Marshallplan, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung, S. 19–43; Charles P. Kindleberger, Marshall Plan Days, Boston 1987, S. 1–24; Werner Abelshauser, Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113.

³⁰¹ Aufgrund eines Beschwerdebriefs des Präs. der Landesbauernschaft und nach einer Besprechung zwischen Vertretern der niedersächsischen und der bremischen Landwirtschaftsverwaltung kam Kaisen zu dem Ergebnis, daß infolge schlechter Zusammenarbeit mit Niedersachsen und ungenügender Kontrolle in Bremen erhebli-

form.³⁰² Besuch von Mr. Weigert³⁰³ vom OMGUS; Justizsachen besprochen. Nachher Luncheon mit Weigert, Johnson, Lahusen, Kestner [?].³⁰⁴ Besprechung mit Nolting-Hauff (Bremerhaven, Lisco, Gesetz über die Genehmigungen gewerblicher Betriebe usw.).

[...]

Mittwoch 25. Juni 1947

[...]

Donnerstag, 26. Juni 1947

Carstens und Feine. – Mit Ulrich [Handels-] Kammerfragen.³⁰⁵ Nachm[itags] Verfassungsausschuß über Staatsaufbau.

Abends Frank Thieß „Dämonen“.³⁰⁶ – Schlechte Nacht; Verfassungsfabrik lief weiter.

Freitag, 27. Juni 1947

[...]

Kaisen abwesend.³⁰⁷ Präsidialgeschäfte. Im Senat Wirtschaftsrat.³⁰⁸ W. Lisco zum O[ber]l[andes]g[erichts]rat ernannt.³⁰⁹

che Defizite bei der Fleischversorgung entstanden waren. Er faßte seinen Eindruck über die unzulängliche Leitung der Bremer Behörde zusammen: „Auf Grund des Gesamt-Vorganges müsse erwogen werden, ob es nicht geboten sei, für das Gebiet der Ernährungswirtschaft einen anderen Senator einzusetzen.“ (Senatsprotokoll 24.6.1947, StAB: 3/3).

³⁰² Nachdem der Verwaltungsrat für Wirtschaft bei seiner Sitzung am 12./13.6.1947 eine sofortige Währungsreform für unbedingt erforderlich erklärt hatte, entwickelten die Finanzreferenten der Länder bei einer Tagung in Bremen am 16./17.6.1947 konkrete Vorschläge: Streichung der Geldwerte auf 10%, Belastung der Sachwerte mit einer Abgabe in Höhe von 90% (abzulösen durch 1% Tilgung bei 3% Verzinsung pro Jahr) und Herabsetzung der Reichsanleihen auf 10% ihres Nennwerts. (Bericht Nolting-Hauffs, Senatsprotokoll 24.6.1947, StAB: 3/3).

³⁰³ Dr. Weigert, Leiter der Abtlg. Gerichte beim OMGUS.

³⁰⁴ Name schwer lesbar.

³⁰⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 120.

³⁰⁶ Frank Thieß, *Das Reich der Dämonen. Der Roman eines Jahrtausends*. Hamburg 1946.

³⁰⁷ Kaisen nahm als Vorstandsmitglied am SPD-Parteitag in Nürnberg vom 29.6. bis 2.7.1947 und an der Sitzung des Stuttgarter Länderrats am 30.6. und 1.7.1947 teil.

³⁰⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 271. Harmssen berichtete über die Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrats in Frankfurt/M. am 25.6.1947, die „ausgesprochen parlamentarischen Charakter“ hatte. (Senatsprotokoll 27.6.1947, StAB: 3/3).

³⁰⁹ Spitta verließ wegen seiner Verwandtschaft mit Lisco vor der Beratung über seine Ernennung die Sitzung und überließ Nolting-Hauff die Vertretung des Antrags (ebenda).

Verfassungsausschuß; verhältnismäßig guter Fortschritt, mit Auslassungen, bis zum Ende. Mein Zusammenstoß mit Dr. Lueken.³¹⁰

[...]

Samstag, 28. Juni 1947

Carstens und Feine. – Mit Lahusen Gerichtliches besprochen. – Verhandlungen mit dem Richterkollegium über die Übernahme des Vorsitzes in den Spruchkammern. Starke Bedenken (nulla poena sine lege).³¹¹ Schließlich Bereitwilligkeit unter Bedingungen (Schutz vor Angriffen in der Presse, Lebensmittelzulagen usw.).

[...]

Wasserknappheit und Wassersperre bei der Wärme besonders unangenehm.

Sonntag, 29. Juni 1947

*Zeitumstellung um eine Stunde: „einfache Sommerzeit“.*³¹² [...]

Gegen Abend auf d[em] Grundstück Kirchbachstraße 107,³¹³ Arnold zäunt mit Hilfe von W[alter] L[isco] und E. das Grundstück mit Stacheldraht ein, ein erster Schritt zum Schutz des als „herrenlos“ behandelten Besitzes.

[...]

Montag, 30. Juni 1947

In Kaisens Abwesenheit Präsidialgeschäfte.³¹⁴ Presseinterviews durchs Telefon über Verfassung.

Mit Nolting-Hauff Betriebsräte-Frage.

[...]

³¹⁰ Dr. Lueken setzte sich im Unterausschuß „Aufbau des Staates“ der Verfassungsdeputation für eine Änderung des in erster Lesung bereits beschlossenen Artikels 108 der Verfassung ein, was Spitta ablehnte. Er kündigte daraufhin an, auf diese und ähnliche Fragen bei der zweiten Lesung noch einmal zurückkommen zu wollen. (Protokoll der Sitzung am 27.6.1947, S. 1., im StAB, Lesesaal). Zum Antrag Lueken vgl. Glaue, Reform des öffentlichen Dienstes, S. 209f.

³¹¹ Das „Befreiungsgesetz“ (vgl. Kap. 3, Anm. 408) wurde von den meisten Juristen als Strafgesetz verstanden und deshalb wegen des Verstoßes gegen den Rechtsgrundsatz, daß Strafandrohungen zur Zeit der Straftat gesetzlich fixiert sein müssen, kritisiert. Amerikanische Juristen sahen darin dagegen kein Rechtsproblem, weil es sich bei den strafrechtlich gefaßten Tatbeständen um Verstöße gegen allgemeine Grundsätze des Völkerrechts, der Menschlichkeit und der Moral handelte. (Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 328–332).

³¹² Vgl. Kap. 4, Anm. 250.

³¹³ Dort befand sich das 1942 bei einem Bombenangriff völlig zerstörte Haus der Familie Spitta.

³¹⁴ Kaisen nahm an der 22. Tagung des Länderrats am 30.6./1.7.1947 in Stuttgart teil.

Dienstag, 1. Juli 1947

Im Senat Not der Stromversorgung Bremens. Nordd[utsche] Hütte auf Reparationskonto.³¹⁵ – Mit Paulmann Kompromiß in Schulfrage der Verfassung besprochen.³¹⁶

Nachmittags mit Aeevermann Personen der Spruchkammern und Ankläger. Tom Moehlens Verfahren vom amerikan[ischen] Gericht eingestellt.³¹⁷

[...]

Mittwoch, 2. Juli 1947

Karl Carstens geht auf Urlaub. – Verfassungsfragen. Paulmanns Versuch, seine Parteigenossen in der SPD für einen Schulkompromiß zu gewinnen, gescheitert. Vielleicht wirkte das Gerücht mit, daß die amerik[anische] Militär-Reg[ierung] die Sozialisierung der hessischen Verfassung fünf Jahre aussetzen wolle.³¹⁸

[...]

Donnerstag, 3. Juli 1947

[...]

Senat; unangenehme Verhältnisse bei der Polizei; Dr. Jordans Vorstoß bei der Mil[itär]-Regierung.³¹⁹

Nachmittags Redaktionsausschuß für die Verfassung; Menschenrechte erledigt.

³¹⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 282. Am 15.6.1947 begann die Demontage der Norddeutschen Hütte. Ein Teil ihrer Produktionsanlagen waren Frankreich und Indien als Reparationen zugesprochen worden. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 87; vgl. den Überblick über die Demontage Bremer Betriebe bei Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 106–117).

³¹⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

³¹⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 339.

³¹⁸ Artikel 41 der hessischen Landesverfassung sah die Sozialisierung des Bergbaus, der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, der Energiewirtschaft, des Bahnverkehrs, der Großbanken und Versicherungen vor. Bei der Entscheidung über die Verfassung am 1.12.1946 war über diesen Artikel auf Verlangen Clays gesondert abgestimmt worden. Obwohl 72% der Wähler für ihn votierten, setzte die Militärregierung ihn außer Kraft und verhinderte in der Folgezeit alle Versuche, ihn zu realisieren. Im Okt. 1950 kam der Artikel dadurch endgültig zu Fall, daß das notwendige Ausführungsgesetz im Landtag scheiterte. (Vgl. Gimbel, American Occupation, S. 117; Erwin Stein (Hrsg.), 30 Jahre hessische Verfassung 1946–1976, Wiesbaden 1976, S. 40f.).

³¹⁹ Der Justitiar der Polizeibehörde, ORR Dr. Jordan, hatte sich wegen der eingeleiteten Neuorganisation der Polizei mit einem Schreiben unter Umgehung des Senats direkt an die Militärregierung gewandt. Kaisen sah darin einen ausreichenden Grund für die sofortige Beurlaubung Jordans und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn. (Senatsprotokoll 3.7.1947, StAB: 3/3).

Stockhinger über Parteitag;³²⁰ alle Nationen vertreten; gerettete Fahnen! Mit Degener und Stockhinger über Pflicht aller Parteien, in der Regierung die Verantwortung zu übernehmen.

Freitag, 4. Juli 1947

Kaisen, nach einem Tag in Bremen, wieder abwesend.

Nachmittags] mehrstündige Sitzung des Verfassungsausschusses; da Hollmann und Lueken nicht da, gute Fortschritte mit Degener (CDU), Heldmann (BDV)³²¹ und Stockhinger (SPD). Leichte Gleichgewichtsstörungen, wohl Folge der Schwüle und Arbeitsüberlastung; mein Zimmer im Rathause sehr warm.

[...]

Samstag, 5. Juli 1947

Andauernde Besprechungen fast den ganzen Vormittag (Feine, Hagens, Lahusen, Damköhler,³²² Telephon Carstens-Berlin-OMGUS).

[...]

Sonntag, 6. Juli 1947

[...]

Montag, 7. Juli 1947

Kaisen wird bei Besprechung ohnmächtig. – Feine. – Verfassungsausschuß; rückläufige Beschlüsse oder Hemmungen in Justiz und Gemeinde-recht.

[...]

Unterernährung und Überarbeitung überall bei den Deutschen. Kaisens heutige Ohnmacht; Theil krank in Mittenwald. Ehlers tuberkulös und im Begriff, mit der gleichfalls tb-kranken Tochter Kaisens nach Davos zu fahren.

[...]

³²⁰ Stockhinger hatte als einer von 15 Delegierten des Bezirks Bremen-Nordwest am 2. SPD-Parteitag nach dem Ende des Dritten Reichs vom 29.6. bis 2.7.1947 in Nürnberg teilgenommen. Als Gäste waren Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in: Belgien, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Dänemark, Schweden, Österreich, Italien, Ungarn und den USA anwesend.

³²¹ Ehrhart Heldmann, 1908–1949. Drogist, 1933 wegen illegaler Betätigung für den Jungdeutschen Orden verhaftet, 1934 nach Freilassung Übersiedlung nach Bremen und Eröffnung einer eigenen Drogerie, 1945 Md. der BDV, 1946/47 Md. der ernannten und der gewählten Bürgerschaft, seit Jan. 1948 Senator für Ernährung und Landwirtschaft (FDP).

³²² Dr. Ernst Damköhler, 1885–1950, Oberamtsrichter.

Dienstag, 8. Juli 1947

[...]

Mittwoch, 9. Juli 1947

Mit Lahusen Schwierigkeiten bei Gericht.

[...]

Verfassungsausschuß (Redaktion): Staatsaufbau durchberaten. – Schlimmer Beschluß der SPD in der Schulfrage; kein Kompromiß, sondern Verschlechterung des ursprünglichen Vorschlages der SPD.³²³

Donnerstag, 10. Juli 1947

Mit amerikan[ischem] Legal Officer über OLG und „formality“ verhandelt. Eröffnungsfeier gewünscht.³²⁴ Nachm[ittags] Bürgerschaft. Ich im Redegeft über § 218 StGB (Abtreibung);³²⁵ die Sozialisten überstimmen die „Bürgerlichen“. Besprechung mit BDV-Vertretern über Schulfrage in der Verfassung.

[...]

Freitag, 11. Juli 1947

Mit Feine Konferenz.³²⁶ – Mit Aeevermann Personalfragen der Entnazifizierungsbehörden; Dr. Bachmann [?] ³²⁷ als Generalankläger zugelassen,

³²³ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

³²⁴ Die feierliche Eröffnung des OLG Bremen fand am 15. 7. 1947 statt.

³²⁵ Die Debatte wurde ausgelöst durch einen Antrag Hollmanns (FDP), bis zur zentralen Neuregelung des § 218 StGB, längstens bis Ende 1947, keine Strafverfahren wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz durchzuführen. Spitta hielt den Paragraphen zwar für reformbedürftig, sah aber keine Chance für eine Novellierung bis zum Ende des Jahres. Der Antrag Hollmanns ging ihm, da er nicht auf bestimmte Indikationen beschränkt war, zu weit; außerdem befürchtete er Rechtsunsicherheit, wenn ein Gesetz von einem Landesparlament für ein halbes Jahr außer Kraft gesetzt werde. Der § 153 StGB, nach dem „in milden Fällen“ von einer Strafverfolgung abgesehen werden konnte, schien ihm ausreichend. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 234–239). Der Senat machte sich diese Bedenken zu eigen und ersuchte die Bürgerschaft, ihre Zustimmung zum Antrag Hollmann zu überprüfen und in einem Ausschuß darüber zu beraten, wie der „gegenwärtigen Notlage vieler Frauen“ abgeholfen werden könne, ohne daß unvertretbare juristische und gesundheitliche Folgen entstünden. (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft v. 8. 8. 1947, S. 100). Die Bürgerschaft beharrte in erneuter Verhandlung am 15. 9. 1947 auf ihrem Beschluß, setzte aber doch den gewünschten Ausschuß ein. Am 11. 12. 1947 beauftragte sie den Senat, die Frist für die Aussetzung von Strafverfahren nach § 218 bis zur grundsätzlichen Neufassung dieses Paragraphen zu verlängern. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 325 und 1948, S. 30–39). Vgl. auch: Renate Meyer-Braun, Diskussion über Abtreibung und Schwangerschaftsverhütung, in: Hoecker/Meyer-Braun, Bremerinnen bewältigten die Nachkriegszeit, S. 155–165.

³²⁶ Näheres nicht zu ermitteln.

³²⁷ Name schwer lesbar. Öffentlicher Hauptankläger wurde Heinrich Hollmann.

jetzt vom Special Branch beanstandet. Im *Senat* unter anderem Lage der Verfassungsberatungen vorgetragen; weitgehende Einigung; jetzt Gefährdung durch SPD-Beschluß in der Schulfrage. Auch künftige Regierungsbildung gefährdet.

[...]

Samstag–Montag, 12.–14. Juli 1947

[...]

Dienstag, 15. Juli 1947

8 Uhr Feines Vorträge, auch Carstens über Berlin (unsichere Lage und Rechtlosigkeit in der russ[ischen] Zone). 9 bis 9³/₄ Uhr mit Nolting-Hauff und Heukelum Bremerhavener Sachen. – 10 Uhr im Gerichtsgebäude Eröffnung des Oberlandesgerichts mit Reden von mir, Mr. Rockwell (Berlin), Präsident Stutzer, Generalstaatsanwalt Dr. Bollinger.³²⁸ – 11 bis 12 Uhr im Senat. Dann Luncheon mit den Amerikanern im Ratskeller. – Nachm[ittags] Rathausarbeit.

[...]

Mittwoch, 16. Juli 1947

Nach arbeitsreichem Vormittag nachmittags von 4 bis 7¹/₂ Uhr „Verständigungsausschuß“ der Verfassungsdep[utation] über die Schul- und Kirchenfragen. Durch die Sturheit des SPD-Lücke,³²⁹ trotz entgegenkommender Haltung Paulmanns, der mich unterstützte, keine Verständigung in der

³²⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 163. Das OLG Bremen wurde auf Vorschlag Spittas mit nur einem Zivil- und Strafsenat mit je drei Richtern bewußt klein gehalten. Nur zwei Richter waren ausschließlich am OLG tätig: Rechtsanwalt Hellmuth Stutzer, der mit der Wahrnehmung der Präsidialgeschäfte beauftragt war, und Spittas Schwager, Walter Lisco, als OLG-Rat. Die übrigen Richter arbeiteten hauptamtlich am Landgericht und beim Verwaltungsgerichtshof. Die genannten Redner waren: Aldin J. Rockwell, Leiter der Juristischen Abteilung von OMGUS Berlin, Oberstaatsanwalt Dr. Heino Bollinger, dem zu seinem bisherigen Amt die Geschäfte des Generalstaatsanwalts übertragen worden waren; Dr. Hellmuth Stutzer, 1890–1961. Rechtsanwalt, seit Juni 1947 Präs. des OLG Bremen, 1949–1955 zugleich Präs. des Staatsgerichtshofes. Über die Eröffnungsfeier berichtete der *Weser-Kurier* am 17.7.1947. Spitta appellierte an die Juristen des neuen OLG, enge geistige Fühlung mit den anderen deutschen Gerichten zu halten. Bollinger betonte die Unverzichtbarkeit unabhängiger Richter und Staatsanwälte im Rahmen einer „geläuterten Rechtsauffassung“. Stutzer plädierte für die Wahrung einer einheitlichen Rechtspflege in Bremen und Hamburg. (Redemanuskripte in: National Archives, RG 260/OMGUS 90-2/6 F 5, Kopien im Archiv des IfZ).

³²⁹ Hermann Lücke, 1893–1976. Berufsschullehrer, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1934–1937 Vertreter des Leipziger Messeamtes für Nordwestdeutschland, 1939–1945 Geschäftsführer in einer Werkzeug- und Maschinengroßhandlung, 1945–1948 Redakteur beim *Weser-Kurier*, 1948–1959 Leiter der DGB-Bundes-

Frage des Charakters der Schulen und der Privatschulen.³³⁰ Die Verfassung droht an diesem Punkte festzufahren.

[...]

Donnerstag, 17. Juli 1947

Besprechung mit Kaisen über Schulfrage der Verfassung; er will eingreifen.

Viell[e] Diktate für die letzte Bürgerschaftssitzung (Senatsvorlagen). – Nachmittags drei Stunden Verfassungsausschuß; Arbeit und Wirtschaft. In der Frage der Betriebsräte keine Einigung.³³¹

[...]

Freitag, 18. Juli 1947

Kaisen verhandelt mit SPD über Schulfrage. Im Senat sachlicher Zusammenstoß mit Heukelum über Bremerhaven und die kommunalrechtliche Behandlung des dortigen Hafens.³³² Nachmittags Vortrag Prof. Röpkes (Genf) über deutsche Wirtschaft; s[eine] Betonung der freien Wirtschaft fand starken Beifall. Ich in manchem skeptisch. Ist nicht auch der Marshall-Plan³³³ eine gelenkte Planwirtschaft? Nachher allzu üppiges Essen und Trinken in der Handelskammer. Anschließend wirtschaftl[iche] Aussprache.

Samstag, 19. Juli 1947

9 bis 9½ Uhr Plenum der Verfassungsdeputation. Menschenrechte und Staatsaufbau erledigt. Einiges Schlimme abgewendet; dafür Richter vor den Staatsgerichtshof zu ziehen, wenn Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit verletzt.³³⁴

Nachmittags Verfassungsarbeit.

[...]

schulen in Bremen und Hamburg; seit 1920 Md. der SPD, 1931 SAP, im Dritten Reich illegale Arbeit im ISK, 1½ Jahre Gefängnis und KZ, Vorstandsmd. der KGF, SPD, 1946–1951 MdBü, 1965 Ausschluß aus der SPD wegen Eintretens für die DFU.

³³⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

³³¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

³³² Van Heukelum wünschte die Eingliederung des gemeinderechtlich zur Stadt Bremen gehörenden Hafengebiets von Bremerhaven in diese Stadt, während Spitta die bestehende Regelung beibehalten und die dort wohnende Bevölkerung nur „verwaltungsmäßig“ von Bremerhaven aus „betreuen“ lassen wollte. (Senatsprotokoll 18.7.1947, StAB: 3/3).

³³³ Vgl. Kap. 4, Anm. 300.

³³⁴ Im Artikel 136 der Bremer Verfassung heißt es: „Die rechtsgelehrten Richter werden auf Lebenszeit berufen, wenn sie [...] die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Amt im Geiste der Menschenrechte, wie sie in der Verfassung niedergelegt sind, und

Sonntag, 20. Juli 1947

[...]

Montag, 21. Juli 1947

Erste Lesung der Verfassung beendet. Streitig eigentlich nur Schulfrage; darin allerdings heftige Gegensätze und kaum Aussicht auf Verständigung. Nächste Besprechung über Schulfragen zuerst mit Degener (CDU), dann mit Stockhinger (SPD).³³⁵

[...]

Senator Theil aus Mittenwald erholt zurückgekehrt.

[...]

Dienstag, 22. Juli 1947

Mit Feine Verfassung. Ebenso im Senat Vortrag über Verfassung und drohende Krisis. – Nachher Feines Ladung nach Nürnberg als Zeuge im Prozeß gegen das Auswärtige Amt;³³⁶ Abwesenheit von Wochen? Das wäre der Bankrott der Justizverwaltung. – Während der Senatssitzung Besprechung mit Degener über Schulkompromiß; kaum noch Hoffnung. Nachmittags Fraktionssitzung; Kompromißvorschläge in der Schulfrage und Stellung zu dem Betriebsräte-Artikel.

[...]

Mittwoch, 23. Juli 1947

Zweite Lesung der Verfassung; keine Einigung in den Fragen der Schule und der Betriebsräte. Annahme der Verf[assung] mit acht sozialistischen

der sozialen Gerechtigkeit ausüben werden. Erfüllt ein Richter nach seiner Berufung auf Lebenszeit diese Bedingung nicht, so kann ihn der Staatsgerichtshof auf Antrag der Bürgerschaft oder des Senats seines Amtes für verlustig erklären.“ (Spitta, Kommentar, S. 250). Die SPD hatte in ihrem Verfassungsentwurf vorgesehen, die Richter zunächst für sechs Jahre wählen zu lassen und bei vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Pflichtverletzung ein Amtsenthebungsverfahren gegen sie vor dem Staatsgerichtshof durchzuführen. Die KPD wollte dem „Landtag“ das Recht zur Amtsenthebung der Richter geben. Spitta hatte keine Möglichkeit der Amtsenthebung der Richter vorgesehen. In seiner Verfassungsrede in der Bürgerschaft am 31.7.1947 distanzierte er sich von der Vereinbarung über Artikel 136 und plädierte für ein auf Lebenszeit berufenes, unabsetzbares Richtertum. (Vgl. Pfetsch (Hrsg.), Verfassungsreden, S. 212). Zum Status der Richter nach den neuen Landesverfassungen und zu den unterschiedlichen Bestrebungen der Parteien bei dieser Frage vgl. Wrobel, Verurteilt zur Demokratie, S. 269–281, über Bremen: S. 271f.

³³⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

³³⁶ Feine wurde am 18.9.1947 in Nürnberg als Zeuge über die Rolle von Beamten des Auswärtigen Amtes bei der Judendeportation aus Ungarn vernommen; im Wilhelmstraßen-Prozeß (6.1.1948–14.4.1949) selbst wurde er nicht als Zeuge gehört. (Protokoll seiner Vernehmung im Archiv des Ifz: ZS891).

Stimmen gegen fünf CDU und BDV; zwei FDP enthalten sich.³³⁷ Nach 35 Sitzungen ein trauriges Ergebnis; allgemeine Niedergeschlagenheit, abgesehen von den Kommunisten, die den Bruch der SPD mit den sog[enann-]ten bürgerlichen Parteien wünschen.

[...]

Donnerstag, 24. Juli 1947

Drei Besprechungen über Verfassung: mit Kaisen, Heukelum, Paulmann. P. noch schwierig; Kaisen und Heukelum für Vorschläge der BDV. – De-
genhardt von der CDU für Annahme der Anträge [der] BDV.

[...]

11 bis 21/2 Uhr Verhandlung und Essen mit Juristen aus Hamburg und Bremen. Richtergemeinschaft Hamburg – Bremen und anderes.

Nachmittags Bürgerschaft. Ich spreche mehrmals wegen der Polizei in Bremerhaven³³⁸ (gefährliche Opposition Neumanns).³³⁹

Technisches des Drucks usw. der Verfassung. Bericht der Deputation. Auch zu Hause bis 10 Uhr gearbeitet.

³³⁷ In dem ursprünglichen Verfassungsentwurf der SPD hieß es zur Kompetenz der Betriebsvertretungen, sie seien „dazu berufen, im Rahmen der Gesetze und Betriebsvereinbarungen in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ Stockhinger hielt in dieser Deputationssitzung, unterstützt von Rafoth, an seiner weitergehenden Fassung fest: „Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ Bei der gesonderten Abstimmung der Deputation über den Verfassungsabschnitt „Arbeit und Wirtschaft“ wurde diese Fassung des Artikels mit acht (SPD/KPD) gegen sieben Stimmen angenommen. Bei der Schlußabstimmung der Bürgerschaft am 15.9.1947 wurde sie vorbehaltlich des Ergebnisses der Volksabstimmung (vgl. Kap. 4, Anm. 370) bestätigt und in die Verfassung aufgenommen. Die öffentliche Diskussion war damit jedoch nicht beendet, da ein Ausführungsgesetz zum Artikel 47 verabschiedet werden mußte. Die KPD legte im Nov. 1947 einen Entwurf vor („Der Schlüssel zur Gleichberechtigung“). Das Gesetz, das schließlich am 10.1.1949 in Kraft trat, wurde für den privatwirtschaftlichen Bereich durch das Betriebsverfassungsgesetz vom 11.10.1952 aufgehoben. Zu den Kontroversen um die Ausgestaltung der betrieblichen Mitbestimmung und der Arbeit der Betriebsvertretungen bis 1948 vgl. Brandt, Betriebsräte.

³³⁸ Strittig war – wie schon bei dem Konflikt zwischen Spitta und Heukelum im Senat am 18.7.1947 (vgl. Kap. 4, Anm. 332) – die von Spitta verteidigte Zuständigkeit der Bremer Polizei für die Überseehäfen in Bremerhaven. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Polizei wurde in der vom Senat vorgelegten Fassung verabschiedet. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 245–247).

³³⁹ Dr. Dr. Walter Neumann, 1891–1968. Rechtsanwalt, Syndikus des Arbeitgeberverbandes Bremerhaven, Md. der DDP, in der NS-Zeit Berufsverbot wegen seiner Ehe mit einer jüdischen Frau, 1945 Md. des Beratungsausschusses (Advisory Committee) der Militärregierung in Bremerhaven, 1946–1947 Bgm. in Bremerhaven, 1947–1955 MdBü (FDP), 1955 Austritt aus der FDP.

Freitag, 25. Juli 1947

Im Senat Verfassung und Wirtschaftsrat [der Bi-Zone]. Im Wirtschaftsrat Parteibetrieb trauriger Art.

Nachm[ittags] friedliche Verfassungsdeputation; Bericht und Wahlgesetz. Dankeserklärung Lückes (SPD) an die Leitung.

[...]

Samstag, 26. Juli 1947

Verfassungsbesprechungen. Kaisens Schreiben an die Fraktion der SPD [ist] ein staatsmännisches Dokument (dringende Empfehlung des Kompromisses). Mit Bote und Wenhold, die mit Paulmann gesprochen haben, Schulfrage erörtert. Ich gegen Nachgeben, da die SPD die Bürgerlichen spalten und BDV von CDU trennen will; bei Festbleiben vielleicht Aussicht auf Erfolg. Nachm[ittags] Verfassungsarbeit.

[...]

Sonntag, 27. Juli 1947

[...]

Montag, 28. Juli 1947

8 bis 10 Uhr mit Presse Verfassung besprochen. Mit Kaisen Kompromiß in der Betriebsratsfrage; desgleichen mit Apelt. Rede für Verfassungsverhandlung [der Bürgerschaft] zum Teil diktiert.

[...]

Dienstag, 29. Juli 1947

Alle Fraktionen beraten im Rathaus die Verfassung; die meisten beginnen um 9 Uhr; BDV um 10 Uhr. Durchgesessen bis zum Abend mit gemeinsamem Eintopf in der alten Rathaushalle. Verschiedene interfraktionale Besprechungen zur Verständigung in der Schulfrage und in der Frage der Betriebsräte. Die SPD macht nur geringe Zugeständnisse. Einigung der BDV mit CDU und FDP. *Scheitern der Verständigung mit SPD.*

[...]

Mittwoch, 30. Juli 1947

[...]

Besprechung mit Kaisen über die Lage. Nachm[ittags] und abends nochmals mit Kaisen; seine Gedanken über Verständigung (Volksentscheid über die streitigen Artikel?).

[...]

Donnerstag, 31. Juli 1947

Verfassungsverhandlung in der Bürgerschaft 9 Uhr bis 19¹/₄ Uhr. Gemeinsames Mittagessen. – Einleitend meine Rede.³⁴⁰ – Viele vergebliche Vergleichsverhandlungen. Generaldebatte und Teil der Spezialdebatte. – Nach der Bürgerschaftsverhandlung Paulmann mit s[einen] Kompromißvorschlägen bei mir. Ich nachher um 8¹/₂ Uhr abends bei Bote. Bote will noch zu Rex (CDU)³⁴¹ gehen. Ich trete sehr für neuen Verständigungsversuch ein.

Freitag, 1. August 1947

Von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Bürgerschaft. Vorher und wiederholt während des Tages Sonderbesprechungen über Kompromiß in der Verfassung. CDU dafür gewonnen. SPD hat sich inzwischen an FDP und KPD angelehnt und lehnt nun unsere Vorschläge, die die SPD früher selbst angeboten, ab. – In der Verfassungsdeputation Auseinanderbrechen der SPD und KPD; die zwei Kommunisten enthalten sich der Stimme. Verfassung in der Deputation mit den sechs Stimmen der SPD und den zwei Stimmen der FDP angenommen. Im Plenum stimmen Kommunisten, BDV und CDU gegen die Verfassung.³⁴² Allgemeine Niedergeschlagenheit. Kaisen und Paulmann sind in ihrer SPD-Fraktion in der Minderheit geblieben. – Freundliche Dankesworte Hagedorns an mich. – Offensichtlich ist das Einlenken von BDV und CDU, das ich seit gestern abend betrieben, zu spät gekommen.

[...]

³⁴⁰ Spitta ging in seiner Rede auf das intensive, zeitaufwendige Bemühen der Verfassungsdeputation ein, für alle Parteien tragbare Regelungen zu finden, und behandelte anschließend die drei Hauptteile der Verfassung. Besonderes Gewicht legte er auf die strittigen Artikel zur betrieblichen Mitbestimmung (Art. 47 Abs. 2) und zur Schulfrage (Art. 29 und 32). Er bezeichnete den Ausgang der Beratungen als „tief bedauerlich“ und kündigte neue Verständigungsversuche an. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 254–259).

³⁴¹ Emil Rex, 1889–1951, Ingenieur, Mitbegründer und 1946–1951 Landesvors. der Bremer CDU, 1946–1951 MdBü (1946/47 Vors. der CDU-Fraktion).

³⁴² In dieser Lesung wurde die Verfassung mit den SPD-Vorlagen für die Artikel über die Betriebsvertretung (Art. 47 Abs. 2), den Religionsunterricht (Art. 32) und das Privatschulwesen (Art. 29) nur mit den Stimmen von SPD und FDP verabschiedet. (Vgl. Kap. 4, Anm. 217 und 337; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 296). Bis zum 15.9.1947 kam aber doch ein Kompromiß zustande, der vorsah, den umstrittenen Art. 47 Abs. 2 einem gesonderten Volksentscheid zu unterwerfen und die Schulartikel entsprechend den Vorschlägen der BDV zu ändern, d.h. festzulegen, daß der Unterricht in biblischer Geschichte auf „allgemein christlicher Grundlage“ basieren und das geplante Privatschulgesetz die „Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten“ enthalten müsse. In dieser Form wurde die Verfassung am 15.9.1947 mit allen gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 322).

Samstag, 2. August 1947

Im *Senat* laufende Sachen. Kaisen im Rundfunk über Verfassungsfrage: Vorwurf an BDV wegen Ablehnung der Verfassung.

[...]

Sonntag, 3. August 1947

[...]

Montag, 4. August 1947

[...]

Viele Rückstände aufgearbeitet.

Essen bei den Amerikanern Fletcher, Flotow³⁴³ und Waterman zur Besprechung der Verfassung. – Nachmittags mit Kaisen Lage besprochen. Kaisen über Pythagoras. General Parkman [OMGUS] fragte Kaisen über Militär-Reg[ierung] in Bremen!

[...]

Dienstag–Donnerstag, 5.–7. August 1947

[...]

Freitag, 8. August 1947

Mit Feine und Carstens Juristisches für die nächsten Wochen. Im *Senat* § 218 StGB; meine Mitteilung an Bürgerschaft genehmigt.³⁴⁴

[...]

Samstag/Sonntag, 9./10. August 1947

[...]

11. August–8. September 1947

[Urlaub in Söcking bei Kippenbergs³⁴⁵ und in Goßfelden bei Margarete.]

³⁴³ Dr. Flotow, Dolmetscher bei der Civil Administration Division.

³⁴⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 325.

³⁴⁵ Heinrich (Heinz) Kippenberg, Chemiker, Direktor einer Chemiefabrik in den USA, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Übersiedlung nach Bayern, Jugendfreund Spittas, der ihn im Primaverein des Alten Gymnasiums kennengelernt hatte. (Vgl. Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 63).

[Dienstag], 9. September 1947

Arbeitsüberhäufung. Verfassungsfrage wieder auf kritischem Punkte. (Entscheidung Clays).³⁴⁶

[...]

[Mittwoch], 10. September 1947

Brief an Wilh[elm] Kiesselbach zum 80. Geburtstag. [...]

Mit Kaisen politische Fragen. Versuch eines Verfassungskompromisses. CDU, anfangs geneigt, lehnt in der gemeinsamen Besprechung von BDV und CDU ab, einen Schritt zu unternehmen; auch im Vorstand der BDV Mehrheit gegen offizielle Schritte. Zugelassen, daß ich als Vorsitz der Verf[assungs]dep[utation] sondiere. – Plakate gegen den öffentl[ichen] Ankläger Hollmann von mir abgewendet; Schreiben der BDV. Partei an Senat und Veröffentlichung im „Roland“.³⁴⁷ Ich bin durch den Parteibetrieb angewidert. Sitzung bis nach 10¹/₂ Uhr abends.

[Donnerstag], 11. September 1947

Weitere Verhandlungen mit einzelnen (Heldmann, Stockhinger, Theil) über Verfassungskompromiß. *Stockhinger gegen kommunistische Vorschläge; will meine Vorschläge unterstützen.* Er nennt mich „den guten Geist der Verf[assungs]deputation“ und sagt, schon das Andenken an seine tiefreligiöse Mutter verbiete ihm, religiöse Gefühle zu mißachten. – Die SPD will also nicht nach links abschwanken.

³⁴⁶ OMGUS hatte bei dem am 1.8.1947 von der Bürgerschaft angenommenen Verfassungsentwurf eine Reihe von Änderungen verlangt, die am 9.9. von der Verfassungsdeputation angenommen wurden. Die Zustimmung des Plenums war dagegen nach den vorausgegangenen schwierigen Beratungen fraglich, erfolgte aber am 15.9.1947. Clay gratulierte der Bremer Bürgerschaft bereits am 9.9.1947 in seiner Rede vor dem Länderrat zum Abschluß der Verfassungsberatungen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 403).

³⁴⁷ Hollmanns Ernennung zum Hauptankläger beim Senator für politische Befreiung (Sept. 1947 – Jan. 1948) stieß bei der BDV auf heftigen Widerspruch. Ein von ihr vorbereitetes diffamierendes Plakat gegen ihn durfte auf Weisung der Militärregierung jedoch nicht öffentlich ausgehängt werden (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft am 25.9.1947, S. 358–364; es erschien auch kein Artikel in der Parteizeitung „Bremer Roland“). In seinem Amt hatte Hollmann keine glückliche Hand. Sein Versuch, eine Wahlkampfreden Wenholds für die BDV zu verhindern, scheiterte am Einspruch Kaisens (vgl. Eintragung vom 20.9.1947). Durch sein Eingreifen in den Prozeß gegen Fritz Köster und andere (vgl. Kap. 2, Anm. 18) löste er einen Skandal aus, so daß er schließlich von seinem Amt zurücktreten mußte.

[Freitag], 12. September 1947

Im Senat Clays Vorschläge der Änderung des Entnazifizierungsgesetzes.³⁴⁸
Mein Referat über die Verfassung.

Nachmittags Verfassungsdeputation; Ablehnung der KPD-Vorschläge; die SPD für meine Vorschläge; BDV und CDU müssen erst Fraktions-sitzung haben. CDU zweifelhaft (Kaum)³⁴⁹.

[Samstag], 13. September 1947

Besprechungen über Verfassung. BDV entscheidet sich für Annahme der Verfassung, wenn SPD meine Vorschläge annimmt. CDU will weitere Änderung des Artikels 32; Möglichkeit öffentlicher Konfessionsschulen. Damit steigert CDU ihre Ansprüche. BDV kann das nicht mitmachen. Darüber verschiedene Besprechungen, noch um 9 Uhr abends mit Bote.

Nachmittags Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus]. Reden von Frau Stiegler und mir.³⁵⁰

[...]

³⁴⁸ Die Minister für politische Befreiung hatten aufgrund eines Auftrags des Länderrats vom 30.6.1947 bei einer Tagung in Heidenheim am 18.7.1947 über Maßnahmen beraten, um die Entnazifizierung bis zum 31.3.1948 zum Abschluß zu bringen. Ihre von den Länderregierungen genehmigten Vorschläge sahen vor, dem Öffentlichen Ankläger das Recht einzuräumen, die zwischen dem 30.1.1933 und dem 30.4.1937 eingetretenen NSDAP-Mitglieder, die aus den Jugendorganisationen überführten ehemaligen „Parteigenossen“ und die der NSDAP angehörenden Blockwähler der NSV ebenso wie die seit dem 1.5.1937 eingetretenen einfachen Parteimitglieder in Gruppe IV (Mitläufer) einzustufen und ihre Verfahren mit Sühnebescheiden ohne mündliche Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Außerdem sollten als Mitläufer eingestufte Angehörige qualifizierter Berufe schon vor der Spruchkammerentscheidung das Recht erhalten, auch andere als nur „gewöhnliche Arbeit“ aufzunehmen. Die Beamten der Entnazifizierungsabteilung von OMGUS und Clay reagierten zunächst verärgert. Nach Anweisung aus Washington, die Säuberung bis zum 1.4.1948 abzuschließen, machte Clay bei der Länderratssitzung am 9.9.1947 jedoch Konzessionen, die in einem Punkt sogar über die Heidenheimer Beschlüsse hinausgingen: Die zwingende Vorschrift, „Minderbelastete“ zwei bis drei Jahre lang nur mit gewöhnlicher Arbeit zu beschäftigen, sollte aufgehoben und die Verhängung dieser Sühnemaßnahme in das Ermessen der Spruchkammern gestellt werden. Im übrigen entsprachen Clays Vorschläge im wesentlichen den in Heidenheim formulierten Wünschen der Länderregierungen. Clay stellte ihnen anheim, ob sie seine Zugeständnisse durch Gesetzesänderungen in Kraft setzen wollten oder sie durch eine Proklamation der Militärregierung verwirklicht werden sollten. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 293f.; 418f.)

³⁴⁹ Johannes Kaum, 1895–1963, Kaufmann, Mitbegründer der CDU in Bremen, 1946–1947 ihr Landesvorsitzender, 1946–1955 MdBü, 1945–1951 Md. des Kirchentages der BEK.

³⁵⁰ Zum Abschluß einer zonenübergreifenden Gedenkwoche der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes fand am 13.9. eine Trauerfeier im Bremer Rathaus und am 14.9. ein Staatsakt auf dem Osterholzer Friedhof statt. Anna Stiegler ging in ihrer Rede auf das unvorstellbare Leiden der KZ-Opfer aus allen Ländern ein, die „im Glauben an eine wiedererstehende Gerechtigkeit“ die Torturen ertragen hat-

Sonntag, 14. September 1947

[...]

[Montag], 15. September 1947

Verfassung besprochen. Nachmittags *Verf[assungs]deputation*; CDU stimmt auch zu. *Annahme meiner Vorschläge mit allen Stimmen gegen Kommunisten. Ebenso im Plenum der Bürgerschaft.*³⁵¹ Also gutes Ende, ein großer Erfolg für die Zukunft Bremens.

[...]

Dienstag/Mittwoch, 16./17. September 1947

[...]

[Donnerstag], 18. September 1947

Dr. Feine seit Dienstag abend in Nürnberg.³⁵² Geschäftsbelastung und bremische Innenpolitik halten mich in Bremen fest. Daher gehe ich nicht auf den Juristentag in Bad Godesberg,³⁵³ obgleich Mr. Johnson mir zusetzte, mit ihm zu fahren.

Vortragsanträge von Hamburg über Verfassung; einstweilen zurückzustellen. Die bremische Jugend möchte, daß ich in der Messehalle über Verfassung spreche; das hätte mir Freude gemacht und wäre wichtig gewesen; ich kann es mir aber nicht zumuten.

[...]

ten. Sie appellierte an die Bevölkerung, diese Probleme trotz der immensen Alltagsorgen nicht zu verdrängen. Spitta sprach den Angehörigen der Opfer das Mitgefühl des Senats und des „menschlich und sittlich empfindende[n]“ Teils der Bremer Bevölkerung aus und beklagte, daß die Nationalsozialisten nicht nur „Deutschland in den Abgrund gestürzt“, sondern – „noch schlimmer – den Ruf und das Ansehen des deutschen Volkes als eines Kulturvolkes untergraben, ja geschändet hätten“. Er forderte Gerechtigkeit bei der Bestrafung der Schuldigen, „denn wir wollen nicht die Methoden des Nationalsozialismus anwenden, nur mit umgekehrten Vorzeichen.“ (Weser-Kurier v. 16.9.1947, S. 3).

³⁵¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 342.

³⁵² Vgl. Kap. 4, Anm. 336.

³⁵³ An der Tagung in Bad Godesberg am 30.9. und 1.10.1947 nahmen auf Einladung des Präs. des Zentraljustizamts, Kiesselbach, Juristen aus den drei Westzonen, die für Justizfragen zuständigen Beamten der Militärregierungen und ausländische Rechtsexperten teil. Spitta ließ sich von Lahusen vertreten; außerdem war auch der Präs. des Bremer OLG, Stutzer, zugegen. Der Kongreß war als Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit in- und ausländischen Kollegen und als Ersatz für den zuletzt 1931 abgehaltenen Deutschen Juristentag von Bedeutung; die Erwartungen bzgl. kritischer Aufarbeitung der Rolle der Justiz in der NS-Zeit und bewußter Neuorientierung wurden dagegen nicht erfüllt. (Wrobel, Verurteilt zur Demokratie, S. 258–268, 280f.; Texte in: Tagung deutscher Juristen Bad Godesberg, 30. September/1. Oktober [1947], hrsg. v. Zentral-Justizamt für die Britische Zone, Hamburg 1947).

[Samstag], 20. September 1947

Der „öffentliche Hauptankläger“ Hollmann, den Aevermann zum Erstaunen aller, die ihn kennen, berufen hat, befiehlt der Polizei, Wenhold Montag am Reden in der Wahlversammlung der BDV zu hindern, da er ihn als „Hauptschuldigen“ anklagen werde. Kaisen ordnet an, daß die Polizei diesen seltsamen „Befehl“ nicht zu beachten habe. Hollmann verlangt Einschreiten der Amerikaner gegen Wenholds Rede; stellt Vertrauensfrage und will alle „Ankläger“ veranlassen, sich solidarisch zu erklären. – Kaisen meint, Hollmann habe bald abgewirtschaftet.

[...]

Abends von 7^{1/2} bis 10^{1/2} Uhr Senatssitzung über „Industrieplan“ der Besatzungsmächte.³⁵⁴ Vortrag von Harmssen und Dr. Jacobs.³⁵⁵

[Sonntag], 21. September 1947

[...]

Ich abends von 7 bis 12^{1/4} Uhr in der Privatwohnung von Mr. Crabill und Frau zur Beratung über die Gründung einer *Internationalen Universität in Bremen*. Teilnehmer: Prof. Petersen (Jena), Senatoren Paulmann und Nolting-Hauff, Schulräte Böttcher und Berger.³⁵⁶ Gewichtiges Abendessen. Crabill will helfen. Vahrer Kasernen? Amerikanische Stiftungen? Neuer Typ. Politische Bedeutung.³⁵⁷

³⁵⁴ Nach dem Fehlschlag der Moskauer Außenministerkonferenz hatten die USA und Großbritannien sich zur Erhöhung des Industrieniveaus in ihren Besatzungszonen entschlossen. Clay und Robertson hatten sich bereits im Juli 1947 auf einen neuen Plan geeinigt, der aber mit Rücksicht auf bevorstehende Verhandlungen mit Frankreich erst am 27.8.1947 unter dem Titel: „Revidierter Plan für das Industrieniveau der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands“ publik gemacht wurde. Der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nahm am 4.9.1947 dazu Stellung. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 487; Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, Bd. 2, S. 64–67). Ein Protokoll dieser Senatssitzung ließ sich nicht ermitteln.

³⁵⁵ Dr. rer. pol. Alfred Jacobs, 1897–1975, 1947–1963 Leiter des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung, 1958 Lehrbeauftragter, 1961 Honorarprofessor an der TH Hannover.

³⁵⁶ Dr. Peter Petersen, 1884–1952, bedeutender Reformpädagoge, 1920 Privatdozent in Hamburg, seit 1923 Professor in Jena. Klaus Böttcher, 1894–1958, Lehrer, vor 1933 Leiter der Versuchsschule an der Stader Straße, seit 1947 Schulrat in Bremen, vgl. Brem. Biogr., S. 64f. Wilhelm Berger, 1901–1974, Lehrer, 1947 Schulrat, 1955–1966 Oberschulrat in Bremen.

³⁵⁷ Bei der Besprechung berichtete Prof. Petersen über seine Verhandlungen mit dem Leiter der Erziehungsabteilung (Education Division) von OMGUS über die Gründung einer Internationalen Universität. Crabill sagte seine Unterstützung zu. Über das Ergebnis der Unterredung am 21.9. berichteten Paulmann und Petersen am 1.10.1947 in einer Sondersitzung des Senats: Die Universität solle von „deutschem geistigen nationalen Wollen“ geprägt sein, „aber mit einem Blick auf das geistig Internationale“, um das nationalstaatliche Denken der Jugend zu überwinden

[Montag], 22. September 1947

Wahlversammlung mit Rede Wenholds für die BDV. Größter Teil der Versammlung Kommunisten. Starke Störungen. Gehässig-demagogische Rede des Kommunisten Meyer. Widerwärtiger Eindruck. Hat solche Rede-Versammlung einen Sinn? Wird irgendjemand bestimmt, anders zu stimmen, als er vorher beabsichtigte? Erinnerung an 1932. Sorge um die Demokratie.

[...]

[Dienstag], 23. September 1947

Kaisen im Senat gegen Mesters Unfähigkeit.³⁵⁸

Abends Gesandter Kroll³⁵⁹ über Auswärtiges in CDU-Versammlung.

[Mittwoch], 24. September 1947

Unmögliche Personalverhältnisse in der Polizei. Besprechung darüber mit Kaisen.

[...]

(Paulmann). Inhaltlich sollte der Schwerpunkt bei den Gesellschaftswissenschaften liegen. Der Senat beschloß, sich trotz der zu erwartenden finanziellen Belastungen und der Raumprobleme für die Gründung der Internationalen Universität einzusetzen und damit Bestrebungen abzuweisen, eine der im ehemals deutschen Gebiet Polens beheimateten Universitäten in Bremen wiederzuerrichten. Aeversmann und Kaisen warnten im Hinblick auf die „außerordentlich großen“ Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Plans allerdings vor übertriebenem Optimismus (Senatsprotokoll 1.10.1947, StAB: 3/3). In der Öffentlichkeit bestehende Erwartungen, daß die Universität schon im Frühsommer 1948 mit ihren Vorlesungen beginnen könne (Weser-Kurier v. 4.10.1947), erfüllten sich nicht. Eine Senatskommission beauftragte Anfang 1948 den Geographen Prof. Dr. Erich Obst von der TH Hannover mit den Vorarbeiten für die Universitätsgründung. Die Bürgerschaft verabschiedete am 20.12.1948 ein „Gesetz über die Errichtung einer Internationalen Universität in Bremen“. Sie sollte sämtliche Fakultäten und ein spezielles „Auslandskundliches Institut“ besitzen, „besonderes Gewicht auf die Sozialwirtschaft und Sozialpädagogik“ legen und stets eine größere Zahl von Ausländern unter ihren Professoren und Studenten haben. Die Pläne ließen sich jedoch nicht realisieren, da es nicht gelang, geeignete Gebäude zur Verfügung zu stellen. Anfang Okt. 1949 legte Obst sein Amt nieder. (StAB: Akte 9, S9–7F. VIII. 1. e.)

³⁵⁸ Konflikte zwischen Kaisen und Mester kamen im Senat seit Juni 1947 wiederholt zur Sprache. Nachdem am 24.6.1947 die schlechte Fleischversorgung Bremens kritisiert worden war, stand jetzt die Kartoffelversorgung zur Debatte. Während in Niedersachsen jeder Haushalt zwei Zentner zur Einkellerung erhielt, stand für die Bremer Bevölkerung nicht einmal die halbe Menge zur Verfügung. Wolters und Mester wurden mit direkten Verhandlungen mit den zuständigen niedersächsischen Stellen beauftragt (Senatsprotokoll 23.9.1947, StAB: 3/3). Sie hatten den Erfolg, daß auch den Bremer Haushaltungen die Ausgabe eines zweiten Zentners Kartoffeln zugesichert wurde. (Mester im Senat am 17.10.1947, ebenda).

³⁵⁹ Dr. Hans Kroll, 1898–1967, Diplomat, 1947–1948 außenpolitischer Berater der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1955–1958 dt. Botschafter in Japan, 1958–1962 dt. Botschafter in der UdSSR.

[Donnerstag], 25. September 1947

Den ganzen Tag Haushaltsberatung; einstimmige Annahme. Peinliche Debatte über Wolters' Straftaten.³⁶⁰

[Freitag], 26. September 1947

[...]

Abends Zusammensein mit 13 Mitgliedern des amerik[anischen] Kongresses (Mr. Case usw.).³⁶¹ Enttäuschend. Vielfach primitiv.

Samstag–Dienstag, 27.–30. September 1947

[...]

[Mittwoch], 1. Oktober 1947

75 Jahr-Feier der Brem[er] Baumwollbörse mit Essen in der alten Rathaus-halle. Viele Reden. Ich spreche für den Senat. Abends *Senatssitzung über Universität*; Senat stimmt Weiterarbeit zu. Ausschuß: Paulmann, Nolting-H[auff], ego.³⁶²

Überlasteter Tag; Dienst von 8 bis 19 Uhr und 20 bis 22¹/₂ Uhr.

[Donnerstag], 2. Oktober 1947

[...]

Apelt, Nolting-Hauff, Theil und ich in Bremerhaven. Verständigung mit Heukelum³⁶³

[...]

³⁶⁰ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 357–364. Die Bürger-schaft schloß sich in dieser Sitzung dem Mehrheitsvotum des parlamentarischen Un-tersuchungsausschusses an, daß die Urteile gegen Wolters nie rechtskräftig waren und er seine Strafe verbüßt habe. BDV und CDU zweifelten den politischen Charak-ter einer ihm vorgeworfenen Straftat an und verlangten von ihm die Amtsniederle-gung bis zur Klärung der Vorwürfe. Daraufhin sprachen SPD und KPD von „politi-scher Brunnenvergiftung“ und warfen den Bürgerlichen vor, „antifaschistische Kämpfer mit Dreck zu bewerfen“. Zum „Fall“ Wolters, vgl. Kap. 4, Anm. 151.

³⁶¹ Francis H. Case, 1896–1962, Journalist, republikanischer Politiker, 1936–1951 Kongreß-Abgeordneter, 1951–1962 Senator. Case bereiste als Vors. des „Presi-dent's Committee on Foreign Aid“ im Sept. 1947 mit einer Reihe von Kongreßabge-ordneten die US-Zone Deutschlands. In seinem Abschlußbericht trat das Komitee für eine Ausweitung der deutschen Stahl- und Maschinenproduktion, die rasche Bil-dung einer Zentralregierung in Westdeutschland und die Beendigung der Entnazifi-zierung (mit Ausnahme der ganz schweren Fälle) ein. (Gimbel, American Occupa-tion, S. 165f., 171).

³⁶² Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

³⁶³ Bei der Besprechung ging es um die Eigentumsrechte an dem ehemals preußi-schen Vermögen in Bremerhaven. Es wurde Einigkeit erzielt, daß der Fischereiha-fen und das Gesellschaftskapital der Seefischmarkt GmbH auf das Land Bremen

[Freitag], 3. Oktober 1947

125 Jahr-Feier des Prima-Vereins im Kaminsaal. Festrede Dr. Rud[olf] Alex[ander] Schröder. Aufführung: „Lohengrin“. Ansprachen von mir und anderen.³⁶⁴

[Samstag], 4. Oktober 1947

Prof. Brecht über Rilkes „Neunte Elegie“.³⁶⁵

[Sonntag], 5. Oktober 1947

Zunehmende, unangenehme *Furunkulose*. Im Bett geblieben.

[Montag], 6. Oktober 1947

Nachmittags zu Hause geblieben.

[...]

[Dienstag], 7. Oktober 1947

Vorsitz im Senat.³⁶⁶ Nachm[ittags] im Bett. Gelesen und gearbeitet.

Mittwoch, 8. Oktober 1947

[...]

[Donnerstag], 9. Oktober 1947

Als Zeuge im Spruchkammerverfahren gegen Caspari. Meine Aussage über Freikorps Caspari³⁶⁷ und März 1933; freier Senatsbeschluß, den

übergehen sollten, das im Gegenzug die ihm gehörenden, über das Bremerhavener Stadtgebiet verstreuten Grundstücke und Gebäude Bremerhaven übertragen würde. (Protokoll der Verhandlung am 2.10.1947, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2).

³⁶⁴ Spitta war dem Prima-Verein des Alten Gymnasiums in Bremen als dessen ehemaliger Schüler sehr verbunden. (Aus meinem Leben, S. 58–62).

³⁶⁵ Dr. Walther Brecht, 1876–1950, Literaturwissenschaftler, seit 1927 Professor in München.

³⁶⁶ Kaisen nahm an der 25. Tagung des Länderrats in Stuttgart teil. In seiner Rede anlässlich des zweijährigen Bestehens des Länderrates würdigte der turnusmäßige Vors., der Ministerpräs. von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, die Eingliederung Bremens in das amerikanische Besatzungsgebiet als „eines der wichtigsten Ereignisse des ablaufenden Jahres“ und betonte, daß trotz der räumlichen Distanz und der andersgearteten wirtschaftlichen Interessen, kein grundsätzlicher Nord-Süd-Gegensatz die Arbeit des Länderrats belastet hätte. Dieses sei wesentlich der Persönlichkeit Kaisens zu verdanken, „mit dem sachlich zu arbeiten und zufriedenstellende Ergebnisse herbeizuführen eine Freude für alle Beteiligten gewesen ist“. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 568f.).

³⁶⁷ Vgl. Kap. 3, Anm. 482.

Domshof den Nazis einzuräumen.³⁶⁸ Kaisen sagt mir, er werde ungünstig aussagen. Nachher erfahre ich, daß Kaisen sehr heftig geworden, den Tod seines gefallenen Sohnes Caspari zugeschoben usw. – Urteil: Zwei Jahre Arbeit für Allgemeinheit, 80 Prozent Vermögen [eingezogen].

[Freitag], 10. Oktober 1947

In Kaisens Abwesenheit Senatssitzung. Dann wieder ins Bett. Abends 18.45 [Uhr] Rundfunkansprache über Verfassung.³⁶⁹

[...]

Samstag, 11. Oktober 1947

[...]

[Sonntag], 12. Oktober 1947

Volksentscheid und Wahl.

[...]

³⁶⁸ Der Senat erteilte Kaisen und Spitta in seiner Sitzung am 10.10.1947 eine nachträgliche Aussagegenehmigung. Wolters widersprach in diesem Zusammenhang anhand der damaligen Senatsprotokolle der Einschätzung Spittas, daß es ein „freier Senatsbeschuß“ gewesen sei, den Domshof am 4.3.1933 für eine nationalsozialistische Massenveranstaltung freizugeben. Der Senat hatte entsprechende Anträge der NSDAP trotz Interventionen aus dem Reichsinnenministerium mehrmals abgelehnt, da der Platz mitten in der Bannmeile liege und die Zu- und Abgangswege zu eng seien. Erst bei einer Sondersitzung am 4.3. hatte er mit Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, „den Domshof ausnahmsweise für die Übertragung der Rede des Reichskanzlers und die Beendigung des Fackelzuges der NSDAP freizugeben“, weil er aufgrund der Stellungnahme Casparis keine andere Wahl zu haben meinte. Polizeiobers Caspari hatte in der Sitzung erklärt, daß die Polizei den Domshof nur unter Einsatz der Schußwaffe abriegeln könne, und einen entsprechenden Befehl des Senats gefordert. Den Vorschlag, den Platz zu sperren und nur, wenn der Druck zu groß werde, freizugeben, hatte er im Hinblick auf das Ansehen der Polizei abgelehnt, ebenso die Verlegung der Kundgebung zum Grünen Kamp, da die Teilnehmer dort Gefahr liefen, aus den umliegenden Fabrikgebäuden beschossen zu werden. Kaisen hatte damals versucht, den Autoritätsverlust des Senats zu verhindern und ein Verbot der NSDAP-Zeitung gefordert, die in einer gezielten Fehlinformation den Domshof noch vor der Freigabe als Kundgebungsort genannt hatte. Sein Antrag war jedoch „mangels gesetzlicher Handhabe“ abgelehnt worden. Nach weiteren Zugeständnissen des Senats an die Nationalsozialisten waren die sozialdemokratischen Senatoren am 6.3.1933 von ihrem Amt zurückgetreten. (StAB: 3/3, Senatsprotokolle vom 3., 4. und 6.3.1933; Herbert Schwarzwälder, *Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933*, Bremen 1966). – Sympathiebekundungen für Ausführungen der Verteidigung im Spruchkammerverfahren gegen Caspari, z.B. bei der Feststellung, „daß die nationalsozialistische Regierung legal an die Macht gekommen sei“, veranlaßten Wolters und Ewert, eine Ausweiskontrolle der Zuhörer zu fordern. (Senatsprotokoll 10.10.1947, ebenda).

³⁶⁹ Text der Ansprache im NL Spittas im StAB: 7,63–1/1.

[Montag], 13. Oktober 1947

Wahlergebnis: SPD 46, KPD 10, [zusammen] 56 [Sitze]; CDU 24, BDV 15, FDP 2, DP 3 [zusammen] 44. Koalitionsmöglichkeit: SPD + BDV = 61. Oder SPD, CDU, BDV = 85.³⁷⁰ Besprechung mit Kaisen über die Lage. Sein Auto-Unfall (mit Dr. Friese). [...]

Befriedigend, daß die Brem[er] Bevölkerung trotz geschickter Propaganda nicht auf Hollmann und seine FDP hereingefallen ist. In der Stadt Bremen ist die FDP infolge der Fünfprozentklausel verschwunden.³⁷¹

SPD	91229	CDU	48116	BDV	30546	Unabh.	6824
KPD	19189	FDP	12095	DP	8441	RSF	2411
110418				108433			

Also nur knappe sozial[istische] Mehrheit, wenn alle Splitterparteien mitgerechnet werden. Schwache Wahlbeteiligung. (zwischen 55 und 70 Prozent).

[Dienstag], 14. Oktober 1947

Besprechung mit Kaisen, der Wolters ausscheiden möchte. Abschieben auf eine bizonale Stelle? – Mit Apelt, dem ich vorschlage, die drei Welfen (DP) und die zwei FDP [Abgeordneten] Bremerhavens als Hospitanten

³⁷⁰ Die Wahl fand nach dem Verhältniswahlrecht statt mit gebundenen Listen in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven, in denen achtzig bzw. zwanzig der hundert Bürgerschaftsabgeordneten gewählt wurden. Dabei kam die Fünfprozentklausel getrennt in Bremen und Bremerhaven zur Anwendung. Die von Spitta aufgelisteten absoluten Stimmergebnisse entsprechen in etwa den Angaben in den Statistischen Berichten. Prozentual ergab sich folgendes Bild: SPD 41,7%, CDU 22%, BDV 14%, DP 3,9%, KPD 8,8%, Unabhängige 3,1%, FDP (Hollmann – Grabau) 5,5%, Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF) 1%. Die Wahlbeteiligung war niedrig: Im Landesdurchschnitt betrug sie 67,8%, in Bremerhaven nur 55,1%; in der Stadt Bremen 71,1%. Die beiden gleichzeitig durchgeführten Volksabstimmungen brachten folgendes Ergebnis: Die Verfassung wurde mit der deutlichen Mehrheit von 152350 zu 57951 Stimmen (bei 18419 ungültigen Stimmen) angenommen. Der umstrittene Art. 47 zur betrieblichen Mitbestimmung wurde mit der knappen Mehrheit von 109430 zu 100708 Stimmen, bei 17972 ungültigen, gebilligt. (Roth, Parteien und Wahlen, S. 23–27). Spitta deutet in seinem Kommentar zur bremischen Verfassung, S. 20, die große Zahl ungültiger Stimmen als bewußte Stimmenthaltungen. Die Bremer CDU begründete damit ihren Einspruch gegen die beiden Volksentscheide (Bremer Echo Nr. 11 v. 18.10.1947). Er wurde jedoch, ebenso wie ein Einspruch der FDP, vom Wahlprüfungsgericht als unbegründet abgewiesen (Senatsprotokolle 23. und 30.12.1947).

³⁷¹ In Bremerhaven wurden Hugo Lische und Dr. Walter Neumann für die FDP in die Bürgerschaft gewählt. Sie traten der BDV-Fraktion nicht als Hospitanten bei. Zur komplizierten Situation im liberalen Parteienspektrum Bremens vgl. Kap. 3, Anm. 545; Kap. 4, Anm. 181.

[zu] der BDV heranzuziehen.³⁷² Wie können Harmssen und Nolting-Hauff dem Senat erhalten bleiben?³⁷³

[Mittwoch], 15. Oktober 1947

Mit Bote über Senatsbildung und Erweiterung der BDV durch FDP und DP.

Donnerstag, 16. Oktober 1947

[...]

[Freitag–Sonntag], 17.–19. Oktober 1947

Meist im Bett. Vom Bett aus durch Feine und Carstens „regiert“.

[...]

[Montag], 20. Oktober 1947

Ein halber Tag im *Rathause wo geheizt ist*. Nachm[ittags] zu Hause gearbeitet. – Aug[ust] Kippenberg über *Fritz Schumacher*, der seit Monaten im hamburgischen Krankenhause liegt; seine Grüße an Apelt und mich wie Abschiedsgrüße.³⁷⁴

Der Herbst ist trocken und kühl: das Laub verfärbt sich und leuchtet in der Sonne.

³⁷² Die drei Abgeordneten der DP schlossen sich als Hospitanten der BDV-Fraktion an, während die beiden FDP-Abgeordneten selbständig blieben.

³⁷³ Da der Senat von einer Parteienkoalition getragen wurde, Harmssen und Nolting-Hauff aber keiner Partei angehörten, war fraglich, ob sie für den Senat nominiert würden. Beide wurden am 22.1.1948 wieder in den Senat gewählt, Nolting-Hauff als Parteilooser.

³⁷⁴ Prof. Dr. Fritz Schumacher, 1869–1947. Architekt, Städteplaner und Schriftsteller, gebürtiger Bremer, 1909–1933 Oberbaudirektor in Hamburg, wo er wichtige städtebauliche Akzente setzte, 1925–1930 führend an der Erarbeitung des Bremer Generalbebauungsplans beteiligt, lebte nach seiner Amtsentlassung durch die Nationalsozialisten zurückgezogen bei schriftstellerischer Arbeit. Vgl. Brem. Biogr., S. 457ff.

Schumacher, der am 5.11.1947 starb, war mit Spitta und Apelt befreundet. Apelt vertrat das Land Bremen bei der Trauerfeier für ihn am 10.11.1947, auch Spitta nahm teil. Am 31.5.1949 wurde in Bremen ein Reliefporträt Schumachers von Clara Rilke-Westhoff enthüllt, wobei Spitta als Senatsvertreter sprach (Redemanuskript im StAB: NL Spitta 7,63–1/1).

[Dienstag], 21. Oktober 1947

Senat. – Nachmittags Vorstand und Fraktion BDV über Senatsbildung. Einseitige Parteipolitik bekämpft. Ziel: Koalition der SPD, CDU und BDV; ohne KPD. – Erschwerung durch „Fall“ Wolters.³⁷⁵ [...]

[Mittwoch], 22. Oktober 1947

Einen halben Tag Rathaus, einen halben Tag zu Hause gearbeitet. – Kaisen hat bei den „Bürgerlichen“ durch s[eine] temperamentvolle, subjektive Zeugenaussage im Spruchkammerverfahren Caspari verloren – was ich sehr bedauere.³⁷⁶

[Donnerstag], 23. Oktober 1947

Anhaltend schönes Herbstwetter. Unsere Winterkartoffeln kommen. Die Kartoffelernte hier im Nordwesten besser als geschätzt. Behörden- und Länderkampf um die Einkellerung eines zweiten Zentners?³⁷⁷

Erfreulich, wie wenig Zulauf die Kommunisten trotz der allgemeinen Not haben; bei den bremischen Wahlen Rückgang in der Stimmenzahl. Sie gelten als Wegbereiter Rußlands. – In Frankreich *der große Sieg de Gaulles*,³⁷⁸ eine Reaktion auf das Treiben der Kommunisten. – Kaisen möchte

³⁷⁵ Die Bremer CDU setzte ihre Angriffe gegen Wolters fort, obwohl der Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft am 25.9.1947 seinen entlastenden Mehrheitsbericht und ein abweichendes Minderheitenvotum vorgelegt hatte (vgl. Kap. 4, Anm. 151). In der Senatsitzung am 10.10.1947 erwähnte Wolters einen Artikel im Bremer Echo, in dem Spitta vorgeworfen worden sei, der Staatsanwaltschaft die Anweisung zur Löschung von Wolters' Strafregister gegeben zu haben (StAB: 3/3). Ein solcher Artikel könnte im Bremer Echo Nr. 10 (1947) erschienen sein; diese Nr. fehlt im Bestand des StAB.

³⁷⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 368.

³⁷⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 358. Trotz seiner optimistischen Prognose vom 17.10.1947 mußte Mester am 11.11. im Senat eine 14tägige Kartoffelsperre verkünden, bezeichnete die Kartoffelversorgung aber weiterhin als relativ günstig. Nach Ablauf der Frist, als noch fast 2000 t Kartoffeln für Bremen ausstanden, ergaben sich bei den Verhandlungen mit Niedersachsen jedoch Probleme, da nach dortigen Unterlagen Bremen bereits mehr als das ihm zustehende Kontingent erhalten hatte. Verstärkte Schwarzmarktkontrollen in Bremen waren die Folge. (Senatsprotokolle 11. und 21.11.1947, StAB: 3/3). Vgl. Schlange-Schöningen (Hrsg.), Im Schatten des Hungers, S. 171–174.

³⁷⁸ Nach seinem Rücktritt vom Amt des Regierungschefs am 20.1.1946 setzte de Gaulle seine Agitation gegen die Machtposition der Parteien fort. (Vgl. Kap. 3, Anm. 487). Am 14.4.1947 gründete er die „Rassemblement du Peuple Français“ (RPF), die bei den Gemeindewahlen am 19. und 26.10.1947 mehr als 35 Prozent der Stimmen erhielt und damit stärkste politische Kraft wurde. Als Reaktion auf den Wahlausgang nahm Ministerpräs. Ramadier am 23.10. eine Regierungsumbildung vor; am 19.11.1947 erklärte er seinen Rücktritt. Die innenpolitische Situation in Frankreich war von schweren sozialen Unruhen gekennzeichnet, ausgelöst durch die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Kommunisten gehörten ihr seit

den Kommunisten im Senat einen Sitz anbieten, lehnt aber eine „Arbeiterregierung“ ab.

Freitag–Sonntag, 24. – 26. Oktober 1947

[...]

[Montag], 27. Oktober 1947

Abends im Gästehaus 80. Geburtstag von Senator Rhein;³⁷⁹ die Frau des Reichspräsidenten Ebert als Gast. Ich konnte aufs neue ihre Klugheit, Anmut der Unterhaltung und prächtige Persönlichkeit erfahren.³⁸⁰

[Dienstag], 28. Oktober 1947

Deputationsgesetz im Senat, das erste der 27 Ausführungsgesetze zur Verfassung.³⁸¹

[...]

dem 4.5.1947 nicht mehr an: Nachdem sie bei einem Vertrauensvotum in der Nationalversammlung gegen Ramadier gestimmt hatten, entließ er ihre Minister noch am selben Abend aus dem Kabinett.

³⁷⁹ Hermann Rhein, 1867–1960. Schriftsetzer, seit 1894 Lokalredakteur des SPD-Organs Bremer Bürgerzeitung, seit 1905 Fraktionsvors. der SPD in der Bremer Bürgerschaft, Vorstandsmd. des Gewerkschaftskartells, 1919–1920 Senator für Armenwesen, 1928–1931 „halbamtlicher“ Senator für das Unterrichts- und Theaterwesen; 1900–1918 und 1920–1928 MdBü; 1921–1933 Verwaltungsdirektor der AOK in Bremen, Mai–Okt. 1945 Kommissarischer Direktor der AOK. (Brem. Biogr., S. 402f.).

³⁸⁰ Louise Ebert, geb. Rump, 1873–1955, heiratete 1894 Friedrich Ebert, der damals in Bremen Vors. des Gewerkschaftskartells und Redakteur der Bremer Bürger-Zeitung, seit 1900 auch MdBü war.

³⁸¹ Nach Artikel 129 der Bremer Verfassung kann die Bürgerschaft für die verschiedenen Verwaltungszweige ständige Ausschüsse (Deputationen) einsetzen; die Einzelheiten sind durch Gesetz zu regeln. Der Senat eröffnete in dieser Sitzung mit der Erörterung grundsätzlicher Probleme die Beratung über das Deputationsgesetz vom 2.3.1948. Spitta erläuterte einleitend die Gründe, die eine Änderung des bestehenden Gesetzes notwendig machten: Anpassung von Zahl und Art der Deputationen an die Verwaltungserfordernisse, Vertretung der Bürger Bremerhavens in den Deputationen, Befugnisse der Finanzdeputation bei Beschlüssen über Ausgabenerhöhungen und -neubewilligungen. Bei diesem Punkt gab es Differenzen zwischen der SPD und der BDV. Der Senat akzeptierte schließlich Kaisens Vermittlungsvorschlag vom 31.10.1947, der Bürgerschaft die letzte Entscheidung zu überlassen, sie aber zu verpflichten, bei einem Einspruch der Finanzdeputation die Angelegenheit erneut zu beraten und ihren Beschluß mit einfacher Mehrheit zu bestätigen. Bei der weiteren Beratung im Verfassungsausschuß, den die Bürgerschaft am 30.10.1947 neu wählte, tauchte als ein anderer Streitpunkt die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Senat, Deputation und Bürgerschaft auf. Spitta und Kaisen verteidigten das Stimmrecht der Senatsvertreter in den Deputationen, die nicht zu bürgerschaftlichen Ausschüssen werden dürften, wenn sie ihrer Funktion gerecht werden sollten, „die Gesetzgebung und Verwaltung zusammenzubringen, um einen einheitlichen Staatswillen zu konstruieren“. (Kaisen in der Senatssitzung am 9.12.1947, Protokoll, S. 6f., StAB: 3/3). Vgl. Kap. 2, Anm. 58; Kap. 3, Anm. 559.

[Mittwoch], 29. Oktober 1947

Fraktionssitzung. Die Senatsbildung geht nur langsam vorwärts. Die SPD hat keine Eile.

[...]

Donnerstag, 30. Oktober 1947

[...]

[Freitag], 31. Oktober 1947

Kaisen vertraut mir an, daß Aeevermann amtsmüde sei; wer kann dieses dornenvolle Amt übernehmen? Lifschütz? – Abends in der Wittheit Smidt-Sitzung. Prof. Hahn (Göttingen),³⁸² Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, spricht über „Künstliche Uranumwandlungen und ihre Verwendung“. Starker Eindruck. Zusammenarbeit der Engl[änder], Franzosen, Italiener, Amerikaner und Deutschen. Sittliche Entscheidungsstunde der Menschheit. Abend mit Hahn im Gästehaus.

[Samstag], 1. November 1947

Mit Kaisen über Lifschütz und Wolters. Mittags auch mit Apelt. Die Verleumdung gegen Kaisen.³⁸³

[...]

Sonntag, 2. November 1947

[...]

[Montag], 3. November 1947

Wahlniederlage der Labour-Party bei den Gemeinde-Wahlen in England.³⁸⁴ In dieser Absage an den Sozialismus liegt wohl zugleich ein Bekenntnis zum „Westen“, wie im Siege de Gaulles in Frankreich. – Rückwir-

³⁸² Dr. Otto Hahn, 1879–1968, Chemiker, 1910–1934 Professor in Berlin, 1928–1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, dann der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1948–1960 Präs. der Max-Planck-Gesellschaft. Für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Kernspaltung erhielt er den Nobelpreis des Jahres 1944.

³⁸³ Der Anlaß ließ sich nicht klären, möglicherweise handelte es sich um Angriffe im Zusammenhang mit dem „Fall Wolters“, vgl. Kap. 4, Anm. 151.

³⁸⁴ Bei den Gemeindewahlen in Großbritannien am 1.11.1947 wurde ein Drittel der Mandate in den Gemeinderäten neu vergeben. Die Labour Party verlor 643 Sitze, die Konservativen gewannen 617 Sitze hinzu. Churchill sah durch dieses Wahlergebnis die Labourregierung ihrer Legitimation beraubt, während der Generalsekretär der Labour Party zwar von einem enttäuschenden Wahlausgang sprach, sich gegen eine solche Schlußfolgerung aber zur Wehr setzte. (Vgl. Keesing's Archiv 1946/47, S. 1267K).

kung auf die Regierungsbildung in Bremen? Besprechung mit Wenhold über Senat; W. wie immer optimistisch, sieht den Senat mit CDU, BDV und SPD schon fertig. Ich skeptischer.

Historische Gesellschaft; Prof. Kirn³⁸⁵ über d[en] mittelalterl[ichen] Menschen im Kampfe mit dem Hunger.

[Dienstag], 4. November 1947

Verlagsvertrag über Donandt-Buch mit Storm (Hermann).³⁸⁶

Senat und Parteiausschuß; die Parteisachen und die Ansichten über die Regierungsbildung wenig ergiebig, noch weniger erfreulich.

[...]

[Mittwoch/Donnerstag], 5./6. November 1947

Besprechung mit Kaisen über Regierungsbildung; er ist gereizt und unbillig, wirft der BDV vor, daß sie „den Sitz der Kommunisten für sich verlangen“ (weil sie einen dritten Sitz haben will [Harmssen!]), ist empört, daß durch Schuld der „Bürgerlichen“ kein gemeinsamer Aufruf der Parteien in der Entnazifizierung zustande gekommen sei,³⁸⁷ will die Kommunisten in der Regierung haben usw.

Dagegen hat er meine Anregung, Lifschütz zum Entnazifizierungssenator zu machen, aufgegriffen, die Zustimmung der Militärregierung erwirkt und will nun mit den Fraktionsführern verhandeln.

[...]

Freitag, 7. November 1947

[...]

[Samstag], 8. November 1947

In der „Juristensitzung“ manches gefördert.

In Fraktionssitzung Regierungsbildung; falsche Pressenachrichten.³⁸⁸ Durch diese Sitzung büßten Apelt und ich die erste Vorlesung Knittermey-

³⁸⁵ Dr. Paul Kirn, 1890–1965. Historiker, Mediävist, seit 1935 Professor in Frankfurt a.M.

³⁸⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 211.

³⁸⁷ Wie Kaisen am 4.11.1947 im Senat berichtete, hatte er bei einer Besprechung mit dem Direktor der Bremer Militärregierung, Dunn, am 31.10. zugesagt, daß die Parteien innerhalb der nächsten 14 Tage 40 Vertreter für die Spruchkammern benennen und sich mit einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung wenden würden (StAB: 3/3).

³⁸⁸ Der Weser-Kurier v. 8.11.1947 veröffentlichte ein Schreiben der CDU, in dem sie eine Koalition von SPD, BDV und CDU mit je sechs Senatssitzen für die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien (drei für die BDV und drei für die CDU) vorschlug, ferner das Antwortschreiben der SPD, die für eine Allparteienkoalition

ers über „Philosophie und (Glaube) Offenbarung“ (Erkenntnis und Glaube) ein.

[...]

Abends im Gästehaus mit Finanzdirektor Hartmann³⁸⁹ vom Exekutiv-ausschuß. In schlafloser Nacht Wilh[elm] v[on] Humboldt über Geschichtsschreibung.

Sonntag–Mittwoch, 9.–12. November 1947

[...]

[Donnerstag], 13. November 1947

Selbstmordversuch Degener-Grischows nach ungünstiger Spruchkammer-Entscheidung.³⁹⁰ Wie viele schon vor ihm!

[...]

[Freitag], 14. November 1947

Senat. – Karte an Heinz Kippenberg. – Fraktionssitzung. Regierungsbildungsschwierigkeiten durch Artikel 47 (Betriebsräte) und Schulgesetz.³⁹¹ Ich lese Schreiben des Generals Clay über Betriebsräte vor, hoffe, daß da-

eintrat, und einen Bericht über die interfraktionelle Besprechung beim Bürgerschaftspräsidenten, bei der sich die CDU angeblich mit der Regierungsbeteiligung der KPD einverstanden erklärte.

³⁸⁹ Alfred Hartmann, 1894–1967. 1945–1947 Ministerialdirigent im bayerischen Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt a.M., 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

³⁹⁰ Dr. Hans Degener-Grischow, 1879–1960. RA und Notar in Bremen, seit 1933 Md. der NSDAP und förderndes Md. der SS, seit 1937 im NSFK. (Vgl. Brem. Biogr., S. 102f.). Der Weser-Kurier veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 15.11.1947 die Spruchkammerentscheidung gegen Degener-Grischow: Zuordnung zu Gruppe III (Minderbelastete) statt der vom Klagevertreter geforderten Behandlung nach Gruppe II (Belastete), einjährige Bewährungsfrist, Vermögensabgabe in Höhe von 30%. Im Revisionsverfahren wurde D.-G. als „entlastet“ eingestuft, wie Spitta am 19.7.1948 in seinem Tagebuch vermerkte.

³⁹¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 229, 337, 217. Auch im Senat kam die Behinderung der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung durch die Differenzen über das Ausführungsgesetz zu Artikel 47 der Bremer Verfassung zur Sprache. Kaisen hielt es für unmöglich, das Gesetz schnell fertigzustellen und bezeichnete entsprechende Forderungen der Parteien als „unbillig“. Spitta dagegen sah darin ein „berechtigtes Anliegen“ und wollte umgehend eine Einigung über die Grundzüge dieses Gesetzes und des Schulgesetzes erzielen. (Senatsprotokoll 14.11.1947, StAB: 3/3).

durch diese Streitfrage ausscheiden kann.³⁹² Über Schulfrage soll zunächst mit CDU verhandelt werden. – Frage des Staatsgerichtshofes.³⁹³
[...]

Samstag, 15. November 1947

[Keine Eintragung]

Sonntag, 16. November 1947

[...]

[Montag], 17. November 1947

Kaisen über den in Bremen tagenden SPD-Parteivorstand und Parteiausschuß.³⁹⁴ Berichte aus dem Osten. Russischer Plan eines öst[lichen] Vasallenstaates? [...]

³⁹² Wie Governor Dunn am 9.12.1947 im Gespräch mit Kaisen äußerte, hatte Clay in einem Schreiben auf Beschleunigung der Regierungsbildung gedrängt und festgestellt, daß „eine Durchführungsverordnung zum Artikel 47, welcher Art sie auch sein möge, doch nur den Charakter einer Geste haben könne“. Die Wünsche der Betriebsräte würden bei einer gesamtdeutschen oder bizonalen Regelung des Fragenkomplexes sicherlich erfüllt werden, weshalb sich die Parteien bei ihren Verhandlungen auf spezifisch Bremer Probleme konzentrieren sollten. (Kaisen am 12.12.1947 im Senat, StAB: 3/3). In einem früheren Schreiben vom 5.9.1947 zur Bestätigung der Bremer Verfassung hatte Clay bereits deutlich gemacht, daß er Ländergesetze zur Veränderung der Wirtschaftsverfassung und Arbeitsbeziehungen (erweiterte betriebliche Mitbestimmung, Arbeiterräte) nicht billigen werde. (Gimbel, *American Occupation*, S. 233).

³⁹³ Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wurde seit Jan. 1948 im Verfassungsausschuß beraten, am 29.4.1948 aber von der Bürgerschaft mit den Stimmen der BDV, CDU und KPD abgelehnt. Erst am 21.6.1949 wurde es verabschiedet. Am 22.9.1949 wählte die Bürgerschaft die Mitglieder des Staatsgerichtshofs, der am 16.1.1950 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Vgl. Claudia Koch, *Landesverfassungsgerichtsbarkeit*, S. 38–45.

³⁹⁴ Tagung am 14. und 15.11.1947 in Bremen. In einer Entschliebung wandten sich die SPD-Gremien gegen eine Abtrennung des „seit langem vorbereiteten Oststaates“ und plädierten dafür, eine zentrale Regierung erst zu bilden, wenn nach einer Einigung der Sieger in allen Zonen „in völliger Freiheit unter den gleichen demokratischen Bedingungen und der gleichen Rechtssicherheit“ Wahlen durchgeführt werden könnten. (Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1947, S. 88). Kaisen gehörte bis 1950 dem erweiterten Parteivorstand der SPD an, zu seiner Abwahl vgl. Kurt Thomas Schmitz, *Deutsche Einheit und Europäische Integration*, Bonn 1978, S. 75; über die Auseinandersetzungen bei dieser Tagung und die grundsätzlichen Differenzen zwischen Kaisen und Schumacher: Thomas Stamm, Kurt Schumacher als Parteiführer in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 40 (1989), S. 257–277, insbes. S. 263–268.

[Dienstag], 18. November 1947

Formelle Schwierigkeit bez[üglich] Wählbarkeit von Lifschütz (Wohnung in Bremen!). – Im Senat dauernd Schwierigkeit durch Ewert.³⁹⁵

[...]

Mittwoch, 19. November 1947, Bußtag

[...]

[Donnerstag], 20. November 1947

Schwierigkeit der Senatsbildung; Besprechung mit Kaisen und Wenhold. Lifschütz-Verhandlung; Widerspruch der Kommunisten.

[...]

[Freitag], 21. November 1947

Mit Kaisen über Regierungsbildung; sein heftiger Ausbruch gegen die CDU, besonders gegen den harmlosen Friedr[ich] Schulze. – Schwierigkeiten mit Lifschütz' Wohnung überwunden. Er wird einstimmig gewählt.³⁹⁶ – Im Senat meine Dankrede für den ausscheidenden Aevertmann. Abends bei Crabill über Universität; Fortschritte in der Planung.³⁹⁷

[...]

Samstag–Mittwoch, 22. – 26. November 1947

[...]

[Donnerstag], 27. November 1947

Mit Wenhold über Senatsbildung; sein Gespräch mit Theil.
Abends mit Mutter bei Carstens.

³⁹⁵ Spitta bezieht sich hier auf einen Konflikt zwischen Harmssen und Ewert. Harmssen plante die Ernennung eines Sachverständigenbeirates für das Außenhandelskontor, Ewert forderte die Einbeziehung der Arbeiter- und Angestelltenkammer in das Verfahren. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

³⁹⁶ Auf der Tagesordnung der Bürgerschaft für den 21.11.1947 stand die Senatswahl; sie mußte wegen der nicht abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen verschoben werden. Lediglich Lifschütz wurde als Nachfolger Aevertmanns mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen zum Entnazifizierungssenator gewählt, jedoch nicht sofort vereidigt. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 20).

³⁹⁷ Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

[Freitag], 28. November 1947

Besichtigung der Grohn-Kasernen für die internat[ionale] Universität.³⁹⁸
Kaisen für den Plan gewonnen.

[...]

Samstag–Mittwoch, 29. November–3. Dezember 1947

[...]

[Donnerstag], 4. Dezember 1947

Für den erkrankten Kaisen mit Schlange-Schöningen im Gästehaus. Er will nächstes Jahr Gemüse freigeben, Kartoffelbewirtschaftung lockern; nach Ablieferung der auferlegten Menge freier Verkauf zu freien Preisen.³⁹⁹

[Freitag], 5. Dezember 1947

Kaisen wieder im Rathaus: Anfall in meiner Gegenwart. American Bar Association spendet CARE-Pakete für 22 bremische Richter und Staatsanwälte. [...]

Mit Bote über die festgefahrene Regierungsbildung: CDU will, daß jede Privatschule mit öffentlichen Mitteln betrieben werde. BDV dagegen.⁴⁰⁰

[...]

[Samstag], 6. Dezember 1947

Angespannter Tag: 8¹/₂ bis 10 Uhr Referenten, 10 bis 10¹/₄ Uhr Dr. Becker,⁴⁰¹ 10¹/₄ bis 11 Uhr Handelskammerpräses M[artin] Wilkens über Senatsbildung, anschließend bei Kaisen, dann mit Legationsrat Dr. Haas,⁴⁰² Kaisens neuem Mitarbeiter für auswärtige Angelegenheiten, und so fort.

³⁹⁸ Vgl. ebenda.

³⁹⁹ Unmittelbar nach der Währungsreform wurden am 25.6.1948 die Preise für Gemüse, Obst, Honig und einige andere Lebensmittel freigegeben. Die Grundnahrungsmittel wurden weiter bewirtschaftet. Für Kartoffeln wurde durch eine Verordnung vom 1.9.1948 die Ablieferungspflicht verlängert; die Rationierung konnte aber aufgrund der sehr guten Ernte im Okt. aufgehoben werden. Schlange-Schöningen (Hrsg.), *Im Schatten des Hungers*, S. 210–220.

⁴⁰⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

⁴⁰¹ Vielleicht Dr. Kurt Becker-Glauch, Gerichtsarzt in Bremen.

⁴⁰² Dr. Wilhelm Haas, 1896–1981. Jurist, bis 1936 im diplomatischen Dienst, zuletzt als Botschaftssekretär in Tokio; entlassen, weil er die Scheidung von seiner jüdischen Frau ablehnte, 1938–1945 Wirtschaftsberater in China, 1947–1949 Staatsrat in Bremen und Leiter der Präsidialkanzlei, 1949–1951 Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, 1951–1954 Botschafter in Ankara, 1955–1958 erster deutscher Botschafter in Moskau nach dem Krieg, 1958–1961 Botschafter in Tokio.

CDU will an der Finanzfrage die Koalition scheitern lassen. BDV für Zuschuß bei den drei kathol[ischen] Schulen in Bremen; Wilkens' Vorschlag: Unterstützung auch der früheren öffentl[ichen] Bekenntnisschulen als Privatschulen in Hemelingen, Blumenthal und Wesermünde. Ich: Im Gesetz und in Koalitionsvereinbarung nur drei kathol[ische] Schulen; daneben Sondervereinbarung BDV und CDU, daß in dieser Wahlperiode Privatschulen, die sich als Ersatz der öffentl[ichen] Bekenntnisschulen bei den ehemals preußischen Teilen Bremens bilden, unterstützt werden sollen, d.h. daß BDV dafür stimmen wird. Zweifelhaft, ob dafür bei der BDV Mehrheit.

[...]

Sonntag, 7. Dezember 1947

[...]

[Montag], 8. Dezember 1947

Mit Wenhold über Senatsbildung. – Deputationsgesetz im Verfassungsausschuß; Kommunisten versuchen, das, was sie bei der Verfassung nicht erreicht [haben], auf dem Umwege durch dieses Gesetz zu erreichen. Degener (CDU) auch gegen Stimmrecht der Senatoren.⁴⁰³

[...]

[Dienstag], 9. Dezember 1947

Mit Nolting-Hauff über Finanzierung der Privatschulen. Abends in Fraktion Regierungsbildung. Ergebnis: Mündliche Verhandlung mit CDU über den ganzen Komplex (nicht nur Schule).

[Mittwoch], 10. Dezember 1947

Mit Martin Wilkens über Senatsbildung; ebenso mit Kaisen.

[...]

[Donnerstag], 11. Dezember 1947

Mit Kaisen Krisis in London besprochen.⁴⁰⁴ Möglichkeit des Abbruchs.

⁴⁰³ Vgl. Kap. 4, Anm. 381.

⁴⁰⁴ Die Konferenz des Rates der Außenminister in London vom 25.11. bis 15.12.1947 war das vorletzte Treffen dieses Gremiums. Nach dem Debakel der Moskauer Konferenz (vgl. Kap. 4, Anm. 185) bereitete schon die Festlegung einer Tagesordnung erhebliche Probleme. Nachdem die Konferenz schon mehrmals vor dem Scheitern gestanden hatte, kam es am 15.12.1947 zum Abbruch, ohne daß ein neues Treffen vereinbart wurde. Von den Westmächten wie von der UdSSR wurden die Verhandlungen nur noch mit dem taktischen Ziel geführt, die Verantwortung für eine Teilung Deutschlands der Gegenseite zuzuschieben. Bereits seit Ende Aug. 1947

Am 20.12. alle Ministerprä[sidenten] der Bizone in Frankfurt. Westregierung?⁴⁰⁵

[...]

[Freitag], 12. Dezember 1947

Im Senat Gesetze und Verordn[ungen] durchgebracht (Richterwahl usw.).⁴⁰⁶ Senator Theil, der so schwer im KZ gelitten, für Beendigung der Deklassierung und für großzügige Behandlung der Internierten (Weihnachtsurlaub).⁴⁰⁷ – Apelt über Zerstörungen und Aufbau in den stadtbre-

hatten Briten und Amerikaner informell Pläne für eine politische Fusion ihrer Zonen erörtert. Diese konnten nach dem Scheitern des Londoner Treffens offen weiterverfolgt werden, auch mit der Perspektive eines Zusammenwachsens aller drei westlichen Zonen, denn in London hatte sich eine Annäherung der französischen und anglo-amerikanischen Standpunkte ergeben. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 40–43; Graml, Die Alliierten, S. 191–195).

⁴⁰⁵ Mit Schreiben vom 5.12.1947 waren die Ministerprä[sidenten] für die am 20.12. endende Woche zu einer Konferenz über den Ausbau der Bi-Zone nach Frankfurt eingeladen worden. Die Zusammenkunft wurde auf den 7.1.1948 verschoben, weil die Militärgouverneure, Clay und Robertson, nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz in London am 18. und 19.12. mit den Regierungen ihrer Länder über die endgültigen Direktiven für die Bildung eines „Weststaates“ verhandelten. Pläne dafür waren seit dem Sommer ausgearbeitet und auch den deutschen Politikern bekannt geworden. Bei der Tagung in Frankfurt, an der die Militärgouverneure, die Chefs der verschiedenen Abteilungen der Militärregierungen und der Länder-Militärregierungen, der Hauptausschuß des Wirtschaftsrats, der Exekutivrat und alle Ministerprä[sidenten] der Bi-Zone teilnahmen, wurden auf Betreiben der Amerikaner Voraussetzungen für die effektivere Verwaltung und Regierung der Doppelzone beschlossen: Ausbau des Wirtschaftsrats, Errichtung einer Länderkammer, Umwandlung des Exekutivrats in ein Gremium der Verwaltungsratsdirektoren, Ausstattung des Wirtschaftsrats mit der vollen Etat- und Finanzkompetenz, Gründung einer zentralen Bank der Länder. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 4, S. 11–18).

⁴⁰⁶ Nach Artikel 136 der bremischen Verfassung sind die Richter von einem Ausschuß zu wählen und auf Lebenszeit zu berufen. Spitta schlug vor, zur Entlastung des Senats das Verfahren bei der Vereidigung der Wahlmänner und Richter zu vereinfachen. Diese Anregung stieß bei einigen Senatoren auf Widerspruch und wurde im „Gesetz über die Richterwahl“ vom 20.7.1948 nur teilweise verwirklicht. Auf Vorschlag Lifschütz' wurde in den von den Wahlmännern zu leistenden Eid die Verpflichtung aufgenommen, nur einen Richter zu wählen, der nach ihrer Überzeugung „sein Amt im Geiste der Menschenrechte“ ausüben werde. (Senatsprotokoll 12.12.1947, StAB: 3/3).

⁴⁰⁷ Lifschütz berichtete über einen Antrag des Obmanns der aus politischen Gründen Internierten im Lager Parkallee, den als „Mitläufer“ eingestuft und den langfristige, seit 2½ Jahren, Inhaftierten Weihnachtsurlaub zu gewähren, soweit es sich nicht um „Hauptschuldige“ handelte. Der zuständige Bürgerschaftsausschuß hatte das Gesuch wegen Fluchtgefahr abgelehnt, und auch Lifschütz wollte so entscheiden. Theil trat für Bewilligung des Urlaubs ein, um ein Zeichen der Versöhnung zu setzen. „2½ Jahre Internierungshaft seien schon eine furchtbare Strafe.“ Der Senat folgte dem Vorschlag Spittas, daß der zuständige Senator nach Lage des Einzelfalls entscheiden solle (Senatsprotokoll 12.12.1947, StAB: 3/3).

mischen Häfen. Vor dem Kriege 250000 qm Speicherraum; nachher [?] Tausend; jetzt 40000. Vor dem Kriege 235 Kräne; nachher 18; jetzt etwa 100. Wiederaufbau: Kosten für Staat 100 Millionen, für Private 100 Millionen. Zeit: wahrscheinlich bis 1965, bestenfalls bis 1955.

Plan der Weserverlegung!⁴⁰⁸

Abends im Gästehaus Prälat Prof. Schreiber (Münster)⁴⁰⁹ über die Ansprüche Hollands und Belgiens an Deutschland. Schlechte Lage Hollands nach dem Verlust Indonesiens. – Schwindelanfall.

[Samstag], 13. Dezember 1947

Besprechung über Universität; materielle Grundlage.⁴¹⁰ [...]

Sonntag, 14. Dezember 1947

[...]

[Montag], 15. Dezember 1947

Bei Kaisen mit Edzard über Wohnungsressort Ewerts. Unhaltbare Zustände.⁴¹¹ – Nachmittags] Vortrag von Dr. Bungartz⁴¹² über Wirtschaftliches, besonders die Bürokratie und Parteipolitik in Frankfurt. Abends mit Bungartz im Gästehaus. Nachher mit Kaisen und BDV Senatsbildung: ich soll

⁴⁰⁸ Dem Senatsprotokoll sind keine Einzelheiten zu entnehmen. Auch im NL Apelts gibt es kein Manuskript dieses Berichts. In einem späteren Aufsatz nennt Apelt abweichende Zahlen: Bremens Häfen, Schifffahrt und Verkehr. Die Entwicklung nach dem Krieg bis 1960, in: Theodor Spitta (Hrsg.), Hermann Apelt. Reden und Schriften, Bremen 1962, S. 146f.

⁴⁰⁹ Dr. Georg Schreiber, 1882–1963. Historiker und Theologe, 1917–1936, 1945–1951 Professor in Münster und Braunsberg (seit 1935), päpstlicher Hausprälat; 1920–1933 MdR (Zentrum), Experte für Kultur- und Wissenschaftspolitik.

Paulmann hatte den Vortrag arrangiert, um für Bremen schädlichen wirtschaftlichen Forderungen Hollands und Belgiens entgegenzutreten. (So seine Mitteilung im Senat am 7.10.1947, StAB: 3/3). Der Anlaß waren Vorstöße der beiden Staaten bei den Regierungen der USA und Großbritanniens, Transporte von und nach Deutschland verstärkt über die traditionellen Konkurrenzhäfen Bremens: Rotterdam und Antwerpen, abzuwickeln. Holland verlangte außerdem einige Grenzkorrekturen, die Insel Borkum und 40 bis 50 Jahre geltende Nutzungskonzessionen für Kohlengruben im Ruhrgebiet. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 728 L, 831 G, 903 C, 917 G, 1040 C, 1062 E, 1167 F und 1233 B).

⁴¹⁰ Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

⁴¹¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 415.

⁴¹² Dr. Everhard Bungartz, geb. 1900. Physiker, bayerischer Industrieller, Mitbegründer der FDP in Bayern, Md. des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt a.M.

an Besprechung mit CDU teilnehmen. Nachmittags OMGUS-Vertreter wegen meiner holl[ändischen] Bücher.⁴¹³

[Dienstag], 16. Dezember 1947

*London gescheitert.*⁴¹⁴ Russische Reparationsforderungen. Im Senat Zusammenstoß mit Ewert über Wohnungsbehörde und Achtung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts.⁴¹⁵

Besprechung mit Lifschütz, der Hollmann als öffentl[ichen] Hauptankläger absetzen will; Nachfolger?⁴¹⁶

Nachmittags Vorstand der Goethe-Gesellschaft; ständige Zunahme der Mitgliederzahl (jetzt 1600); Filialen in Verden, Nordenham, Elsfleth und Bassum.

Abends bei Crabill mit Dr. Wells,⁴¹⁷ „cultural adviser to General Clay“. Universitätsfrage gefördert. Entscheidende materielle Frage des Grundstücks. Wells sagt, solch eine Univers[ität] gäbe es nirgends; ist sehr dafür.⁴¹⁸

[Mittwoch], 17. Dezember 1947

Zeitungen und Rundfunk der Welt voll vom Scheitern der Londoner Verhandlungen; die Vertagung auf unbestimmte Zeit bedeutet ein Scheitern.⁴¹⁹ Ich nehme an, daß nun Westdeutschland von den Angelsachsen fester zusammengeschlossen und wirtschaftlich entwickelt wird. Europa unter dem Marshall-Plan. Vielleicht für Westdeutschland erträglich und besser als eine Viermächte-Regierung über das ganze Deutschland; aber die

⁴¹³ Vgl. Kap. 4, Anm. 180. Nach dem von Spitta ausgefüllten Fragebogen handelte es sich um Ausgaben deutscher Klassiker im Wert von einigen hundert Reichsmark und sechs Stühle, die er wie die Bücher 1942/43 in Bremen gekauft hatte. Schon am 22.3.1947 hatte Spitta in einem Schreiben an die Militärregierung geltend gemacht, daß er die Bücher regulär erworben habe und sie deshalb nicht unter die Rückgabepflicht fielen. (StAB: NL Spitta 7,63–19/4).

⁴¹⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 404.

⁴¹⁵ Zwischen Spitta und Ewert gab es seit langem latente Spannungen. In diesem Fall protestierte er gegen eine Entscheidung des Wohnungsamts, eine Familie trotz ihrer Klage beim Verwaltungsgericht und der Feststellung des Gerichts über die aufschiebende Wirkung dieser Klage aus ihrer Wohnung in eine Kellerwohnung einzuweisen. Das Wohnungsamt bestritt die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts. Obwohl diese Frage ungeklärt blieb, beschloß der Senat, das Amt anzuweisen, die aufschiebende Wirkung der Klage anzuerkennen. (Senatsprotokoll 16.12.1947, StAB: 3/3).

⁴¹⁶ Vgl. Kap. 4, Anm. 347.

⁴¹⁷ Dr. Roger H. Wells, Politologe, Leiter der Abteilung für Kommunalverwaltung bei OMGUS, 1947 OMGUS-Verbindungsoffizier für die Arbeiten an der Bremer Verfassung.

⁴¹⁸ Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

⁴¹⁹ Vgl. Kap. 4, Anm. 404.

20 Millionen Deutschen in der russischen Zone! – Frankreich schwierig, macht Forderungen und Bedingungen.

Abends Ausstellung der Volkshochschule im Festsaal des Rathauses. Die Lehrer hoffnungsvoll über die deutsche Jugend.

Mit Walter L[isco] und Arnold [über die] politische Lage. Ist Molotow⁴²⁰ durch den Abbruch der Verhandlungen bei diesem Punkt der russischen Reparationsforderung überrascht und von Marshall überspielt?

[Donnerstag], 18. Dezember 1947

Im Verfassungsausschuß Deputationsgesetz; CDU und KPD vereint gegen Stimmrecht des Senats; Versuch abgeschlagen durch SPD und BDV.⁴²¹

Nachm[ittags] Verhandlung der BDV und CDU (etwa acht oder neun Personen) über Senatsbildung. Ich habe den Eindruck, daß einige von der CDU eine Koalition mit der SPD nicht wollen (Rex und Degener). In Schulfrage offen ausgesprochen, daß Adenauer Einspruch erhoben hat und von außen mitwirkt. Verlangen der CDU: Für jede Privatschule Zuschuß des Staats in Höhe seiner Ersparnisse. BDV nur für Einzelfall ohne Festlegung.⁴²² Ich weise auf allgemeine kritische Lage hin, Gestaltung des deutschen Schicksals, Wirtschaft, Finanzen, Selbständigkeit Bremens; in solcher Lage könnten wir den Senat nicht der SPD allein überlassen. Vorschlag Heldmann, ev[entuell] Senat ohne Koalitionsbindung zu bilden; „Personalsenat“. Fortsetzung der Verhandlung nach Befragen der Fraktionen (nach Weihnachten).

[...]

Freitag/Samstag, 19./20. Dezember 1947

[...]

[Sonntag], 21. Dezember 1947, 4. Advent

[...]

Weihnachtssingen der Schulkinder auf dem Markt im Regen; Mil[itär]-reg[ierung] und Kaisen sprechen vom Balkon des Rathauses.⁴²³

[...]

⁴²⁰ Wjatscheslaw M. Molotow, 1890–1986. 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister der UdSSR.

⁴²¹ Vgl. Kap. 4, Anm. 381.

⁴²² Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

⁴²³ In Anwesenheit des Direktors der Militärregierung, Dunn, sprachen Major Taxton und Bgm. Kaisen. (Bericht im Weser-Kurier Nr. 127 v. 23.12.1947).

[Montag], 22. Dezember 1947

Im Verfassungsausschuß Deputationsgesetz verabschiedet; Stimmrecht der Senatoren gegen KPD und CDU aufrechterhalten; dagegen finanzielle Schutzbestimmung gefallen.⁴²⁴ [...]

Abends im Gästehaus Beratung des Senats über die verworrenen Verhältnisse beim Wirtschaftsrat in Frankfurt. Referat Mittendorffs.

Dienstag–Sonntag, 23.–28. Dezember 1947

[...]

[Montag], 29. Dezember 1947

Starker Amtsbetrieb. – Nachm[ittags] Fraktionssitzung BDV über Senatsbildung; verschiedene Auswege in der Schulfrage.

[...]

[Dienstag], 30. Dezember 1947

Senat bis gegen 2 Uhr. – Nachm[ittags] Verhandlung im Ausschuß mit CDU über Senat: Vorschlag CDU: ein Jahr Stillhalten beim Privatschulgesetz und beim Ausführungsgesetz zu Art[ikel] 47.⁴²⁵ CDU will, daß auch BDV das zur Bedingung macht. BDV stimmt zu beim Privatschulgesetz; sieht Schwierigkeit mit SPD hinsichtlich der Betriebsräte. Versuch, mit SPD auf dieser Grundlage zu verhandeln. Telephonische Besprechung der CDU mit Köln (Adenauer) über Senatsbildung.

[...]

[Mittwoch], 31. Dezember 1947

Mit Kaisen über Senatsbildung; er sagt, die Zahl sechs zu sechs sei in der SPD-Fraktion mit Hallo! begrüßt und werde großen Widerstand finden;⁴²⁶ Ausführungsgesetz zu Art[ikel] 47 im Rahmen des Kontrollratsgesetzes sei für SPD möglich. Nachm[ittags] kurze Zeit im Rathaus.

[...]

⁴²⁴ Vgl. Kap. 4, Anm. 381. Als „finanzielle Schutzbestimmung“ sah Spitta das erstrebte Vetorecht der Finanzdeputation an. Nach dem Deputationsgesetz vom 2.3.1948 war die Bürgerschaft lediglich verpflichtet, bei einer ablehnenden Stellungnahme der Finanzdeputation zu einer Ausgabenerhöhung oder -neubewilligung ihren Beschluß zu wiederholen (§ 17).

⁴²⁵ Vgl. Kap. 4, Anm. 217 und 337.

⁴²⁶ Die Bürgerschaft wählte am 22.1.1948 den neuen Senat mit den Stimmen von SPD und BDV. Sieben Senatoren gehörten der SPD und vier der BDV an; zwei, Harmssen und Nolting-Hauff, waren parteilos (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1948, S. 3). Harmssen schloß sich 1948 der BDV an.

Donnerstag, 1. Januar 1948

Was wird dies Jahr uns bringen? Politische Hochspannung in der Welt, doch glaube ich nicht, daß es jetzt zum Dritten Weltkrieg kommen wird, trotz der Kämpfe in China und Griechenland, wo die Kommunisten sehr rege. Ungewißheit des deutschen Schicksals; Zusammenfassung der westlichen Zonen? Noch stärkere Trennung vom deutschen Osten? Bremen krankt immer noch an dem ungelösten Problem der Regierungsbildung, Sorge über den Ausgang der Verhandlungen. – Ernährungsnot; Zunahme der Tb bei Kindern. – Geistiger Kampf zwischen Kollektivismus und Individualismus, Osten und Abendland. – [...]

Nachm[ittags] langer Tee mit Mutter und Paula, die „Existentielles“ zur Sprache bringt.